

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Eugeniusz Guz

Einige Bemerkungen aus
polnischer Sicht zum Thema
„Informations-, Meinungs-
und kultureller Austausch“

Gerhard Wettig

Praktische Probleme bei der
Begegnung, beim Dialog und
beim Informationsaustausch
zwischen Ost und West

Earl C. Ravenal

Vietnam und die Folgen

B 38/75

20. September 1975

Eugeniusz Guz, geb. 1929. Von 1961 bis 1966 Chefkorrespondent der Polnischen Presseagentur in Berlin. 1968/69 Stipendiaufenthalt in der Bundesrepublik. Seit 1972 Chefkorrespondent der PAP in Bonn. Mitarbeiter der Wochenzeitung „Polityka“.

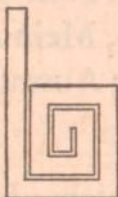
Veröffentlichungen u. a. (in polnischer Sprache): Zwischen Berlin und Bonn, Warschau 1967; Wie Goebbels den September vorbereitete, Warschau 1969 (Dokumentation der geheimen Presseanweisungen von Goebbels); Metamorphosen eines Deutschen hinter der Elbe, Warschau 1971; Das Alltagsleben in der Bundesrepublik, Warschau 1972; Schuldige suchen Schuldige, Kattowitz 1972 (Kritische Beurteilung der westdeutschen Historiographie im Zusammenhang mit dem Kriegausbruch 1939).

Gerhard Wettig, Dr. phil., geboren 1934 in Gelnhausen/Hessen; Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft; Wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 bis 1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967; Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917. Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 12, Berlin 1967; Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Fischer Bücherei 845, Frankfurt 1967; (zusammen mit Ernst Deuerlein, Alexander Fischer und Eberhard Menzel) Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970; Europäische Sicherheit. Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik 1966—1972, Düsseldorf 1972; Frieden und Sicherheit in Europa. Probleme der KSZE und der MBFR, Stuttgart 1975; Community and Conflict in the Socialist Camp. The Soviet Union, East Germany and the German Problem 1965—1972, London — New York 1975.

Earl C. Ravenal, Adjunct Professor an der John Hopkins School for Advanced International Studies und Fellow of the Washington Center of Foreign Policy Research; 1967 bis 1969 Direktor der Asien-Abteilung (Systemanalyse) im Office of the Secretary of Defense.

In Kürze erscheint vom Autor eine Analyse zur internationalen Politik mit dem Titel: „Beyond the Balance of Power: Foreign Policy and International Order“.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Einige Bemerkungen aus polnischer Sicht zum Thema „Informations-, Meinungs- und kultureller Austausch“

Nach Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa scheint es der Redaktion ein günstiges Zeichen, im Rahmen des von beiden Seiten (mehr oder weniger) angestrebten Dialogs die Anregung eines polnischen Journalisten aufgreifen und einen Kontroversbeitrag zu einer in dieser Zeitschrift veröffentlichten Studie von Gerhard Wettig („Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West. Zur Problematik einer umfassenden Koexistenz in Europa“ B 11/75) publizieren zu können. Gerhard Wettig nimmt seinerseits zu den kritischen Anmerkungen Stellung und interpretiert zugleich die entscheidenden Passagen aus der Schlußakte von Helsinki zum „Dritten Korb“, in dem — last, not least — der „Informations- und Meinungs-austausch“ sowie die „menschlichen Begegnungen“ einen Platz gefunden haben.

Zu einem Problem, von dem manche im Westen behaupten, daß der Erfolg der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von ihm abhängt, wurde der „Austausch von Kulturgütern und der Durchfluß von Ideen“ erklärt. Es ist charakteristisch, daß diese Angelegenheit so dargestellt wird, als widersetzten sich die sozialistischen Staaten, darunter auch Polen, diesem Austausch und daß es beinahe unmöglich wäre, den ‚Dritten Korb‘ zu füllen. Sind die sozialistischen Länder aber wirklich dem Thema „freier Meinungs-austausch“ so grundsätzlich abgeneigt — wie es aus den hiesigen Kommentaren zu entnehmen ist und beispielsweise besonders kraß zum Ausdruck kam in der Abhandlung von Gerhard Wettig „Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West“. Ich greife hier gern das Thema auf als Gelegenheit, eine für bundesdeutsche Medien typische Betrachtungsweise auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.

Haben wir in Ost und West beim ‚Dritten Korb‘ wirklich ein Neuland zu beschreiten? Sicherlich liegt noch manches im argen, das beide Seiten zu beseitigen haben. Man sollte aber nicht den Eindruck erwecken, als träten wir hier beinahe auf der Stelle. Das Problem wird m. E. hier einseitig und tendenziös dargestellt und die Leser über die Stellung der sozialistischen Länder hierzu falsch informiert. So wie es eingeprägte Stereotypen gibt über die Eigenschaften einzelner Nationen, so gibt es leider auch Stereotypen über die Einstellung sozialistischer Staaten zur Dritten-Korb-Problematik. Der sozialistische Osten trat mehrmals mit Vorschlägen zur Entwick-

lung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Information usw. auf. Es gibt heute schon eine ganze Menge von Möglichkeiten, die Nachbarvölker kennenzulernen. In dieser Beziehung sind wir auf manchen Gebieten ziemlich fortgeschritten. Mehr noch! Das Problem ist heute nicht so sehr, neue Möglichkeiten zu schaffen, sondern — wie es mir scheint — die schon bestehenden Formen der Zusammenarbeit voll zu nutzen. In der oben genannten Abhandlung fand ich kein gutes Wort für die bisherigen Ergebnisse der Dritten-Korb-Problematik, obwohl doch schon seit ein paar Jahren manches auch im Westen Anerkennung fand. Der Autor will scheinbar um jeden Preis beweisen, daß es im Grunde genommen keinen gemeinsam getragenen ‚Dritten Korb‘ geben kann. Ich möchte den Gegenbeweis vorbringen und werde mich natürlich vorwiegend auf polnische Beispiele berufen, obwohl sie aus anderen sozialistischen Ländern noch eindrucksvoller sein können (Beispiel Touristik).

1. Immer mehr Reisende — immer weniger Probleme

Am weitesten ist man bis jetzt in der Touristik vorwärts gekommen, obwohl Hotelkapazitäten und Devisen-Probleme diese Sache den sozialistischen Ländern nicht leicht machen. Die Westdeutschen und die Westler überhaupt haben schon seit Jahren Möglichkeiten, touristisch die sozialistischen Länder zu besuchen, und machen auch seit Jahren davon massenweise Gebrauch. Um möglichst vielen den Besuch zu ermöglichen,

überstrapazieren wir die Hotelkapazitäten in einer Weise, die sich ein westlicher Hotelinhaber schon im eigenen Interesse nicht leisten würde. Polen hatte 1973 über 7 Millionen ausländische Touristen aufgenommen, darunter 560 000 aus den kapitalistischen Ländern. 1974 waren 10 Millionen Polen im Ausland, also beinahe jeder Dritte. Gibt es viele westliche Länder, wo so zahlreiche Bürger ins Ausland fahren, und das noch bei den großen Devisen-Problemen, die man im Westen nicht kennt? Ein weiterer Unterschied, der meistens unbeachtet bleibt: Für einen Bürger der sozialistischen Staaten ist ein Urlaub im westlichen Ausland mit viel mehr Ausgaben verbunden; für den bundesdeutschen Touristen und nicht nur für ihn — ist es oft umgekehrt. Unsere Bürger engagieren sich also finanziell mehr, um ins Ausland zu fahren, was die Zahl der Auslandsreisenden noch beeindruckender macht. Die meisten Bürger fahren dabei individuell und nicht in Gruppenreisen.

Im Jahre 1969 kamen aus Polen insgesamt 9 000 Besucher in die Bundesrepublik Deutschland, 1974 waren es schon 130 000. In Ungarn waren 1971 fast 900 000 Westtouristen, $\frac{1}{3}$ davon waren 1974 Bundesdeutsche; 216 000 Ungarn bekamen 1971 die Möglichkeit, ins kapitalistische Ausland zu reisen. 1974 sind 3 800 000 Auslandsurlauber nach Bulgarien gekommen, 18,2 % mehr als 1973. Von den über eine Million Westurlaubern kamen die meisten, nämlich 210 000, aus der Bundesrepublik. Die Zahl der ausländischen Touristen, die 1974 die Sowjetunion besuchten, hat sich gegenüber 1973 um 18 % auf mehr als 3,4 Millionen Besuchern aus 153 Ländern erhöht; davon kamen 60 % aus den sozialistischen Ländern (aus der Bundesrepublik waren es 126 000). Wer sich beschwert, noch nicht überall in der Sowjetunion reisen zu dürfen, sollte erst mindestens einen Teil der 16 für den Touristenverkehr erschlossenen Autotouren sowie die über 100 Städte kennenlernen. Im Jahre 1973 bereisten 2,8 Millionen Sowjetbürger 126 Länder, darunter auch westliche Staaten.

In Anbetracht der oben skizzierten touristischen Entwicklung zu behaupten, daß es auf dem Gebiet der Liberalisierung der Touristik noch viel zu tun gäbe, hieße Böswilligkeit und Ignoranz zugleich. Niemand hindert heute jemanden, sich an der bulgarischen anstatt an der italienischen Küste zu sonnen. Die sozialistischen Länder wiederum müssen ihre Devisenprobleme selbst lösen, um noch mehr Bürgern die Möglichkeit zu bieten, auch in

Richtung Westen eine Fahrkarte zu buchen. Prozentual an der Bevölkerungszahl gemessen, fährt man aber in manchen sozialistischen Ländern heute öfter ins Ausland als in manchen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, was sicherlich auch für einen gut informierten Westbürger sensationell klingen wird. Auch nicht alle diesen zur Verfügung stehenden Plätze werden ausgebucht, was auf ein normales touristisches Interesse hindeutet. Man sollte es daher unterlassen, ein riesiges, angeblich noch nicht befriedigtes Interesse an Fahrten in Richtung Osten vorzutäuschen. Falls es sinkende Zahlen in der Touristik geben sollte, ist die Schuld eher in der westlichen Währungs- und in der Inflation zu suchen.

Angesichts der vielen hunderttausend aus den sozialistischen Staaten in den Westen Reisenden wäre es auch unsinnig, zu behaupten, nur Staatsfunktionäre dürften reisen. Es scheint, man verdächtigt außerdem unsere Reisenden pauschal als Spione, um das weitere Beharren auf den alten NATO-Visum-Bestimmungen zu entschuldigen. Gleichzeitig tut man so, als wäre im Westen noch niemand auf den Gedanken gekommen, sich bei Reisen in die sozialistischen Staaten auch 'untouristisch' im Lande umzuschauen. Das Messen mit zweierlei Maß, die Einstellung, alles Schlechte komme vom Osten, alles Gute aber vom Westen, hat sich ziemlich tief in den Gemütern — nicht nur der einfachen Leute, sondern auch der Verantwortungstragenden — eingenistet; bei manchen so tief, daß sie es schon gar nicht mehr merken. Überheblichkeit und Anmaßung sind aber keine guten Ratgeber für den 'Dritten Korb'. Der sowjetische Schriftsteller Konstantin Simonow, vom SPIEGEL im November 1974 auf die Authentizität von Scholochows „Der stille Don“ angesprochen, traf in seiner Antwort des Übels Kern: Was für Entrüstung und Kopfschütteln würde es hier geben, hätte man in der Sowjetunion die Authentizität z. B. von Bölls Werken angezweifelt und gefragt, ob Böll wirklich alles das selbst geschrieben habe. Den sozialistischen Staaten gegenüber glaubt man aber, sich alles erlauben zu können. Das ist eben der wunde Punkt, wo man all den eigenartigen Interpretationen des 'Dritten Korbs' sagen muß: *medice, cura te ipsum*.

Jede kleine Schwierigkeit mit der Visum-Beschaffung oder dem Aufenthalt in Polen wird hier großgeschrieben, dagegen werden noch größere Schwierigkeiten mit der Visum-Beschaffung

schaffung, z. B. nach Israel, übersehen. Dabei stände es unseren Visa-Behörden doch auch zu — wie es die Israelis tun — von gewissen Jahrgängen der Bundesdeutschen vorher schriftliche Erklärungen darüber zu verlangen, was der Betreffende im Großdeutschen Reich getan hat. Nicht erst seit heute bekommt man das Visum eines sozialistischen Staates viel schneller und problemloser als Bürger unserer Länder, die sich ins westliche Ausland begeben. Auch in dieser Beziehung reitet man aber weiter auf dem hohen Roß der angeblichen Überlegenheit. Sogar der gut informierte SPIEGEL (19. 5. 1975) fragte etwas provokativ den ungarischen Außenminister Puja:

SPIEGEL: „Sehen Sie im freien Fluß der Ideen und Menschen über die Grenzen einen Fortschritt oder ein Werkzeug, mit dem der Westen die sozialistischen Länder untergräbt?“

Puja: „Der freie Fluß sieht so aus, daß die ungarischen Behörden innerhalb von zwei Tagen ein Visum erteilen, und auf dem Budapester Flughafen Ferihegy oder an der Grenze innerhalb von zehn Minuten. Wir haben bei diesem Verfahren Gegenseitigkeit vorgeschlagen. Aber die großen westlichen Länder machen nicht mit. Wer will, der kann bei uns auch westliche Sender hören. Das Österreichische Fernsehen bestrahlt etwa die Hälfte des Landes.“

Vergleichen Sie bitte die Zahl der Paßbilder oder den polnischen Antrag auf ein Reisevisum — kleines Zettelchen — mit den plakatartigen Anträgen mancher westlicher Länder, von den unendlichen und oft kuriosen Fragen ganz zu schweigen. Von dieser unverändert bürokratischen Praxis sind sogar Personen betroffen, die auf Einladung ihrer Verwandten reisen oder durch westliche wissenschaftliche Institute persönlich eingeladen wurden. Die Abschaffung des Visum-Zwangs haben manche sozialistischen Länder den kapitalistischen vorgeschlagen, sind aber auf Ablehnung oder Zurückhaltung gestoßen. Polen hat bis jetzt die Visa-Abschaffung vereinbart mit Österreich, Finnland und Schweden.

Nicht nur in Sachen Visum-Beschaffung reagieren die sozialistischen Staaten elastischer. Beispielsweise hat sich auf Anweisung der amerikanischen Regierung das Düsseldorfer Generalkonsulat der USA geweigert, zwei DKP-Politikern das Einreisevisum in die USA zu erteilen, um ihnen die Teilnahme am Parteitag der KP USA Ende Juni 1975 zu ermöglichen. — Ich mußte gar nicht intensiv in den

Archiven ‚graben‘, um meine kritischen Bemerkungen mit weiteren Beispielen zu belegen, sondern brauchte einfach das zu nehmen, was während der Abfassung dieses Artikels laufend auf den Tisch kam — ein weiterer Grund für die westlichen Partner des Dialogs, in den ‚Dritten Korb‘ mal auch etwas selbstkritisch hineinzuschauen. So hatte sich gegen die Einschränkung von Reisen in die Deutsche Demokratische Republik durch die bayerische Landesregierung der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, im Dezember 1974 gewandt: Der Minister nahm Stellung zu einer Anordnung der Landesregierung in München, nach der öffentliche Bedienstete bis hinunter zum Kanalarbeiter Reisen in die DDR vier Wochen zuvor anmelden müssen und darüber eine Eintragung in die Personalakten erfolgt.

Nach meiner Kenntnis wurden bis jetzt auch noch nicht offiziell die alten Bestimmungen aufgehoben, denen zufolge SPD-Mitglieder und andere mehr oder weniger politisch Aktive nicht ohne vorherige Genehmigung in die DDR fahren können. Es ist jedenfalls für unsere Funktionäre viel leichter, in den Westen zu fahren als umgekehrt für die westlichen in Richtung Osten.

Noch anschaulicher ist das Bild der menschlichen Begegnungen, was die Deutsche Demokratische Republik anbetrifft. 1973 reisten in die DDR 17,3 Millionen Personen ein, 1971 waren es erst 5,9 Millionen — solche Dynamik kennt kein westliches Land. Von den erwähnten 17,3 Millionen kam beinahe die Hälfte aus den kapitalistischen Ländern, davon ungefähr 7 Millionen aus der Bundesrepublik und Westberlin. Aus der Deutschen Demokratischen Republik wiederum sind 1973 12 Millionen Menschen ins Ausland gefahren, also proportional viel mehr als aus der Bundesrepublik. Davon reisten gut 20 % nach Westdeutschland. Gewiß, meistens sind es Rentner, aber warum die Niedrigschätzung der Rentner-Fahrten? Haben die älteren Leute kein Urteilsvermögen?

Minister Franke stellte am 6. Mai 1975 mit Genugtuung eine starke Zunahme des Reiseverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten fest. Im ersten Quartal 1975 haben fast 700 000 Westdeutsche im Verhältnis zu rund 220 000 Reisenden im ersten Quartal 1974 die Möglichkeit einer Reise in die DDR genutzt, was eine Zunahme des Reiseverkehrs um 216 % bedeutet. Auch umgekehrt beginnt der Strom zu fließen: In der Zeit vom 1. 1.

1972 bis 30. 11. 1974 sind 5,5 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik bzw. nach Westberlin gereist. Seit einiger Zeit sind es nicht nur Rentner. Es wird auch die Familienzusammenführung berücksichtigt. Seit Inkrafttreten des Verkehrsvertrages am 17. 10. 1972 sind mehr als 90 000 DDR-Bewohner in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik gekommen (Stand Anfang 1975). Laut Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs Herold vom 19. 2. 1975 sind 1974 von der Deutschen Demokratischen Republik in 638 Fällen Ausreisen von Kindern aus der DDR in die Bundesrepublik genehmigt worden. Laut Minister Franke sind im ersten Halbjahr 1975 3 000 Personen aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt, mehr als im gesamten Jahr 1974.

Man könnte zwar sagen, daß all die erwähnten Zahlen nur eine unmittelbare Auswirkung der zwischen den zwei deutschen Staaten geschlossenen Verträge sind, aber es geht doch nicht, all diese Erscheinungen vom ‚Dritten Korb‘ zu trennen. In welchen Korb denn sonst würden diese Tatsachen passen? Nebenbei gesagt, sind längst nicht alle hier aufgezählt.

Bemerkung zum Argument: ‚Aber eine volle Freizügigkeit gibt es noch nicht‘.

Die Bundesrepublik braucht keine Beschränkungen im Personenverkehr, weil bei ihr kein breiteres Bedürfnis besteht, in Richtung Osten auszuwandern. Käme es aber zu solch einer Situation, würde man solche Beschränkungen vielleicht noch drastischer und schneller durchführen, als sie in den sozialistischen Ländern bestehen. Es genügt nur, auf den blitzartig durch die bundesdeutschen Behörden eingeführten Ausländerstopp hinzuweisen. Als sich Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machten, ging man bei diesen Beschränkungen sogar sehr weit, um seine ökonomischen Interessen zu wahren. Man verweigerte das Einreisevisum sogar Montagarbeitern, die kommen sollten, um mit den sozialistischen Firmen abgeschlossene Verträge zu erfüllen. Man spricht über absolute Freizügigkeit, aber verschweigt oder vergißt, daß es in den westlichen Ländern scharfe Vorschriften gibt gegen die Immigration. Die meisten Landesgesetze erschweren oder verbieten sogar eine ständige Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer.

Mit dem Ausnutzen von humanitären Aspekten der hier erwähnten Problematik für politische Zwecke sollte man sich auch aus ande-

ren, über das Thema Freizügigkeit hinausgehenden Gründen Zurückhaltung auferlegen. Zu oft werden hier in der Bundesrepublik die Ankommenden von den Verhältnissen enttäuscht. Die sehr gut bekannten schmerzlichen Probleme und Enttäuschungen der auswandernden Juden aus Osteuropa oder anderer Personen im Rahmen der Familienzusammenführung bestätigen nur, daß man sehr behutsam und vorsichtig an die Lösung der Probleme herangehen soll, anstatt sie politisch zu mißbrauchen. So klagte die BILD-Zeitung vom 23. 11. 1974: „Erwartungsfroh, mit klopfendem Herzen kommen sie über die Grenze, die 1,2 Millionen Rentner aus der ‚DDR‘, die im Jahr ihre Verwandten bei uns besuchen. Aber manche fahren schon nach einem Tag zurück, enttäuscht und verzweifelt. Ihre Verwandten wollen häufig gar nichts von ihnen wissen.“ Dieses Problem ist für Besucher aus der DDR, ähnlich wie für Reisende aus Polen, viel schmerzlicher als es in den hiesigen Massenmedien zum Vorschein kommt, denn aus verständlichen Gründen hüllt man sich besser über diese peinliche Angelegenheit in Schweigen. Das polnische Konsulat in Köln hat augenblicklich 2 000 Anträge auf Rückwanderung nach Polen aus der Bundesrepublik vorliegen, gestellt von Umsiedlern, die enttäuscht sind und zurück wollen. Der Mensch ist aber keine Ware, die man hin und her schieben darf.

Einige Stichworte zum Thema: Teure Reisen in die sozialistischen Länder, weil auch in dieser Hinsicht unkorrekte Vorstellungen kolportiert werden. Für 25 DM hier ein Hotelzimmer mit Vollpension zu erhalten, ist heute nur ein Wunschgedanke, vielleicht nicht so ganz in kleinen Ortschaften. Wenn aber die sozialistischen Länder einen obligatorischen Umtausch von 25 DM pro Person festsetzen, nennt man das gleich pejorativ „Zwangsumtausch“ und klagt: Viel zu teuer.

Seien wir ehrlich: Es ist viel zu teuer für den Schwarzmarkthändler. Man kann aber nicht im Ernst erwarten, daß der Staat den Schwarzmarkt noch fördert. Ich habe noch nirgendwo gelesen oder gehört, daß jemand hier den Schwarzmarkt-Valuta-Handel öffentlich verurteilte, was zumindest — wenn nicht eine Hilfe für uns — so doch eine klare Distanzierung bedeuten würde. Der offizielle Kurs, den man im Osten für die Umtauschquote bekommt (Camping-Touristen zahlen die Hälfte), erlaubt jedem, viel leichter über den Tag zu kommen als mit denselben 25 DM

im Westen, mit denen ein Einzeltourist nicht auskommt, es sei denn, er zieht die Bahnhofsbank dem Hotel vor. Daß diese Umtauschquote noch unter den realen Kosten im Westen liegt, ist der beste Beweis dafür, daß die sozialistischen Länder die Westtouristik fördern wollen. Gewiß, manchen Reisenden wird der obligatorische Umtausch trotzdem zu teuer, weil sie eben bei Verwandten und Bekannten den Unterhalt bestreiten können. Die Zollbehörden sind leider nicht imstande, zwischen wirklichen Verwandten-Reisenden und den übrigen zu unterscheiden. Außerdem würde es bedeuten, die Touristen in Klassen einzuteilen.

Mißbrauchte Touristik

Noch einige Bemerkungen am Rande in diesem touristischen Kapitel. Es gibt längst keine abgekapselte Welt mehr und es wird sie morgen noch weniger geben. Trotzdem sollte man die Begegnungen zwischen den Menschen nicht mißbrauchen. Die sozialistischen Länder möchten Touristik nicht verstanden wissen als Mantel für heimliche Aktivitäten oder Tarnkappen für die Realisierung von besonderen Wünschen besonderer Behörden, so wie es z. B. der „STERN“ vom 23. 8. 1973 geschildert hatte: „Die DDR-Jugend bekundet zunehmend Interesse an Bonner Politik und Prominenz. Dies geht aus einem Geheimreport hervor, der für das Bundeskanzleramt angefertigt wurde und über Gespräche mit rund 1 000 Jugendlichen in Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg und Schwerin kurz vor und nach den Ostberliner Weltjugendfestspielen berichtet. In dem Report heißt es, daß Fragen nach Willy Brandt (87 %), dem Juso-Vorsitzenden Wolfgang Roth (58 %), Georg Leber (32 %) und Helmut Schmidt (31 %) nicht nur auf die Funktion, sondern auch auf die Person abzielten. (Was ist der Brandt eigentlich für ein Mensch?) Außerdem wollte über die Hälfte aller Angesprochenen Auskünfte über bundesdeutsche Bildungspolitik, Aufstiegschancen in der Wirtschaft, über den Automobilsport, Urlaubsreisen und das Bonner Verhältnis zu Amerika bekommen.“

Ähnliches trifft auf westliche Meinungsforschungsinstitute zu, wenn sie z. B. Touristen speziell aus den sozialistischen Ländern aussuchen, um ihnen Fragen zu stellen wie: „Wen würden Sie wählen, wenn es bei Ihnen freie Wahlen gäbe?“ Ausführlich berichtete darüber die „Bonner Rundschau“ vom 26. 3. 1973. Diese Angelegenheit wurde auch Gegenstand einer Anfrage im Bundestag. Es ging

um eine Meinungsumfrage, durchgeführt in der Zeit vom Frühjahr 1971 bis Ende 1972 in sechs westeuropäischen Ländern unter mehr als 3 700 Besuchern aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Bei den Befragten handelte es sich um Touristen und um Teilnehmer von Kongressen sowie um dienstliche Besucher von Industriekonzernen. Durch journalistische Ungeschicklichkeit wurde die Initiative publik. Es stellt sich die Frage, wieviele ähnlich organisierte Unternehmen durchgeführt wurden und werden, ohne daß die Öffentlichkeit etwas darüber erfährt. Wir befragen auch nicht westdeutsche Jugendliche über die inneren Angelegenheiten ihres Landes, z. B. wie sie sich es vorstellen, die Macht der Großbourgeoisie zu brechen. Wir betrachten westliche Touristen als Touristen und dürfen hier Gegenseitigkeit erwarten.

Wie weit die menschlichen Kontakte mißbraucht werden können, zeigt auch die zum kommerziellen Geschäft gewordene Fluchthilfe. Auch wird hier zweierlei Maß genommen. Wenn z. B. die englischen Gerichte Menschen schmuggel bestrafen, ist für die bundesdeutschen Massenmedien alles in Ordnung. Wenn aber die DDR dasselbe tut, wird es gleich gegen sie politisch umgemünzt. Man könnte auch darüber nachdenken, auf welcher rechtlichen Grundlage im Westen jedem aus Osteuropa Kommenden im Namen der Freizügigkeit politisches Asyl problemlos gewährt wird, falls ein entsprechender Wunsch geäußert wird. In solchen Fällen nimmt man nicht einmal Rücksicht darauf, daß der Asyl-Suchende sich in seinem Land kriminell strafbar gemacht hat. Jedenfalls ist kein Fall bekannt, das jemanden das politische Asyl nicht zuerkannt wurde, obwohl sich unter den Antragstellenden nicht nur Unpolitische befanden, sondern auch kriminelle Gestalten. Auch diese Praxis kann doch nicht im Sinn des ‚Dritten Korbes‘ liegen.

Noch einige Beispiele für das oft vorkommende zweierlei Maß, das der Grundidee der KSZE eindeutig widerspricht: In der „Frankfurter Rundschau“ fand ich im Mai 1975 eine Mini-Notiz, daß 1974 allein in Holland über 1 000 Bundesbürger im Schnellverfahren von den holländischen Gerichten zu Geldstrafen zwischen 25 und 500 Gulden verurteilt wurden. Nur in einem Lande wegen eines einzigen Deliktes waren es so viele Bestrafte — andere Verfahren nicht mitgezählt. Die Reisenden trugen nämlich Selbstverteidigungswaffen bei sich. Viele Bundestouristen werden auch in anderen westlichen Staaten

vor den Kadi gezogen. Man kann sich vorstellen, welcher Protest in den Massenmedien ausbrechen würde, sollten nur annähernd so viele Bundesbürger von der Ordnungspolizei in den sozialistischen Staaten bestraft werden. Man nimmt ferner Anstoß an beschlagnahmten Atlanten oder Büchern durch die Zollbeamten der sozialistischen Staaten, erfährt aber nicht, daß Ähnliches auch durch den bundesdeutschen Zoll praktiziert wird. Die Grenzkontrollstelle Bebra hatte im Mai 1975 einer DKP-Delegation, aus der DDR kommend, 22 Bücher beschlagnahmt. Darunter waren Wörterbücher der Philosophie und Ökonomie und das Manifest der kommunistischen Partei. (Ich zitiere hier nur den letzten mir bekannten Fall). Außerdem kann man den Touristenverkehr, die menschlichen Kontakte, den wissenschaftlichen Austausch nicht so betrachten, als zähle hier nur die Richtung Ost-West. Es besteht doch auch unter den sozialistischen Staaten ein sehr reger, allseitiger Verkehr, den wir nicht weniger schätzen als die westlichen Länder diejenigen Kommunikationsformen, die sie untereinander pflegen.

In der letzten Zeit wurde der ‚Dritte Korb‘ kräftig aufgefüllt, auch mit verschiedenen kleinen Dingen, die der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang gar nicht bewußt sind, obwohl sie im Grunde genommen auch dazu gehören. Nehmen wir als Beispiel die Verbindungsmöglichkeiten, die der automatische Selbstwähldienst im Fernsprechverkehr schafft, was doch den Menschen zugute kommt. Zwischen den beiden deutschen Staaten bestehen derzeit 479 Telefonleitungen — nur 34 Leitungen waren es Anfang 1970. 5,8 Millionen Telefongespräche wurden 1973 zwischen Ost und West geführt — 0,7 Millionen waren es 1970. 1973 wurden in die DDR und nach Berlin 107 Millionen Briefe und aus der DDR rund 128 Millionen Briefe geschrieben. Die Zahl der versandten Pakete und Päckchen betrug 1973 in Richtung West-Ost rund 30 Millionen; in umgekehrter Richtung rund 15 Millionen. Auch der Selbstwählverkehr in Osteuropa bezieht immer mehr die westlichen Staaten ein, beschränkt in seinem Tempo nur durch die Kostenfrage. Außer dem Selbstwählverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten gibt es ihn auch zwischen der Bundesrepublik und Polen, der Bundesrepublik und Ungarn sowie der CSSR und Österreich. All das ist auch ein Teilstück des ‚Dritten Korbes‘.

DDR-Bürgern ist jetzt der Besitz von Bargeld anderer Währungen gestattet. Sie können damit in Intershop-Läden oder ähnlichen Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik einkaufen. Daraus ergibt sich, daß man bei Reisen in die DDR dort lebenden Verwandten und Bekannten auch DM-West schenken darf. Bei der Rückreise reicht es aus, auf Befragen anzugeben, wem man das Geld geschenkt hat. Schließlich können jetzt auch Besucher aus der DDR bei ihrer Rückreise aus der Bundesrepublik bis zu 500 DM mitnehmen. Ähnliche Regelungen — in Details unterschiedlich — bestehen in Polen und Ungarn, und sie tragen beträchtlich dazu bei, den ‚Dritten Korb‘ mit Leben zu erfüllen, denn dieser Korb bedeutet doch in vielerlei Hinsicht letztlich eine Devisenfrage.

2. Kulturaustausch — Wer hat hier nachzuholen?

Der Begriff „Kulturaustausch“ setzt Aktivitäten mindestens in zwei Richtungen voraus: Er bedeutet nicht nur Gegenseitigkeit in Quantität sondern auch in Qualität. Der Kulturaustausch setzt ebenfalls die Notwendigkeit voraus, die Gesetze und Sitten des Partners zu achten, d. h., es wäre eine eindeutige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, ihn seiner gesetzlichen Verpflichtungen entbinden zu wollen. In den sozialistischen Staaten sind eben die *Behörden* federführend in der ‚Dritten Korb‘-Thematik; es gibt keine privaten, mit entsprechenden Kompetenzen ausgestatteten Institutionen für diese Angelegenheit. Umgekehrt erwarten auch wir nicht, daß die westlichen Länder für den kulturellen Austausch und den Informationsfluß ihrerseits die Struktur der sozialistischen Länder übernehmen. Man möge außerdem bedenken, daß die KSZE eine Zusammenkunft von Staaten und nicht von privaten Persönlichkeiten ist.

Indessen ist nicht zu verschweigen, daß die Bereitschaft zur Gegenseitigkeit im Verhältnis zur polnischen Literatur und Kultur bei unseren westlichen Partnern nicht immer über verbale Deklamationen hinausgeht. Die sozialistischen Länder — darunter auch Polen — haben keinen Grund, die Entwicklung des Kulturaustausches mit den westlichen Ländern zu befürchten. Wir sind jedoch berechtigt, mit Zurückhaltung Tendenzen zu betrachten, die gegen Entspannung und Zusammenarbeit gerichtet sind. Polen hat genug Beweise für sein Interesse an kultureller Zusam-

menarbeit mit der Welt erbracht. Wir unterhalten mit 80 Ländern in der Welt Kontakte im Bereich der Kultur, wobei die Initiative dazu des öfteren von uns kam. Es ist keine Übertreibung, zu behaupten, daß ein durchschnittlich gebildeter Pole sich in den aktuellen Kulturereignissen in der Welt besser auskennt als so mancher ihm in der Bildung ebenbürtige Vertreter in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern, ganz zu schweigen von den zu unseren Gunsten ausfallenden Unterschieden beim Vergleich von Spezialisten.

Konzerte von beinahe 3 000 polnischen Künstlern in 34 Ländern, 32 polnische Musikensembles mit 2 500 Mitgliedern in 24 Ländern, ferner 300 Künstler fest engagiert im Ausland — 1 533 ausländische Künstler (Musik, Ballett, Oper) zu Konzertreisen in Polen: das ist eine weit unvollständige Bilanz des Jahres 1974. Prozentual genommen weilen im Ausland mehr polnische Künstler als bundesdeutsche. Manche Laien betrachten Polen dennoch weiterhin als ein kulturelles Hinterland (im großen und ganzen bezieht sich das auf den Osten überhaupt) und merken gar nicht — eben weil sie zu selbstsicher sind —, daß Polen eine kulturelle Großmacht geworden ist und auf manchen Gebieten wie zeitgenössische Musik, Plakatkunst, Denkmalpflege usw. viele westliche Länder übertrifft. Aus Popularitäts- und materiellen Gründen hätten unsere Künstler oft Auslandsfahrten bevorzugt, doch ihre erste Pflicht ist, die kulturellen Bedürfnisse des eigenen Volkes zu befriedigen.

Trotzdem wird die Diskussion um den kulturellen Inhalt des ‚Dritten Korbes‘ so geführt, als wären wir dem Westen vieles schuldig. Allein aus der Bundesrepublik hatte Polen 1973 über 80 000 Bücher importiert. Aus England und den USA kaufen wir noch mehr; außerdem in kleineren Mengen aus anderen kapitalistischen Ländern. Westliche Verlage bekommen auch Gelegenheit, eigene Buchausstellungen in Polen zu organisieren (so letztlich eine Ausstellung medizinischer Literatur aus der Bundesrepublik in Warschau oder landwirtschaftlicher Bücher in Posen). Wir importieren 16 800 Titel an Tageszeitungen und Periodika aus über 100 Ländern. Von dieser Zahl kommen 12 500 Titel, also die überwiegende Zahl, aus den kapitalistischen Staaten. Im Jahre 1973 wurden in Polen 47 Millionen Exemplare der Auslandspresse verkauft, davon 35 % im freien Verkauf. Unter den westlichen Titeln finden sich solche wie *New*

York Times, *The Times*, *Newsweek*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Figaro*, *Le Monde*, *Der Spiegel*, *Die Welt*; außerdem über 200 Titel von Zeitschriften, denen man auch keine Sympathie für den Sozialismus nachsagen kann. Die über 100 Clubs der internationalen Presse sind eine Erscheinung ohne Beispiel, denn nirgends kann man so viele Titel aus der ganzen Welt kostenlos an einem Platz durchblättern. Auf einen Durchschnitts-Westeuropäer, der mit ganz irrigen Vorstellungen in Richtung Osten schaut, müssen solche Zahlen schockierend wirken.

Wenn man bedenkt, daß die Preise der Zeitungen und die Papierpreise überhaupt in der kapitalistischen Welt unaufhaltsam und rapide gestiegen sind (bei manchen Titeln jährlich bis zu 25 %), kann man sich leicht ausrechnen, daß für dieselbe Zahl von Titeln jährlich immer mehr Devisen reserviert werden müssen. Es ist uns, aber unmöglich, mit den Inflationspreisen westlicher Zeitungs- und Buchverlage zu wetteifern. Die Konsequenz: im Jahr 1974 kaufte Polen in der Bundesrepublik nur 70 000 Bücher, mußte dafür aber mehr bezahlen. Trotzdem importieren wir generell aus dem Westen viel mehr an Büchern und Zeitschriften als wir in dieselbe Richtung exportieren. Es ist also für uns ein permanentes Defizit. Es geht aber darum, daß das Defizit nicht zu groß wird. Was die Bundesrepublik betrifft, so hat Polen 1973 für 3,3 Millionen DM an Büchern importiert und nur für 1,5 Millionen DM (teils in deutscher Sprache) exportiert — und das in ein Land mit doppelt so großer Bevölkerungszahl wie Polen.

Dabei ist die Befriedigung unserer Bedürfnisse durch die Buchverlage der DDR nicht zu vergessen, sowohl was deutsche Klassik anbetrifft wie auch Gegenwartsliteratur und technisch-wissenschaftliche Bücher.

Die Bundesrepublik bestreitet aus den sozialistischen Ländern nur 5 % ihres Gesamtimports an Büchern. Haben sie denn wirklich nur einen 5 %igen Anteil an der Welt-Literatur? Noch unerklärlich ist, warum diese Zahl seit 1964 (!) konstant bleibt. All die oben genannten Proportionen sehen für uns in den Kulturbeziehungen mit anderen kapitalistischen Ländern noch ungünstiger aus als mit der Bundesrepublik. Umso mehr stellt sich die Frage, wer hier eigentlich etwas nachzuholen hat. Ähnlich sieht es bei den Zeitungen und Zeitschriften aus. Hier ist das Verhältnis 2,5 : 1 zu unseren Ungunsten. Aus der Bun-

desrepublik importierten wir jährlich 2 000 Titel, davon 80 % wissenschaftliche.

Erste große Kluft — Übersetzungen

Ähnlich wie beim Import/Export-Verhältnis sieht die Situation bei den Übersetzungen fremdspachlicher Literatur aus; die Disproportionen kommen da noch krasser zum Vorschein. In Polen übernehmen wir viel mehr westliche Werke als umgekehrt. Laut UNESCO-Statistik wurden in den Jahren 1948 bis 1965 — also in den politisch nicht besonders freundlichen Jahren zwischen Ost und West — insgesamt 539 Bücher aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt, dagegen aus dem Deutschen ins Polnische 1240 Werke. Zum Vergleich: Aus dem Schwedischen hatte man ins Deutsche in demselben Zeitraum 959 Bücher übersetzt.

In den Jahren 1945 bis 1973 — um einen anderen Vergleich zu bringen — wurden in Polen insgesamt 1 137 Titel aus der englischen Literatur verlegt, in Großbritannien dagegen in derselben Zeit nur 87 polnische Titel. Entsprechende Zahlen für Frankreich lauten: 1 351 französische Titel übernommen durch Polen und 139 polnische verlegt in Frankreich; ferner 800 Bücher verlegt in Polen aus den USA und 97 polnische übersetzt in Amerika. Ähnlich sehen die Proportionen aus beim Film und bei Theaterstücken. Sicherlich geht es nicht darum, ein Verhältnis 50 : 50 zu erreichen. Es geht auch nicht um die Festlegung starrer Proportionen. Die oben genannten kann man aber nur als Mißverhältnis bezeichnen. Der westliche Durchschnittsbürger, wahrscheinlich auch die sehr gebildeten Leute, sind sich dieses Mißverhältnisses gar nicht bewußt. Dabei sind die Bücher und die Theaterstücke nicht das einzige ‚Dritte-Korb‘-Gebiet, wo die sozialistischen Länder in einer besseren Ausgangslage sind als die westlichen. Der ehemalige Leiter und Gründer von INTER NATIONES, Richard Mönning, — Autor von über 50 Übersetzungsbibliographien — schrieb in „DIE ZEIT“ vom 11. 10. 1974 ein Lob über die Übersetzungstätigkeit der Polen: „Vorbildlich sind die Bemühungen der Polen um ihre Übersetzer im Ausland. Sie registrieren nicht nur die Übersetzungen — allein 4 465 schöngeistige polnische Werke von 1945 bis 1971 —, sie bemühen sich auch um persönliche Kontakte zu den mehr als 300 Übersetzern in aller Welt, versorgen sie mit Neuerscheinungen, Zeitschriften und Nachschlagwerken, bringen sie mit Verlegern zu-

sammen, lassen ihre Übersetzungen in der Presse besprechen, laden sie nach Polen ein und geben ihnen Preise. Wenn wir das auch tun wollten, müßten wir zu mehr als 3 000 Übersetzern freundliche Beziehungen aufnehmen.“ Weiter lesen wir in demselben Artikel: „Die Nationalbibliothek in Sofia legte eine 5059 Titel umfassende Bibliographie der bulgarisch-deutschen Kulturbeziehungen der letzten hundert Jahre vor. In Moskau ist soeben ein 614 Seiten umfassendes ‚Verzeichnis der russischen Übersetzungen und der kritischen Literatur in russischer Sprache über Johann Wolfgang von Goethe 1780 bis 1971‘ erschienen. Im Katalog der Lenin-Bibliothek in Moskau fand ich 1972 nicht weniger als 408 deutsche Ausgaben und Übersetzungen der Werke von Heinrich Böll. Die Hermann-Hesse-Welle, die zuvor die Vereinigten Staaten, Japan und Indien erfaßte, hat 1974 auch die SU erreicht. Das ‚Glasperlenspiel‘ kam russisch in einer Erstauflage von 100 000 Exemplaren heraus.“ Der Autor fand keinen Grund, sich in dem Artikel über die Art der Aufnahme fremdsprachiger Literatur durch die sozialistischen Staaten kritisch zu äußern.

In der Bundesrepublik ist jeder 10. Buchtitel eine Übersetzung. Die sozialistischen Länder haben daran aber nur einen Anteil von 5 % (darunter Polen 0,9 % der Gesamtübersetzungen). Dabei ist die Bundesrepublik im Verhältnis zu anderen kapitalistischen Ländern buchstäblich eine Macht, was Übersetzungen aus dem Osten betrifft.

Das Echo auf die Internationale Buchmesse in Warschau ist hier meistens positiv. Wie stark der Westen da vertreten ist, zeigen die Zahlen von 1973. So schrieb die *Frankfurter Rundschau* am 10. 9. 1973: „Krasse Disproportion herrscht im Ost-West-Austausch von Druckerzeugnissen. Wie stark westliche Literatur, wie auch Sachbücher in Osteuropa verbreitet sind, zeigt ein Blick in die Schaufenster der dortigen Buchläden. Bezeichnend ist die Ausstellerliste der letzten Warschauer Buchmesse: Von den insgesamt 265 Ausstellern kamen 54 aus Polen, 57 aus anderen kommunistischen Ländern und nicht weniger als 154 aus dem Westen. Selten gelangen hingegen östliche Autoren auf die Regale der Buchhandlungen in den kapitalistischen Ländern, wenn man von einigen (im Westen verlegte) Bestseller wie Solschenizyn absieht.“

Über die Leipziger Buchmesse schrieb der *Kölner Stadtanzeiger* vom 12. 3. 1975: „Bölls Erzählung ‚Die verlorene Ehre der Katharina

Blum' soll auch in der DDR erscheinen und wird jetzt vom Leipziger Insel-Verlag angekündigt. Wie denn überhaupt in diesem Jahr eine verhältnismäßig große Zahl von westlichen Titeln im Programm der DDR-Verlage erscheint." Schneidet die Bundesrepublik insgesamt in Bezug auf die Übernahme von DDR-Publikationen besser ab? Die in der Zeitung gegebene Erklärung, es bestehe in der DDR ein „großer Nachholbedarf“, läßt umgekehrt die Frage zu, ob in der Bundesrepublik nicht zumindestens derselbe, wenn nicht noch ein größerer Nachholbedarf besteht.

Mit etwa 60 Titeln pro Jahr wird französische Belletristik vor allen anderen romanischen Literaturen in der DDR am häufigsten übersetzt. Wie die Zeitschrift des DDR-Schriftstellerverbandes, die *Neue Deutsche Literatur*, im April 1974 berichtete, sind von 1954 bis 1972 etwa 1 800 französische Buchtitel von DDR-Verlagen herausgebracht worden. Es würde interessant sein zu erfahren, wieviel DDR-Bücher in Frankreich in diesem Zeitraum verlegt worden sind. Es steht außer Frage, daß aus einem so riesigen Buchvolumen, wie er in der Deutschen Demokratischen Republik besteht, sicherlich jedes westliche Land manches Wertvolle für sich finden könnte, auch wenn man andere ideologische oder politische Maßstäbe setzt. Wenn die Deutsche Demokratische Republik täglich 100 000 Bücher in über 100 Länder exportiert, dann ist das doch auch ein wichtiges Element des ‚Dritten Korbes‘ und man kann es nicht disqualifizieren, nur weil bei diesen hunderttausend Exemplaren kein Buch von Solschenizyn dabei ist.

Dies sind nicht nur *meine* kritischen Beobachtungen. Das sinkende Interesse der bundesdeutschen Verlage haben auch die ungarischen Aussteller auf der Frankfurter Buchmesse 1974 beklagt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb nach der Messe in einem Artikel über die osteuropäische Literatur auf dem bundesdeutschen Markt: „Dabei muß man sagen, daß die Literatur der sechziger Jahre aus der Bundesrepublik in der Sowjetunion besser vertreten ist als entsprechende russische Titel bei uns. Herausragende Autoren sind dabei natürlich Böll, Lenz und im vergangenen Jahr auch Koeppen, der mit drei Romanen in einem Band herausgekommen ist“ (FAZ vom 15. 10. 1974). Die *Süddeutsche Zeitung* brachte in der Nummer vom 8./9. 1973 eine Äußerung von Ottmar Pertschi vom Institut für slawische Sprachen und Kulturen in Germersheim, wo zu lesen ist: „Meine erste Behauptung lautet: unsere westdeutschen Ver-

lage sind an einem sowjetischen Schriftsteller erst dann interessiert, wenn er schon irgendwie — egal auf welchem Gebiet, nur nicht auf dem literarischen — reputiert ist.“ Es ist wirklich nicht zu bestreiten, daß die westlichen Verlage (sicherlich nicht immer) die Auswahl unserer Buchautoren bei Übersetzungsvorschlägen nach einem bestimmten Modus treffen: je kritischer der Autor sich äußert, desto größere Chancen hat er, im Westen gedruckt zu werden. Das aber hat mit Kultur wenig gemeinsam, eher mit der Politik.

Man kann sich übrigens nicht nur auf die reine Buchtitelaufzählung beschränken, denn die Auflagen sind in den sozialistischen Ländern fast immer wesentlich höher als im kapitalistischen Westen. Wenn man eine Verlagsbilanz zieht, kommt man schnell zu der Feststellung, daß die westlichen Autoren unvergleichbar mehr präsent sind in den sozialistischen Staaten als unsere Autoren im Westen.

Für den Autor der eingangs erwähnten Abhandlung in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ scheinen aber all diese Zahlen und Tatsachen nicht zu existieren. Sein *Résumé* sieht folgendermaßen aus: „Der Wunsch, die eigenen Staatsbürger gegen Einwirkungen aus den Westen abzuschirmen, veranlaßt die östlichen Behörden auch dazu, den Zugang zu westlichen Presseerzeugnissen, Büchern, Filmen und anderen Informationsträgern entweder völlig unmöglich zu machen oder aber in den engen Grenzen eines entpolitisierten und überwachten Kulturaustausches zu halten. Natürlich werden westliche Rundfunksendungen in erheblichem Umfang gestört, damit sie so wenig Hörer wie möglich in Osteuropa erreichen sollen. Das Fernsehen stellt bisher, von einigen Randzonen wie namentlich in der DDR abgesehen, praktisch noch keinen Faktor westlicher Einwirkung dar.“ (Seite 5) Bis jetzt dachte ich, daß die westlichen Länder einen politisierten Kulturaustausch ablehnen, ähnlich wie einen politisierten Sport. Dachte auch, daß von den unzähligen westlichen Rundfunkstationen nur ein paar spezifische Sender wie Radio Freies Europa und Radio Liberty Schwierigkeiten haben, in Richtung Osten vorzudringen. Glaubte auch, daß das westliche Fernsehen nicht nur die DDR, sondern auch weite Teile Ungarns und der Tschechoslowakei erreicht. Jetzt wurde ich eines besseren belehrt.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß der Westen den Osten kulturell als minderwertig betrachtete und manches davon ist noch ge-

blieben. So erschien in der angesehenen Zeitschrift „DIE ZEIT“ eine Buchbesprechung einer in der Bundesrepublik herausgegebenen Publikation der polnischen Wissenschaftlerin Maria Wawrykowa. Ihr Thema: Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts. In einer fairen Besprechung entdeckt der Rezensent „erstaunliche Objektivität“ der Autorin. Ich erinnere mich an eine ähnliche Situation vor ein paar Jahren, als eine westdeutsche historische Zeitschrift ein Buch des polnischen Historikers Franciszek Ryszka besprach. Auch da war man erstaunt, wie weitgehend der Autor in seiner Arbeit Publikationen westlicher Historiker berücksichtigt hatte. Solche Entdeckungen findet man hier oft. Sie beruhen auf einer Unkenntnis der wirklichen Situation und auf Vorstellungen, daß Objektivität ein westliches Reservat sei.

Zweite große Kluft — Filme

Sehen wir uns die Fernsehprogramme an: Im ARD-Programm des Fernsehens wurden 1974 insgesamt 155 Spielfilme gesendet. Über die Hälfte davon kam aus den USA, den Rest bestritten andere westliche Länder. Für die sozialistischen Staaten reservierte man nur insgesamt neun Titel. Im Jahre 1973 sind von 144 Filmen nur acht aus den sozialistischen Ländern vorgeführt worden. Dabei ist es allgemein bekannt, daß das Niveau der sozialistischen Filmproduktion gewiß nicht schlechter ist als das der westlichen. Wie kann man also die krassen Disproportionen erklären? Vielleicht hatte sie die Politik diktiert? Noch schlechter als im Fernsehen sieht es in den Filmtheatern aus. Es ist schon eine Leistung, in hiesigen Filmtheatern auf einen Titel aus dem Osten zu stoßen. Höchstens findet man sie in den Filmclubs. Im Vergleich zu den 170 Spielfilmen aus 19 Ländern, die Polen 1972 importierte — darunter viele aus dem Westen — sieht die Wirklichkeit der Bundesrepublik in dieser Beziehung miserabel aus. In anderen westlichen Ländern ist es noch schlimmer. Obwohl Devisenprobleme unsere Schwierigkeiten sind und nicht die des Westens, bekommen unsere Bürger einen größeren, repräsentativen Überblick über den Filmmarkt im Weltmaßstab als die westlichen Länder. Dies trifft auch auf die anderen sozialistischen Länder zu. Nach Angaben des Verleihs ist der Defa-Film „Lotte in Weimar“ der erste DDR-Film überhaupt, der von einer amerikanischen Firma ins Programm übernommen wurde. Es würde in diesem Zusammenhang allgemein sehr interessant sein, zu untersuchen,

wie weit der Inhalt des ‚Dritten Korbs‘ in den USA berücksichtigt wird. Es gäbe eine lange Liste, wollte man alle amerikanischen Filme aufzählen, die in den DDR-Filmtheatern schon aufgeführt wurden.

Obwohl es keine Übersetzungsprobleme gibt, hat es ein DDR-Film äußerst schwer, das westdeutsche Kinopublikum zu erreichen. Eine Vorstellung davon gibt die Antwort von Minister Franke auf eine Anfrage der Opposition vom 16. Oktober 1974. Der Minister stellte fest, daß die Bundesregierung einzelne Filme der DEFA beschafft, aber nur für geschlossene Veranstaltungen in Seminaren, Vortragsreihen und ähnliches. In den Jahren 1969 bis 1973 hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen insgesamt 41 Filme erworben, die nur für die politische Bildungsarbeit bestimmt waren.

Im März 1975 gab es in Moskau und Leningrad die erste Westdeutsche Filmwoche, bei der acht Spielfilme gezeigt wurden. An eine ähnliche Woche mit gleich vielen sowjetischen Spielfilmen in der Bundesrepublik kann ich mich nicht erinnern. Es genügt ferner, die Programme der Filmtheater in unserer Presse mit den hiesigen zu vergleichen, um zu entsprechenden Schlußfolgerungen zu kommen.

Immerhin tut sich schon manches auf dem Gebiet der Kulturtage und Kulturwochen. Laut einer Stellungnahme von Staatsminister Mörsch vom 19. August 1974 gab es seit der Ratifizierung des Warschauer Vertrages zahlreiche polnische Kulturwochen in der Bundesrepublik. Allein 1973/74 waren es rund 17. Staatsminister Mörsch sagte, daß das Auswärtige Amt versuche, „regelmäßig die Städte zu Gegenveranstaltungen in Polen zu bewegen und hätte in diesen Fällen auch sachliche und finanzielle Hilfe leisten können. Hierzu waren die Städte, mit Ausnahme von Kiel und Göttingen, die je eine Kulturwoche in Polen durchgeführt haben bzw. zur Zeit vorbereiten, bisher nicht bereit.“ *). Auf weitere Anfragen stellte Mörsch fest: „Insgesamt ist die kulturelle Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland in Polen vielfältig. Eine weitere quantitative Ausdehnung, die theoretisch durchaus möglich wäre, würde angesichts der angespannten Haushaltslage zur Zeit allerdings auf Schwierigkeiten sto-

*) Inzwischen stellte sich in Warschau Bremen vor; die Städte Hamburg und Dortmund sind als Erwidierung von Polnischen Wochen nach Polen eingeladen worden.

Ben... Die vom Auswärtigen Amt für deutsche Gastspiele und Ausstellungen in Polen aufgewandten Mittel sind von rund 30 000 DM (1969) auf über 700 000 gestiegen. Ähnlich verhält es sich bei den für die Zusammenarbeit in den Bereichen Film/Funk/Fernsehen, Sport, gesellschaftliche Gruppen aufgewandten Mittel.“

Was die Frage der Finanzierung betrifft, so kam die *Deutsche Zeitung/Christ und Welt* vom 11. April 1975 zur folgenden Feststellung: „Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik ist weitgehend Subventionspolitik.“ Selbstverständlich ist es gleichzeitig eine gezielte Subventionierung, denn für alle Interessierten reichen die Zuschüsse nicht aus. Es bleibt also dem Geldgeber überlassen, wen er mit der Subvention beglückt. Immerhin ist es eine große Summe. Das Auswärtige Amt bestimmt 40 Prozent seines Gesamtbudgets für die Finanzierung der Kulturarbeit im Ausland. Bei gut 1,2 Milliarden DM im laufenden Haushalt sind das etwa 500 Millionen — eine enorme Summe, die in keinem Vergleich steht zu den Quoten, die dem polnischen Auswärtigen Amt dafür zur Verfügung stehen (nur 5 Prozent seines Gesamtbudget). Sicherlich wird dafür bei uns auch aus dem Fond des Ministeriums für Kultur noch manches bestritten, aber für die Bundesrepublik ist das Auswärtige Amt auch nicht die einzige und letzte Quelle der Zuschüsse für Auslandsaktivitäten.

3. Grünes Licht für Wissenschaft und Technik

Bedeutend internationale Tagungen, Kongresse, Seminare — deren Zahl und Qualität sprunghaft gestiegen ist — keine Ausfüllung des ‚Dritten Korbes‘? Hatte sich der sozialistische Osten geweigert, internationale Kongresse zu organisieren oder an ihnen teilzunehmen? Hat sich jemand beklagt, er durfte bei diesen wissenschaftlichen Zusammenkünften in den sozialistischen Ländern nicht freimütig sprechen? Die sich dynamisch entwickelnde wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Ländern zieht auch einen starken persönlichen Gedankenaustausch nach sich.

Der wissenschaftliche Austausch zwischen Polen und der Bundesrepublik hatte im Jahre 1969 106 Personen erfaßt, im Jahre 1973 schon 575. Von den in den Jahren 1969 bis 1973 insgesamt etwa 1 700 ausgetauschten bundesdeutschen und polnischen Wissenschaftlern sind etwa 900 Deutsche in die

Volksrepublik Polen gereist; es war also keine Einbahnstraße, wie manche es vermuteten. Bei der Humboldt-Stiftung übertreffen die Anträge polnischer Nachwuchswissenschaftler schon um das Vielfache die Möglichkeit der Aufnahme. Andererseits dürfte es wenig bekannt sein, daß umgekehrt die Stipendienmöglichkeiten, die der polnische Staat westlichen Interessenten zur Verfügung stellt, noch längst nicht ausgenutzt werden. Für die von der polnischen Regierung über die UNESCO angebotenen Stipendien hatte sich im Jahr 1970/71 nur eine Person beworben und mit Erfolg. 1971/72 waren es sechs Bewerber, aber nur drei kamen durch. 1972/73 wurden bei fünf bundesdeutschen Bewerbern nur zwei Stipendien vergeben. Die durchgefallenen Kandidaten erfüllten nicht die Mindestanforderungen. Um sich nicht zu kompromittieren, hatte sie bereits die bundesdeutsche Seite abgelehnt.

Es ist nicht das einzige Beispiel, wo die Beateuerungen der westdeutschen Seite über das Interesse für Austausch nicht Schritt halten mit dem Tempo der Nutzung bestehender Möglichkeiten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung kann im bilateralen Austausch mit den polnischen West-Institut in Posen zwei Stipendienplätze pro Jahr besetzen; die Bundesdeutschen haben bisher (1974) aber diese Stipendien kaum genutzt.

Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb am 2. 7. 1975 über die Schwierigkeiten beim Studentenaustausch: „Der Austausch mit osteuropäischen Nachbarländern ist gering, das Interesse deutscher Studenten daran noch geringer. Nur 22 Deutsche fanden sich zu einem Jahresstudium in Osteuropa bereit, 84 Plätze belegten östliche Studenten an den deutschen Hochschulen.“ Es hat wenig Sinn nach weiteren Möglichkeiten des Austausches zu suchen, wenn nicht mal die bestehenden ausgenutzt werden.

Der Abgeordnete Prof. Dr. C. C. Schweitzer fragte am 19. Dezember 1974 im Bundestag: „Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung im Bereich der Besuchsreisen und des Austausches von Wissenschaftlern zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD seit Abschluß des Warschauer Vertrages?“ Die Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Mörsch, dazu: „Die Entwicklung im Bereich des deutsch-polnischen Wissenschaftsaustausches ist als äußerst positiv zu bezeichnen. Polen hat an unserem gesamten internationalen Wissenschaftsaustausch einen

hohen prozentualen Anteil. Dies gilt insbesondere für die Einladung polnischer Wissenschaftler aus allen Disziplinen und für die Vergabe von Stipendien."

In „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 9. September 1973 („Gesamteuropäische Kooperation 1970-1973“) stellte man für die Sowjetunion folgendes fest: „Seit 1969 können deutsche Wissenschaftler nicht nur an den großen Staatsuniversitäten in Moskau und Leningrad, sondern grundsätzlich an allen Universitäten der Republikhauptstädte aufgenommen werden.“ Aus der Zusammenstellung des wissenschaftlichen Austausches ging hervor, daß in den Jahren 1969-1972 in die Sowjetunion 317 westdeutsche Wissenschaftler entsandt und 311 sowjetische in die Bundesrepublik gekommen waren (S. 29). 1973 entsandten sowohl die Bundesrepublik wie die Sowjetunion je 100 Wissenschaftler zu Informationsaufenthalten und Forschungsaufträgen; im Jahre 1974 wurde die Zahl wesentlich erhöht. Nach den ungarischen Angaben reisten 1972 3 592 ungarische Wissenschaftler ins Ausland, davon 1465 in den Westen. Es stellt sich die Frage, ob die bundesdeutschen Wissenschaftler prozentual zu ihrer Gesamtzahl viel mehr ins Ausland fahren.

Allein in der DDR gab es 1974 ca. 550 Kongresse und Tagungen mit internationaler Besetzung. Es dürfte bekannt sein, daß die persönlichen Möglichkeiten und Perspektiven eines wissenschaftlich-technischen Austausches zwischen Ost und West noch größer sind als die jetzt praktizierten. Nur politische Differenzen, die woanders zu suchen sind als im ‚Dritten Korb‘, z. B. West-Berlin, verzögern unterschriftsreife Abkommen.

Man sollte auch nicht den in viele Milliarden gehenden westdeutschen und westlichen industriellen Export in die sozialistischen Länder unbeachtet lassen. Er schafft einen beachtlichen Kontakt mit der materiellen Kultur der westlichen Länder. Das kulturelle Niveau eines Volkes, sein geistiger Reichtum, drückt sich nicht nur in rein künstlerischen Ausdrucksformen aus, sondern strahlt nach außen auch durch seine materiellen Güter. Die Herkunft der durch die sozialistischen Länder reichlich importierten Güter wird nicht verheimlicht. Die Kosten dieser zusätzlichen Reklame für die Bundesrepublik zahlt der sozialistische Staat. Die enorme Steigerung der Wirtschaftsbeziehungen wirkt sich also auch auf den ‚Dritten Korb‘ aus. Nebenbei bemerkt: Auch hier ist es notwendig, einer weitverbrei-

teten Legende entgegenzuwirken, die besagt, der sozialistische Osten sei in bezug auf technisches ‚know-how‘ der Nehmende und nicht der Gebende. In der Zeit von 1964 bis 1971 kauften die Länder Osteuropas im Westen 31 927 Patentrechte, verkauften aber gleichzeitig dem Westen 25 877 Patente (Analytical report on industrial co-operation among ECE countries, UN, Genf 1973).

Es stellt sich die Frage, ob das Informations- und Studienbedürfnis, ob das Interesse an der Problematik der sozialistischen Länder nicht hier hochgespielt wird und größer erscheint als es wirklich ist. Viele Informations- und Studienreisen nach Polen werden doch von verschiedenen hiesigen Stellen mitfinanziert. Sollten die Zuschüsse ausfallen, würde die Zahl der Reiselustigen sicherlich sinken. Das die Fahrtzuschüsse oft mit strikten Auflagen verbunden sind, ist eine Binsenwahrheit. Allein die Jugendreisen nach West-Berlin werden durch die Behörden mit 8 Millionen DM (1974) mitfinanziert. Auch bei vielen Reisen in die sozialistischen Staaten bekommt man Zuschüsse, also hat der finanzielle Aspekt bei einer Auslandsreise doch großes Gewicht. Es ist eine Bestätigung unserer Devisenprobleme, wobei es im Westen nicht mal um Devisen, sondern nur um Geld geht.

4. Disce puer latine

Ein freier Meinungs-austausch, der auf Gegenseitigkeit beruhen soll, ist auch bedingt — und das in sehr hohem Grade — durch die Sprachkenntnisse. Sie sind das A und O jedes realen Informations- und Meinungs-austausches. Im Westen ist die Kenntnis der östlichen Sprachen gleich null. Schon der Sprachbarrieren wegen könnte beispielsweise die polnische Presse in Frankreich niemals annähernd so viele Leser gewinnen wie die französische Presse in Polen. Hier sind wir leider sehr ungleiche Partner. Soll also der Meinungs-austausch eine Einbahnstraße werden? Die bekannte Formel: Wir hindern hier niemanden, sich Publikationen und Bücher aus den sozialistischen Staaten schicken zu lassen und zu lesen, bleibt eine Phrase, weil nur ein winziger Prozentsatz der Bevölkerung überhaupt sprachlich fähig ist, sich mit den Titeln vertraut zu machen. Daß auf dem sprachlichen Gebiet im Westen sehr viel nachzuholen wäre, wird niemand bestreiten. Was tut aber die Öffentlichkeit, um das Fremdsprachenin-

teresse zumindest etwas auch in die östliche Richtung zu lenken?

In Polen gibt es nicht nur Fremdsprachenunterricht in den Schulen, wo die westlichen Sprachen stark zum Zuge kommen, sondern sogar ganze Schulen, in denen der gesamte Unterricht in der Fremdsprache geführt wird. Es gibt 26 solcher Schulen in französischer Sprache, 25 in englischer und 18 in deutscher. Soweit ich informiert bin, gibt es im ganzen Westen nicht eine Schule, in der zum Beispiel nur in russischer Sprache unterrichtet wird. Höhere germanistische Studien können in Polen an den Universitäten in Warschau, Krakau, Posen, Breslau, Lodz, Lublin, Thorn und Kattowitz aufgenommen werden. Im akademischen Jahr 1974/75 haben sich um die Aufnahme etwa 1 400 Personen beworben, für die es nur 590 Plätze gab. Insgesamt studieren jetzt über 2 300 Personen deutsche Philologie.

Auch auf diesem Gebiet ist also eine klare Überlegenheit aller sozialistischer Staaten nicht zu verleugnen. Während zum Beispiel in Dänemark Deutsch als Pflichtfach jetzt ganz abgeschafft wird zugunsten von Englisch, steigen in den sozialistischen Staaten die Zahlen der Deutschlernenden. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes wird in Polen ein zunehmendes Interesse am deutschen Sprachunterricht beobachtet. In Bulgarien existieren 678 Schulen mit deutschem Sprachunterricht, acht davon haben Deutsch als Pflichtfach. In Rumänien gibt es sechs rein deutschsprachige Gesamtschulen für die deutschsprachige Minderheit und weitere 378 Primarschulen mit Deutschunterricht. In der CSSR wird Deutsch zusammen mit Französisch und Englisch als Wahlfremdsprache gelehrt. Aus der Sowjetunion fehlen einschlägige Statistiken; man schätzt, daß an rund 300 Schulen Deutschunterricht stattfindet. Für die Ausbildung von Lehrern, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten sollen, hat die DDR u. a. mit ihren Herder-Instituten vorzügliche Bedingungen geschaffen.

Es genügt, sich die westlichen wissenschaftlichen Publikationen anzuschauen, um festzustellen, wie verheerend sich die Unkenntnis der Sprachen auswirkt. Die Arbeiten sind nämlich beinahe ausschließlich (noch im Jahre 1975!) auf westlichen Quellen aufgebaut. Daß sich jemand auf eine Quelle aus den sozialistischen Ländern beruft, ist eine Seltenheit. Praktisch sind also durch die Sprachbarrieren nicht unsere Wissenschaftler von dem

Westen, sondern der Westen vom Osten abgeschnitten. Ich erwarte nicht, daß ein westdeutscher Historiker speziell Polnisch lernt, nur um zu erfahren, was seine polnischen Kollegen über ein bestimmtes Sachgebiet Neues herausgebracht haben. Daß aber sogar die Kenntnis der russischen Sprache unter der westlichen Intelligenz eine so seltene Erscheinung ist — daß sie im Grunde genommen gar nicht existiert —, kann man zwar erklären, aber nicht entschuldigen. Auf die eigentliche Dimension dieser Problematik machte der ehemalige Warschauer WDR-Korrespondent Peter Bender in der *Westfälischen Rundschau* vom 21. 1. 1975 aufmerksam: „Im Kern geht es um eine Frage der Einstellung: Gehört die Kenntnis Osteuropas (was elementare Sprachkenntnisse einschließt) ebenso zur Bildung wie die Vertrautheit mit West- und Südeuropa? Wenn sich die vielen Erklärungen über das Kennenlernen, die Verständigung und den Kulturaustausch nicht als Gerede erweisen sollen, wird ernstlich etwas geschehen müssen. Der Ostteil des Kontinents wird in den Lehrplänen stärker und der Westteil schwächer bedacht werden müssen.“

5. Quod licet Jovi ..?

Man wird den Eindruck nicht los, daß man bei der Auseinandersetzung über den ‚Dritten Korb‘ gerne nach dem lateinischen Sprichwort „Quod licet Jovi non licet Bovi“ verfahren möchte. Nun, wir haben nicht die Absicht, uns als Bovi behandeln zu lassen. Handelsrestriktionen des Westens gegenüber den sozialistischen Staaten findet man hier in Ordnung. Die restriktive Einstellung der sozialistischen Länder gegenüber manchen Produkten des Informations- und Meinungsaustausches dagegen werden im Westen als verwerflich bezeichnet. Dem sozialistischen Staat nimmt man übel, wenn er im Einklang mit seinen Gesetzen die kulturellen Beziehungen mit dem Ausland mitgestaltet. Ist das nicht eine seltsame Logik? Unseren Wünschen und Erwartungen in puncto Schulbuchrevision stellt man die Kulturhoheit der Länder und die autonomen Entscheidungen des Lehrers entgegen. Die sozialistischen Länder sollen aber ihre Gesetze den westlichen anpassen. Ein holländischer Delegierter auf der KSZE meldete zum Beispiel Bedenken an gegenüber einer Empfehlung, die Schulbücher sollten keinen Völkerhaß propagieren. Sein Argument: Die holländischen Gesetze gehen von einer vollen Freizügigkeit aus und lassen keine Beschränkungen zu. Der Einwand wurde von den Kon-

ferenztteilnehmern respektiert. Warum sollte wiederum unser Staat, dessen Verfassung ganz eindeutig den Völkerhaß verbietet, sich der holländischen Gesetzgebung anpassen?

Man spricht viel über die Notwendigkeit des Abbaues der letzten Kalte-Kriegs-Schranken, behält aber noch heute zugleich viele alte Gesetze und Verordnungen, die seinerzeit durch einen extrem feindlichen oder aus Mißtrauen geborenen Geist gegenüber den sozialistischen Staaten geformt wurden. Sogar Bestimmungen, die es nicht gestatten, die sozialistischen Länder aktiver in die Bekämpfung von Nazi-Verbrechen einzubeziehen, haben hier weiter ihre Gültigkeit. Man kann nicht einerseits an eigenen Vorschriften und Grundsätzen festhalten, andererseits erwarten, daß die sozialistischen Länder ihre Grundsätze ändern. Wenn wir die Existenz grundsätzlich unterschiedlicher politisch-gesellschaftlicher Systeme akzeptieren, müssen wir auch logischerweise die Gesetze dieser Systeme respektieren.

6. Journalisten — viel gereist — weniger geschrieben

Auch das unzweifelhaft komplizierte Gebiet der Arbeitserleichterungen für Journalisten, über das hart in Genf verhandelt wurde, ist kein Neuland mehr. Für Journalisten, die aus den sozialistischen Ländern berichten, gibt es keine Zensur. Auch die Einreise in diese Länder wird ihnen nicht verweigert. Von maßgeblichen bundesdeutschen Behörden wurde mir bestätigt, daß es in den letzten Jahren Visumsschwierigkeiten nur in Ausnahmefällen gegeben habe und das nur „in ganz geringen Fällen, wo äußerst spezifische Gründe vorlagen“. In die Sowjetunion reisen jährlich — außer den offiziell Eingeladenen — Hunderte von Journalisten auch im Rahmen der touristischen Möglichkeiten. Den sowjetischen Stellen in der Bundesrepublik sind Visa-Verweigerungen für Journalisten-Fahrten in die Sowjetunion nicht bekannt.

Über 1 400 ausländische Journalisten waren 1973 beruflich in Polen zu Gast, darunter 330 Westdeutsche. Im vorigen Jahr haben über 300 bundesdeutsche Korrespondenten Polen besucht. Wenn die beachtliche Zahl nicht noch größer wurde, lag es nicht an den polnischen Visa-Stellen. Rund 2 300 Journalisten aus der Bundesrepublik besuchten nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN im Jahre 1974 die DDR. 42 Journalisten aus kapitalistischen Staaten seien gegenwärtig in der

DDR ständig akkreditiert; die Gesamtzahl der ständig akkreditierten Korrespondenten ist auf 123 angewachsen. 1974 hatten über 4 000 Journalisten die DDR besucht, davon über 800 aus den kapitalistischen Industriestaaten.

Der Strom von Journalisten ist auch ein Beweis dafür, daß das Thema Informations- und Meinungsaustausch sich nicht im Wunschenken erschöpft, sondern seit einigen Jahren Wirklichkeit ist. Sicher würde es der Sache nur dienen, wenn die Zahl der Berichte und Reportagen, die nach diesen Reisen hier erschienen sind, nicht in einem relativ bescheidenen Verhältnis zu der Zahl der Journalisten-Besuche gestanden hätte.

Erst nachdem bereits über 700 amerikanische Journalisten die DDR besucht hatten, hatte sich Washington entschlossen, den ersten Journalisten aus der DDR als Reisekorrespondenten zum Angela-Davis-Prozeß einreisen zu lassen. In den amerikanischen Massenmedien wird aber tagtäglich die Pressefreiheit der einen Seite und die Unfreiheit der anderen beschworen. Die Entwicklung der Journalisten-Reisen in Richtung DDR ist interessant. Einerseits beklagt man sich, daß die Deutsche Demokratische Republik bisher nur 30 Journalisten westdeutscher Zeitungen die Akkreditierung gewährt habe, andererseits hat aber nur die Hälfte der schon zugelassenen überhaupt die Arbeit dort aufgenommen. Obwohl — wie man hört — die Bonner Stellen das Ihre tun, um noch mehr Zeitungen für eine Korrespondenten-Tätigkeit in der DDR zu ermuntern, kommt man offenbar über diese 15 nicht hinaus. Die zweite Hälfte hatte es sich wohl anders überlegt. Ich glaube, es ist ein weiteres Beispiel dafür, daß das wirkliche Interesse für die Ost-West-Problematik gar nicht so groß ist, wie man es bei den Verhandlungen und Diskussionen vorgibt. Die Arbeitsbedingungen in der DDR waren doch längst bekannt, etwa durch die anderen dort akkreditierten westlichen Korrespondenten. Ich darf aber erinnern, wie die Akkreditierung seinerzeit politisch ausgespielt wurde und man den Eindruck bekam, daß viele hinein wollen, aber nur wenige hineingelassen werden.

Obwohl Polen sich über ein mangelndes Interesse der Auslandsjournalisten nicht beklagen kann, gibt es auch bei uns ähnliche Beispiele. So hatte das Büro des polnischen Handelsrats in Köln große Schwierigkeiten, einige bundesdeutsche Journalisten zu finden, die auf unsere Kosten 1974 zu der Posener Herbstmesse fahren würden. Das holländische

Auswärtige Amt suchte ohne Erfolg drei Journalisten, die wiederum auf Kosten Polens den Gegenbesuch unserer Journalisten in Holland erwidern würden.

Das der Ost-West-Problematik nicht immer gerecht werdende Interesse widerspiegelt sich auch in der täglichen Berichterstattung. Wie ist es zu erklären, daß die Eröffnung der größten tschechoslowakischen Wirtschaftsausstellung in Düsseldorf, verbunden mit einer Kulturwoche, in der westdeutschen überregionalen Presse beinahe ganz übersehen wurde? Ein so angesehenes Blatt wie die *Süddeutsche Zeitung* befand sie keiner Zeile für wert. In der *Frankfurter Rundschau* fand ich ganze neun Zeilen unter der Überschrift „Wichtiges in Kürze“, in direkter Nachbarschaft einer ebenso umfangreichen Meldung über „Kondensmilch aus Argentinien“. Die „Polnischen Kulturtag“ in Dortmund, obwohl sie ein außerordentlich gelungenes Ereignis waren, fanden nur in der Lokalpresse Beachtung. In Polen wurde über diese Woche mehr geschrieben, als in der Presse des Gastgeberlandes. Dabei müßte es doch gerade die Aufgabe der Presse sein, die Korb-Thematik zu popularisieren. Ich mußte mich um Beispiele dieser Art gar nicht weiter bemühen, nahm einfach die allerletzten, als ich dieses Kapitel zu schreiben begann. Auch die bundesdeutsche Präsenz in Polen, sei es in Form von Ausstellungen oder künstlerischen Ereignissen, findet bis jetzt nur ein spärliches Echo in den hiesigen Massenmedien.

In den Beziehungen Bundesrepublik-Sowjetunion stoßen wir ebenfalls auf das schon erwähnte Problem eines Mißverhältnisses zwischen den zu Hunderten jährlich reisenden Journalisten und der Zahl der Reiseberichte, die dann hier erscheinen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß in den einzelnen sozialistischen Ländern über die Bundesrepublik viel mehr geschrieben wird, als umgekehrt — von manchen anderen westlichen Ländern ganz zu schweigen. Gewiß, niemand pocht hier auf stur ausgewogene Proportionen. Es geht nur darum, das zu große Gefälle zu ändern. Es bezieht sich auch auf den Inhalt. Letzlich bemerkte der Moskauer Korrespondent des Kölner Stadtanzeigers, die sowjetische Presse habe sich viel mehr von Unfreundlichkeiten der Bundesrepublik gegenüber befreit als die hiesige der Sowjetunion gegenüber. Auf das Thema Pressefreiheit kann leider wegen des begrenzten Rahmens dieses Artikels nicht näher eingegangen werden. Es gibt jedenfalls zu denken, daß die Pressefreiheit in dem Teil der

Welt so oft gepriesen wird, wo unzählige Abhandlungen darüber erschienen sind, wie unfrei die Massenmedien in der westlichen Welt seien. Man fragt sich auch, wie es eigentlich kommt, daß trotz der angeblich guten und objektiven Berichterstattung in den Massenmedien die Bevölkerung oft so schlecht informiert ist über die wirklichen Verhältnisse in den sozialistischen Staaten. Unsere Bürger dagegen verfügen über eine unvergleichbar bessere Kenntnis der westlichen Wirklichkeit. Wenn die Bürger der Bundesrepublik nicht an die Unabhängigkeit des westdeutschen Fernsehens glauben (45,5 Prozent meinen, es ist das Sprachrohr der Mächtigen — siehe Umfrage des Hans-Bredow-Instituts im „Stern“ vom 24. 4. 1975), warum sollen wir in den sozialistischen Staaten besserer Meinung sein?

Der ständige Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus, äußerte in einem Gespräch mit der *Bonner Rundschau* vom 23. Mai 1975 die Meinung, man verfüge hier nicht über ein korrektes Bild der Verhältnisse in der DDR. Wieso denn, müßte man fragen? Kein Land auf der Welt wird hier so genau unter die Lupe genommen wie eben die DDR. Millionen von Bundesbürgern reisen da mit sehr offenen Augen und Ohren, nicht zuletzt die bundesdeutschen Journalisten. Eine große Zahl von Instituten und Institutionen versorgt die Interessen mit Material und klopft jeden Bereich der DDR behutsam ab. Wenn die breite Masse dennoch ein nicht korrektes Bild über die DDR hat, muß es doch an der unkorrekten Wiedergabe des Bildes liegen.

Wieso ist man überhaupt so sicher, daß das Modell der Massenmedien der bürgerlichen Demokratien dem unseren so hoch überlegen ist? Als über Pompidous Krankheit gemunkelt wurde, das offizielle Frankreich aber Still-schweigen anordnete, munkelte man zwar weiter, aber ohne dabei dem offiziellen Paris Vorwürfe zu machen. Beginnt man aber über Krankheiten von Politikern der sozialistischen Staaten zu munkeln, wird auf das Still-schweigen der offiziellen Stellen gleich mit Seitenhieben gegen die Informationspolitik reagiert. Warum auch hier dieses Messen mit zweierlei Maß? Als die Ergebnisse der letzten Wahl in Portugal noch nicht voraussehen waren, wurde der Wahlmodus durch die Massenmedien von vornherein als undemokratisch disqualifiziert. Sobald das Ergebnis feststand, nämlich der Sieg der Sozialisten, wurden auf Anhieb alle abfälligen Bemerkungen über manipulierte Wahlen vergessen und auf einmal waren es demokratische Wahlen. Solche

Beispiele finde ich in meiner journalistischen Praxis buchstäblich jeden Tag. Ich sehe darin Beweise, daß auch hier eine klassenbewußte Medienpolitik betrieben wird — nur mit dem Unterschied, daß wir uns zu einer solchen klassenbewußten Politik offen bekennen.

Es genügt, auf die letzte Abhöraffaire und die sehr umstrittene Rolle des „Stern“ dabei hinzuweisen, um zu sehen, daß wir es hier mit einem großen Problem des alltäglichen Mißbrauchs der Pressefreiheit zu tun haben. Helmut Kohl äußerte sich sicherlich nicht nur aus Verärgerung, sondern auch aus eigener Erfahrung gegenüber dem Generalsekretär Biedenkopf über die Praktiken von Journalisten in einer Weise die von jedem auf seinen Beruf stolzen Journalisten als Schmähung empfunden werden muß. Er sprach von Journalisten, die die eigene Mutter verkaufen würden, wenn sie nur dadurch die Auflage um fünftausend erhöhen könnten. Es ist zu natürlich, daß sich die sozialistischen Staaten dagegen wehren, ein Opfer solchen Mißbrauchs zu werden und darum Gesprächen mit westlichen Journalisten zurückhaltend gegenüberstehen. Ähnlich schaut sich der Staat sehr kritisch die Produkte an, die auf einem alltäglichen Mißbrauch der Pressefreiheit basieren — bedingt durch die kommerzielle Einstellung zu den Massenmedien. Es ist, glaube ich, nicht zu viel verlangt, Verständnis für diese kritische Einstellung zu haben. Selbst die KSZE-Berichterstattung durch die westlichen Medien brachte zahlreiche Beispiele von Falschinformation, verzerrter Darstellung, Jagd nach Tagessensationen. Man schrieb zum Beispiel, daß die sozialistischen Länder die Konzeption einer gesamteuropäischen Zeitschrift torpedierten, obwohl die USA und andere westliche Staaten den britischen Vorschlag zu Fall gebracht hatten. Man hatte sich im Juni 1975 breit ausgelassen über einen angeblichen Vorschlag des Vatikans zur Glaubensfreiheit, obwohl die Diskussion darüber schon im Oktober des vorigen Jahres stattgefunden und mit der Annahme eines gemeinsamen Dokuments geendet hatte.

Wir betrachten die Gebiete der Kultur, der Presse und der Meinungsäußerung nicht als eine Art Kaufhof, wo jeder alles Mögliche und Wünschenswerte kaufen kann, wo nur der Markt darüber entscheidet, ob etwas geboten wird oder nicht. Daß man dabei die Pressefreiheit dem politischen Standpunkt oft unterordnet, zeigen — um sich wieder nur auf die allerletzten Beispiele zu berufen — die Schwierigkeiten mit dem UZ-Fest in Düssel-

dorf oder die Kündigung des ARD-Korrespondenten in Rom durch den Bayerischen Rundfunk. Eben weil es hier nur eine bestimmte Art von Pressefreiheit gibt, wird die Kritik Heinrich Bölls an den Verhältnissen in der Sowjetunion großgeschrieben. Die Antwort darauf von der Literaturnaja Gazieta, obwohl in deutsch der ganzen Presse hier zugänglich gemacht, ist nur von manchen Zeitungen, dazu noch sehr, sehr spärlich, beachtet worden.

Gewiß, der Verbreitung von Meinungen und Informationen sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt und der Zugang zu Informationen erleichtert werden. Sollte man aber nicht gleichzeitig auch ein Wort über die *Qualität* der Information, über das *Verantwortungsbeußtsein* des Journalisten verlieren, wenn wir im allgemeinen immer so großen Wert auch auf die Qualität der Ware wert legen?

Die ganze Problematik des ‚Dritten Korbes‘ kann man nicht abstrakt behandeln, sondern man muß auch die zehn Grundprinzipien der KSZE beachten. Der ‚Dritte Korb‘ ist ein Versuch, die ideologische Auseinandersetzung in einer fairen Weise zu führen. Wir bedienen uns jedenfalls nicht solcher Hetzsendermethoden wie sie beim Radio Free Europe oder Radio Liberty existieren; staatliche Rundfunkanstalten wie BBC, Stimme Amerikas, Deutsche Welle werden nicht gestört.

Trotz der großen Auffassungsunterschiede, die das emotionsgeladene Thema „Journalistentätigkeit“ aufwirft, muß objektiv festgehalten werden, daß die gegenseitige Berichterstattung und Kommentierung zwischen Polen und der Bundesrepublik in den letzten Jahren weitgehend von einer verständigungsfeindlichen Polemik befreit wurde. Erfreulicherweise haben wir — abgesehen von gelegentlichen Rückwärtsschaltungen — keinen Stillstand bei den Versuchen, die gegenseitige Berichterstattung noch mehr zu versachlichen. Ist dies nicht ein weiteres wichtiges Beispiel, daß wir auf dem Gebiete des Informationsaustausches schon mit der positiven Praxis zu tun haben?

Ich bin weit davon entfernt, das Problem der Arbeitsbedingungen für Journalisten zu verharmlosen. Das verbietet mir schon die berufliche Kollegialität. Nicht von ungefähr gehörte das Dokument über die Arbeitsbedingungen der Journalisten zu den letzten Texten, über die man sich in Genf einigte. Es ist selbstverständlich notwendig, sich Gedanken zu machen, wie man die Arbeit der Presse er-

leichtern kann. Andererseits sollte man mit dem Klageruf auch nicht übertreiben und nicht die Sache so darstellen, als wären hier die Journalisten überhaupt ohne Schuld, wenn sie die Erwartungen ihrer Redaktion nicht befriedigen. Man hatte doch alle möglichen Arbeits-erleichterungen bei der tschechoslowakischen Ausstellung oder in Dortmund bei den Polnischen Kulturtagen, und trotzdem . . . Ich glaube nicht, daß zum Beispiel der westdeutsche Korrespondent in Moskau, Uwe Engelbrecht, der so oft und vielseitig sein journalistisches Können in der bundesdeutschen Presse präsentiert, einen speziellen Draht „nach oben“ hat, bevorzugt behandelt wird. Er ist einfach ein guter Journalist und das genügt. Ich weiß, daß bestimmte Krankheiten bestimmter Politiker aus den sozialistischen Ländern ein gefragtes Thema darstellen, aber man muß sich damit abfinden, daß es für unsere Pressebegriffe kein Thema ist. Sogar aus der Dokumentation im Auslandsjournal des ZDF, ausgestrahlt am 6. Juni 1975, ging eindeutig hervor, daß sich Klagen bundesdeutscher Auslandskorrespondenten über Schwierigkeiten längst nicht auf die sozialistischen Länder beschränken, sondern Alltagsbrot in vielen Ländern der westlichen Welt sind, darunter auch in den hoch-industrialisierten.

Sicherlich kann man hier manches an Gegenargumenten vorbringen, und ich schreibe hier auch kein Lob auf unsere Massenmedien, die nota bene auch bei uns kritisch beurteilt werden. Es geht auch nicht darum, sich hier zu streiten, welche Presse besser ist, denn das führt zu nichts. Mir geht es einzig und allein darum, hinzuweisen, daß man hier mit großer Selbstsicherheit und Überheblichkeit immer mit dem Finger auf die sozialistischen Staaten zeigt und dabei vergißt, daß die immer komplizierter werdende Wirklichkeit der Massenmedien niemandem ein Recht zu Pauschalurteilen gibt.

7. Schlußbemerkungen

Trotz unbestreitbarer Schwierigkeiten und Differenzen ist es evident, daß der ‚Dritte Korb‘ seit Jahren kein Wunschdenken mehr ist. Er ist noch nicht voll, aber auch nicht leer. Der Meinungs-austausch wird immer reger und strahlt auch positive Impulse aus. Er befruchtet uns gegenseitig und beschleunigt dadurch die Entwicklung der Welt. Gleichzeitig bringt er schöpferische Unruhe herein, schafft Wettbewerbsverhältnisse, in denen

sich auch die Gegensätzlichkeit und Rivalität beider Systeme ausdrückt. Genf und Helsinki sollen dazu beitragen, daß die beiden Welt-systeme in einer mehr als bis jetzt entspannten Atmosphäre miteinander rivalisieren können.

Es hat wenig Sinn, sich gegenseitig vorzurechnen, wer wieviel noch zu dem ‚Korb‘ beitragen sollte. Jedes Land gestaltet seine Beziehungen zum Ausland nach eigenem Ermessen und weiß am besten, was es vom Ausland braucht und was es ihm geben kann. Weil man im Westen von der Position absoluter Überlegenheit die Thematik betrachtet, schien es mir zweckmäßig, dem Leser möglichst viele konkrete Fakten vorzutragen, damit er sieht, daß zur Überheblichkeit wirklich kein Grund besteht und daß beide Seiten mit einer äußerst komplizierten Materie zu tun haben. Sicherlich bleibt noch Verschiedenes zu regeln; nicht alles, was in den ‚Dritten Korb‘ gehört, ist schon drin oder zufriedenstellend für alle Teilnehmer geregelt. Für 35 Staaten, dazu noch gegensätzlicher Staatsformen, ist es schwer, eine gemeinsame Basis zu finden. Die noch nicht geklärten Punkte oder solche, die keine Chance haben, geklärt zu werden, können aber nicht all die großen und kleinen Fortschritte überschatten, die man schon getan hat. Wenn man bedenkt, daß die ‚Dritte-Korb‘-Problematik anfangs überhaupt nicht auf der Tagesordnung der KSZE stand, ist die Verabschiedung eines so umfangreichen Katalogs von Themen im Bereich des Meinungs- und Informationsaustausches ein großer Erfolg und ein optimistisches Signal zugleich. Der Leiter der bundesdeutschen Delegation, Botschafter Klaus Blech, bezeichnete am 6. Juli 1975 die fertiggestellten Texte des ‚Dritten Korbes‘ als „zufriedenstellend. Wir glauben, daß sie gute Regelungen enthalten.“ Trotzdem gibt es weiter Besserwisser vom Schlage der Ewiggestrigen, die in dem ‚Korb‘ nichts Befriedigendes finden können. Beim Juni-Besuch von Präsident Giscard in Polen vereinbarten beide Länder einen Informations- und Kulturaustausch, der weit über das hinaus geht, was der in Genf ausgehandelte ‚Dritte Korb‘ beinhaltet.

Gegen den eventuellen Einwand, ich hätte mich zu oft auf polnische Beispiele bezogen anstatt noch eingehender auf die Entwicklung auch der anderen sozialistischen Staaten einzugehen (Beispiele aus der Sowjetunion, der DDR und Ungarn sind reichlich vorhanden), darf ich nicht nur auf den begrenzten Rahmen dieses Artikels hinweisen. Als polnischer Jour-

nalist kenne ich außerdem die eigenen Probleme am besten. Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß ich meine Vergleiche beinahe ausschließlich auch nur auf ein westliches Land bezogen habe, nämlich auf die Bundesrepublik Deutschland. Wie allgemein bekannt, ist sie hier allen anderen westlichen Ländern weitgehend voraus. Vergleiche mit anderen westlichen Ländern würden ein für die kapitalistische Welt noch ungünstigeres Bild ergeben. Neuerdings, nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Italien, fand ich mein Urteil nur bestätigt.

Gewiß läßt sich heute mit Statistiken und Zitate alles belegen oder wiederlegen. Es war auch nicht der Sinn dieser großen Anhäufung von Beispielen, durchblicken zu lassen, es gehe hier um ein künstliches Problem. Andererseits sind wir auf diesem Gebiet längst nicht so schlecht, wie man hier meint, und der Westen längst nicht so gut, wie man sich hier einbildet. Für ein schöpferisches Zusammenwirken bei der Auffüllung des ‚Dritten Korbes‘ kann dieser Ausgangspunkt eine vernünftige Basis werden.

Für ein fruchtbares, von Mißverständnissen befreites Zusammenwirken bedarf u. a., daß die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki der Bevölkerung jedes Teilnehmerstaates — wie vereinbart — in vollem Umfange zur Kenntnis gebracht werden. Meines Wissens hat dies zwar der sozialistische Osten, nicht aber der kapitalistische Westen — die Bundesrepublik ausgenommen — getan. In der DDR wurden die Konferenzdokumente in den führenden Zeitungen „Neues Deutschland“, „Berliner Zeitung“, „Horizont“ und „Deutsche Außenpolitik“ abgedruckt, also insgesamt in etwa zwei Millionen Exemplaren bei einer 17 Millionen zählenden Bevölkerung. Für den kapitalistischen Westen ist weit und breit kein nur annäherndes Beispiel zu sehen.

Nach Genf und Helsinki ist die ganze ‚Dritte-Korb‘-Thematik Bestandteil einer gesamteuropäischen Friedensordnung geworden. Sie stellt einen Teil der gesamten Beschlüsse dar und sollte in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dadurch erst erreicht sie ihren vollen Wert. Keiner der ‚Arbeitskörbe‘ stellte etwa

Isoliertes, Gesondertes dar — sozusagen ein Korb für sich. Die vielen detaillierten und konkreten Formulierungen für den Informations- und Meinungsaustausch können voll gedeihen, wenn sie im Einklang mit den zehn Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit bleiben, die in Helsinki verabschiedet wurden.

Nicht ohne Bedeutung wird auch das Klima sein, in dem die KSZE-Beteiligten den ‚Korb‘ ausfüllen werden. Optimismus, nicht Zweckpessimismus wird hier gefragt. Letzteres hatten leider manche Massenmedien bevorzugt, als sie schon unmittelbar nach der Unterzeichnung der Dokumente eine Diskreditierung der Konferenzergebnisse und ihrer Chancen begannen. Anstatt eine wohlwollende, trugen sie eine destruktive Einstellung zur Schau.

Die einzelnen Länder können jetzt die sie besonders interessierenden Fragen und Angelegenheiten zusätzlich durch bilaterale, zwischenstaatliche Vereinbarungen bekräftigen oder erweiterte, ergänzende Fassungen formulieren. Diesen Gedanken hatte sowohl die polnische wie die französische Delegation in Helsinki formuliert. Man konnte doch von der KSZE nicht erwarten, daß sie die spezifischen Probleme der einzelnen Länder berücksichtigt. Diese Art von Bekräftigung müßte auch im Interesse der einzelnen Staaten selbst liegen. Die in Helsinki geführten Gespräche zwischen dem Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei, Edward Gierek und Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie die erreichte Vereinbarung, waren eben vom „Geist von Helsinki“ getragen, dem Realitätsbewußtsein und Kompromißbereitschaft als Pate zur Seite stehen.

In einer Hinsicht sind sich die in Helsinki beteiligten Staats- und Regierungsvertreter immer einig gewesen, daß nämlich die KSZE-Beschlüsse die ideologische Rivalität zwischen den Staaten unterschiedlicher Systeme nicht mindern werden, geschweige denn abschaffen. Dies wurde durch kompetente Persönlichkeiten beider Seiten sowohl in der Vorbereitungs- runde Helsinki-Genf-Helsinki wie auch nachher ausdrücklich betont, was übrigens der elementaren Logik der Sache entspricht.

Praktische Probleme bei der Begegnung, beim Dialog und beim Informationsaustausch zwischen Ost und West

1. Vorbemerkung

Meine Ausführungen zur geistig-menschlichen Dimension der Koexistenz in Europa*) haben auf östlicher Seite einen Polen zur Erwiderung herausgefordert. Die Überlegungen, die ich angestellt habe, basierten jedoch wesentlich auf einer Kenntnis der Einzelfragen in der UdSSR und in der DDR. Wie andere ostmitteleuropäische Länder befindet sich Polen zwar hinsichtlich der grundsätzlichen Auffassungen im Konsens mit dem sowjetischen wie dem ostdeutschen Verbündeten, doch sind in einzelnen Bereichen von geringer ideologischer Relevanz durchaus andersartige Verhaltensweisen möglich. Die beeindruckenden Zahlen, die Eugeniusz Guz für das polnische Interesse an dem kulturellen Leben und den publizistischen Erzeugnissen des Westens und nicht zuletzt der Bundesrepublik anführt, würden sich beispielsweise ganz sicher nicht für die DDR zitieren lassen!

Wenn ich anschließend zu den Einwänden von Eugeniusz Guz Stellung nehme, kann ich mich leider nicht speziell auf die Situation in Polen beziehen, die bei ihm im Vordergrund steht. Es fehlt mir dazu der hinreichende Sachverstand im Detail; die Kürze der Zeit, die mir für die Formulierung einer Antwort zur Verfügung steht, läßt auch keinerlei Recherchen hierüber zu. Daher kann ich mich, was Polen betrifft, nur auf die ihm mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten gemeinsamen Grundsätze beziehen und muß die praktische Handhabung an empirischen Befunden aus der UdSSR und/oder der DDR zu skizzieren suchen. Weiterhin war es mir nicht möglich, einzelnen Vorfällen nachzugehen, die Eugeniusz Guz als Beweis für westliche Illiberalität beim geistigen Austausch mit dem Osten anführt. Ich kann lediglich zu einem Urteil darüber zu gelangen suchen, inwieweit diese berichteten Vorfälle, wenn sie tatsächlich in der angegebenen Weise geschehen sind, als typisch gelten können.

*) Gerhard Wettig, *Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West. Zur Problematik einer umfassenden Koexistenz in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/75 vom 15. 3. 1975.

2. Begegnung und Dialog zwischen Ost und West — bereits freigegeben?

Meinem Plädoyer für freiere Begegnungen und Dialoge zwischen den Menschen beiderseits der ideologischen Grenze stellt Eugeniusz Guz die Ansicht gegenüber, es solle statt dessen das Bemühen darauf gerichtet werden, „die schon bestehenden Formen der Zusammenarbeit voll zu nutzen“. Ich würde mich dieser Meinung gerne anschließen, wenn dieses Bemühen nur einen Teil — nicht aber das Ganze — des Ringens um mehr Kontakte und mehr Verstehen zwischen den beiden Hälften Europas bilden sollte. Denn Eugeniusz Guz hat zweifellos recht, wenn er meint (und dies auch an verschiedenen Beispielen verdeutlicht), daß die heute bereits vorhandenen Möglichkeiten durchaus nicht immer ausgeschöpft werden. Aber wir würden uns etwas vormachen, wenn wir uns einreden wollten, daß für *alle* Bedürfnisse der grenzüberschreitenden Begegnung, Verständigung und Information ausreichend gesorgt sei, wenn nur die geebneten Wege auch beschritten würden.

Viele Hindernisse hemmen und blockieren noch das Zueinanderkommen der Menschen und den Austausch der Gedanken. Es ist zum Beispiel, selbst wenn man der SED-Führung ein uneingeschränktes Recht auf das Volk in ihrem Staate zubilligen will, nicht einzusehen, daß der Friedhofsgärtner oder der Müllkutscher irgendeiner abgelegenen Gemeinde als angeblicher „Geheimnisträger“ (wozu er als öffentlicher Angestellter automatisch gerechnet wird) keinen Kontakt zu einreisenden Freunden oder Verwandten aus der Bundesrepublik haben, ja in vielen Fällen nicht einmal über Post und Telefon mit ihnen Verbindung halten darf. Und warum darf — um ein anderes Beispiel zu nehmen — in der UdSSR kein Bürger an Presseorgane des westlichen Auslands (die Periodika der KPs sehr oft eingeschlossen) heran? Die Abschirmung geht dabei so weit, daß normalerweise auch diejenigen Journalisten und Politologen, die sich in Moskau mit dem „ideologischen Gegner“ auseinandersetzen haben, dessen publizisti-

sche Äußerungen nur in sorgfältig ausgewählten, übersetzten Auszügen zu wissen bekommen (was der westliche Beobachter unter anderem aus den gelegentlichen Tücken der Rückübersetzung von Quellenangaben und aus der stereotypen Wiederkehr von immer wieder denselben Textstellen angegriffener Autoren schließen kann)!

Sicherlich hat es seit Stalins Zeiten große Fortschritte in den Möglichkeiten für Kontakt und Kommunikation zwischen Ost und West gegeben. Diese Entwicklung ist freilich nicht ohne Gegentendenzen verlaufen. Als Deutscher denke ich beispielsweise daran, daß die DDR Anfang der fünfziger Jahre im Vergleich zu heute ein Land des freien menschlichen und geistigen Austausches mit der westdeutschen Gesellschaft gewesen ist (obwohl es damals — vor allem ab 1952 — bereits als sehr gravierend empfundene zwischendeutsche Barrieren gab). Die von der Bundesregierung einer widerwilligen DDR-Führung 1971/72 abgerungenen begrenzten „menschlichen Erleichterungen“ (von Eugeniusz Guz mit aufgeführt, um die Kontaktaufgeschlossenheit der östlichen Seite und dementsprechend die Deplaziertheit westlichen Drängens darzutun) wurden von den ostdeutschen Behörden mittels Gegenmaßnahmen innerstaatlichen Drucks (von denen das erwähnte Westkontaktverbot für alle Beschäftigten des Staats- und Parteiapparats nur ein kleiner Teil ist) unwirksam zu machen gesucht. Wenn — wie es am 11. Juni 1975 in Riesa geschehen ist — zu offiziellen Verhandlungen anwesende westdeutsche Gewerkschaftler mit der Begründung des Landes verwiesen werden, daß sie andere als die für sie ausgewählten Gesprächspartner gehabt hätten (sie hatten zehn Minuten lang in einer Werkskantine gesessen und sich mit den zufällig dort befindlichen Arbeitern über Alltägliches unterhalten), dann zeigt dies ein Maß an Abgrenzungshysterie, das mit keinem Verständnis von Entspannung zusammenstimmt.

Solange derartige Gegebenheiten existieren, kann ich Eugeniusz Guz' Optimismus nicht teilen, daß die derzeitigen Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ost und West bereits allen Bedürfnissen entsprechen. Statt dessen sehe ich künstlich geschaffene und gewaltsam aufrechterhaltene Trennungen, die im Interesse von Verständigung und Frieden in Europa überwunden werden sollten. Auch wenn die Barrieren — zum Glück — nicht überall so hoch sind wie im zwischendeutschen Verhältnis, so sind doch

an vielen Orten und in vieler Hinsicht Probleme gegeben, die noch ungelöst sind. Darauf will ich hinweisen, damit über das Bewußtsein der Problematik und ihrer Zusammenhänge hoffentlich ein allmählicher Lösungsprozeß zustande kommt. Eugeniusz Guz hat mich also gründlich mißverstanden, wenn er meint, ich wolle „um jeden Preis beweisen, daß es im Grunde keinen gemeinsam getragenen ‚Dritten Korb‘ geben kann“. Es geht mir nicht darum, Pessimismus zu verbreiten und Schuldfeststellungen zu treffen, sondern die reale Lage nüchtern zu diagnostizieren.

Auch wenn es in den praktischen Details nur bedingt möglich ist, das Verhalten aller Warschauer-Pakt-Staaten auf einheitliche Formeln zu bringen, so lassen sich doch auf Grund der politisch und ideologisch führenden Rolle, welche die Sowjetunion spielt, bestimmte allgemeine Tendenzen (die in den verschiedenen Ländern mit Intensitätsnuancen zur Geltung kommen mögen) umreißen.

Der Entwurf für eine „Korb III“-Entschließung der KSZE, den Polen und Bulgarien nach Absprache mit der UdSSR, der DDR, der ČSSR und Ungarn am 5. Juli 1973 vorlegten, läßt dies ebenso deutlich erkennen wie das abgestimmte Vorgehen der genannten Staaten während der Sachverständigenverhandlungen in Genf seit dem Herbst 1973. Die östliche Seite vertritt zunächst hinsichtlich der Form, die eine Vereinbarung über den grenzüberschreitenden Austausch von Personen und Informationen in Europa haben soll, einen bestimmten Standpunkt. Die KSZE, so wurde von dort immer wieder geltend gemacht, könne nur ganz allgemeine Prinzipien formulieren; alle konkreten Regelungen müßten je nach den Wünschen der beteiligten Staaten (also nach den Vorstellungen der jeweils das restriktivste Arrangement befürwortenden Regierung) in zwei- oder mehrseitigen Einzelabkommen festgelegt werden. Auf der KSZE sollte lediglich erklärt werden, daß der Abschluß derartiger Abkommen über die eine oder andere Form des grenzüberschreitenden Austausches „wünschenswert“ sei. Dabei sollten bestimmte formale Kriterien („volle Respektierung“ der souveränen Ungebundenheit und der unterschiedlichen Gesetzgebungen der Teilnehmerstaaten) und bestimmte inhaltliche Voraussetzungen („wechselseitige geistige Bereicherung der Völker“ bei deren gleichzeitigem ‚Schutz‘ vor jeder Art politischen und moralischen ‚Gifts‘) zur verbindlichen Richtschnur gemacht werden.

Was zwischen Ost und West auszutauschen sei, ist nach östlicher Ansicht ebenfalls genau umrissen. Generell findet sich die Formel, daß die — unumstrittenen (d. h. in Moskau und anderwärts als unproblematisch angesehenen) — „Errungenschaften“ der Weltkultur von „allgemein-menschlichem Wert“ die geeigneten Austauschgüter bildeten. Vor allem in den folgenden Bereichen sah die östliche Seite große Möglichkeiten für eine unbelastete Zusammenarbeit: Kooperation zwischen kulturellen Einrichtungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Behörden, gesellschaftlichen Organisationen oder Theatern, Opern, Konzerthäusern und Ballets; Verbreitung von anerkannten Werken der Belletristik, der Bildenden Kunst und der Architektur; Zugang zu den Schätzen der nationalen und auswärtigen Kultur; Wissenschaftler austausch; Förderung des Erlernens von Fremdsprachen; Ausweitung des Tourismus; Veranstaltung internationaler Seminare und Symposien; Austausch zwischen Jugend-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen u. ä. Nur kurz und vage ist dagegen von einer Verbesserung journalistischer Arbeitsbedingungen, von einer wohlwollenden Prüfung individueller Reiseanträge und von einer humanitären Regelung von Familienzusammenführungs- und Eheschließungsfragen die Rede. Der Schwerpunkt liegt auf Arrangements, die zwischen Institutionen und Organisationen verschiedener Länder festgelegt und von ihnen auch — fast durchweg in kollektiver Formierung — anschließend durchgeführt werden sollen.

Diesen Vorschlägen für die KSZE entspricht die bisherige Praxis in der Sowjetunion. Der Anteil der westlichen Literatur am belletristischen Angebot ist nicht gering — aber die betreffenden Werke sind entweder „zeitlose“ Klassiker oder sozialkritische bis antikapitalistische Titel (die außerdem ganz überwiegend aus dem 19. Jahrhundert, also aus der Zeit eines vergangenen Frühkapitalismus, stammen). Heinrich Böll, auf dessen weite Verbreitung in Osteuropa Eugeniusz Guz zu Recht hinweist, ist in dieser Hinsicht eine große Ausnahme; seine Einführung in der UdSSR ist dabei auf seine kritische Sicht der bundesdeutschen Wirklichkeit (die ihm beispielsweise die besondere Sympathie des Lesers Chruschtschow gesichert hat) zurückzuführen. Es sind also — wenigstens in der Sowjetunion und noch mehr in der DDR — im allgemeinen sehr einseitig ausgewählte westliche Bücher, die das Publikum erreichen.

Ein weiteres auffälliges Phänomen ist die Vorliebe, die beide Staaten für die Formen kollektiven Reisens haben, sowohl was die ausreisenden eigenen Staatsbürger als auch was die einreisenden fremden Staatsbürger betrifft. Für die Gruppen und Delegationen wird in der UdSSR deutlich besser gesorgt, viele bürokratische Hürden (die der Einzelreisende nehmen muß) bleiben ihnen erspart, und zugleich sorgt ein einheimischer Betreuer dafür, daß die Reisenden die richtigen Höhepunkte der Besichtigungen o. ä. nicht verpassen und zu diesem Zweck natürlich auch fest zusammenbleiben. In verschiedenen osteuropäischen Ländern, in denen Zwangsumtauschregelungen bestehen, ist der Kollektivtourist übrigens davon ausgenommen (und per „Nekermann“ o. ä. fährt er oft billiger, als die Umtauschsätze erlauben würden).

Es ist weithin — nicht nur in der UdSSR und in der DDR — üblich, daß für die Ausländer eigene Hotels vorgeschrieben sind. In der Sowjetunion gibt es bestimmte — zusätzlich genehmigungspflichtige — Ausländerrouten (und absolut verbotene Gebiete); in der DDR sperrt man die zwischendeutschen Züge für den innerstaatlichen Reiseverkehr. Der westliche Beobachter kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die den Kollektivreisen gegebene Priorität und die räumliche Trennung des Ausländers von den Einheimischen dem Zweck dienen, Begegnungen und Gespräche so weit wie möglich zu unterbinden oder doch wenigstens zu überwachen. Wenn die Kontrolle über die Ausländer in der UdSSR heute nicht mehr lückenlos funktioniert, so liegt das nicht an den getroffenen Vorkehrungen, sondern an der nicht mehr zu bewältigenden Masse der hereinströmenden Touristen. Die sowjetische Führung ist zweifellos nicht zuletzt auch durch Devisenwünsche motiviert, den Tourismus zu akzeptieren.

Für den westlichen Besucher ist freilich die Sowjetunion nach wie vor ein exotisches Reiseziel, das er sich etwas kosten lassen muß und wo er den empfangenen Service nicht in die aus der westlichen Welt gewohnte Relation zum Preis setzen darf. Er muß als „Kapitalist“ auftreten können; die ihm in anderen Ländern gebotene Möglichkeit einer Reise nach seinen finanziellen Möglichkeiten ist ihm versagt. Sozial Schlechtergestellte oder kinderreiche Familien können daher die Sowjetunion nicht so wie das westliche Ausland besuchen. Die gleichen Wirkungen zeitigen Zwangsumtauschregelungen und die Zwangsbuchungen für teure Hotels in anderen osteu-

ropäischen Ländern: Der westliche Tourist muß, auch wenn er mit seiner ganzen Familie kommt, pro Kopf erhebliche Beträge verausgaben, auch wenn eine bescheidenere Form des Reisens seinen Möglichkeiten und Wünschen besser entspräche und insbesondere auch wenn er Unterkunft bei Freunden oder Verwandten finden könnte. Gerade die persönlichen Bindungen, die zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas bestehen, werden durch die staatlich verordneten Zwänge schwer getroffen — und nicht etwa die „Schwarzmarkthändler“, von denen Eugeniusz Guz spricht. (Die verdienen in ihrem Metier genug, um sich auch die erzwungenen Tagessätze und Hotels bequem leisten zu können!)

Wenn wir von dem Deviseninteresse einmal absehen, dann dienen die Tourismus-Vorkehrungen vieler osteuropäischer Regierungen gewollt oder ungewollt dem Zweck, die spontane Kontaktaufnahme der westlichen Reisenden zur einheimischen Bevölkerung zu erschweren, der individuellen Bewegung westlicher Staatsbürger im Land Hindernisse zu bereiten und die Pflege von bestehenden freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Verbindungen, vor allem von Familie zu Familie, weithin zu verhindern. Menschliche Begegnungen, die nicht von oben her vorbereitet und überwacht werden, sollen anscheinend so wenig wie möglich stattfinden. Zugleich ergibt sich als Konsequenz, daß die wirklich praktizierten (d. h. eine persönliche Begegnung darstellenden) Ost-West-Kontakte weithin auf die dünne Schicht der offiziellen Repräsentanten beschränkt werden und somit die breiten Schichten der einheimischen Osteuropäer (wie meist auch die einreisenden Westtouristen) überhaupt nicht erreichen. Die Bedingungen, wie sie beispielsweise in dem polnisch-bulgarischen KSZE-Vorschlag vom 5. Juli 1973 anvisiert sind und wie sie heute vielerorts in Osteuropa herrschen, sind auf der Ebene der zwischenmenschlichen Ost-West-Beziehungen zutiefst begegnungs- und gesprächsfeindlich.

3. Kontakt und Kommunikation — frei von jeder politischen Wirklichkeit?

Der Kontakt und die Kommunikation zwischen den Menschen in Ost und West sollten nach Eugeniusz Guz' Ansicht unpolitischer Art sein. Diese Stellungnahme überrascht vor dem Hintergrund der östlichen Aussagen. Denn danach besitzen alle menschlichen

und geistigen Berührungen zwischen Ost und West einen erheblichen politischen Stellenwert — auch und gerade dann, wenn es dabei nur um persönliche, private Themen geht und wenn keine Lenkung von irgendwoher stattfindet. Nach sowjetkommunistischem Verständnis (das mit der westlichen Auffassung von einem vorpolitischen Raum gesellschaftlicher Selbstgestaltung kontrastiert) müssen daher auch völlig unpolitische Freundes- und Verwandtentreffen oder Kulturveranstaltungen in ihrer „ideologischen“ (d. h. die politischen Grundeinstellungen prägenden) Wirkung gesehen werden. Es ist von den sich als unpolitische Unternehmungen tarnenden Einbruchversuchen des „Klassenfeindes“ die Rede, vor denen man besonders auf der Hut sein müsse.

Der rationale Kern liegt augenscheinlich in der Vorstellung, daß die Spontaneität der Menschen als solche, wenn sie irgendwo (und sei es auch fern der Politik) zugelassen werde, eine systemgefährdende Einstellung bilde. Nicht zufällig erhielt Dubček, als er 1968 den sowjetischen Führern die Ungefährdetheit der kommunistischen Positionen in seinem Land durch den Hinweis auf die breite, spontane Unterstützung seitens der Bevölkerung klar zu machen suchte, zur Antwort, daß genau in dieser spontanen Unterstützung die Gefahr liege. Denn wer könne schon die Stabilität eines Regimes verbürgen, das sich von den spontanen Regungen des Volkes abhängig mache!

Wenn wir über die Möglichkeiten der Begegnung, des Dialogs und des Informationsaustausches mit der UdSSR und ihren Verbündeten sprechen, dann müssen wir — ob dies nun unserer eigenen Ansicht entspricht oder nicht — davon ausgehen, daß die östlichen Partner diese Problematik in allen ihren Teilbereichen als ein Politikum bewerten und behandeln. Dies bedeutet, daß auch die westliche Seite nicht an der Vorstellung unpolitischer Bereiche des geistig-menschlichen Austausches orientiert sein kann, wenn sie die Überlegungen der anderen Seite richtig verstehen und beantworten will. Mit anderen Worten: Sie darf sich nicht dem Trugbild einer politisch neutralen Austauschbeziehung hingeben, wenn die östlichen Verhandlungspartner mit der Entpolitisierung eines bestimmten Bereichs politische Ziele verfolgen. Entpolitisierung bedeutet, daß der betreffende Bereich künstlich aller politischen Potenz beraubt wird, die derjenigen Seite, die darauf dringt, unerwünscht ist. Gegen die politischen Wir-

kungen, welche die fordernde Seite befürchtet, werden Vorkehrungen getroffen. Die andere Seite, die weniger oder auch gar keine Sorgen geltend macht, weil sie eine größere Toleranz für unerwünschte Wirkungen hat, erhält für die von ihr konzidierten Auseinandersetzungsvorteile keinen vollen oder auch überhaupt keinen Ausgleich. Eine künstliche Beschneidung der bei einem Austauschprozeß natürlicherweise vorhandenen politischen Implikationen führt daher in aller Regel nicht nur zu einer Manipulation, sondern auch zu einer Einseitigkeit dieser Manipulation.

Entpolitisierung läuft leicht darauf hinaus, daß willkürlich Bedingungen festgelegt werden, die den Austauschprozeß politisch in eine Richtung lenken. Paradoxerweise kann daher die Entpolitisierung zur politischen Waffe der einen Seite gegen die andere werden. (Und da im Westen die Toleranzschwelle für politische Abweichungen ungleich größer ist als im Lager der UdSSR, wird sich dann notwendigerweise ein ungleich größeres Maß an östlichen Forderungen ergeben, das dann zu einseitig zu die östliche Seite begünstigenden Austauschbedingungen führen wird.) Es ist wesentlich aus dieser Erwägung heraus, daß ich mich grundsätzlich gegen einen entpolitierten Ost-West-Austausch von Personen und Gedanken wende (auch wenn ich natürlich weiß, daß die Fortschritte auf das von mir anvisierte Ziel hin nur allmählich zu erreichen sind).

Eugeniusz Guz deutet mein Votum gegen eine Entpolitisierung als das Verlangen nach einer Politisierung. Genau das aber meine ich nicht. Entpolitisierung und Politisierung sind ja die zwei Seiten der gleichen Medaille: der willkürlichen Manipulation zu politischen Zwecken (die ich ablehne). In dem einen wie dem anderen Fall wird der geistige und menschliche Austauschprozeß künstlich durch von oben her aufgezwungene — und dann auch von oben her auf ihre Einhaltung zu kontrollierende — Bedingungen verändert. Der Unterschied ist nur, daß einmal etwas künstlich herausgehalten wird, während das andere Mal etwas künstlich hineingebracht wird. Beispielsweise wäre es entpolitiert Sport, wenn die miteinander wettkämpfenden Mannschaften keinen privaten Kontakt zueinander herstellen dürften oder bei Auslandsaufenthalten an freier, individueller Bewegung gehindert würden, damit nur ja jedweder denkbare Anreiz zu unerwünschtem politischen Nachdenken (das sich auch an unpolitischen Erfahrungen entzünden könnte) von ihnen fernge-

halten würde. Politisiert wäre dieser gleiche Sport, wenn die Veranstaltungen zu einer Apotheose eines Regimes umfunktioniert würden (wie es die Goebbels-Filme der Berliner Olympiade von 1936 zeigen) oder wenn das Stattfinden sportlicher Ereignisse von der Annahme sachfremder politischer Forderungen abhängig gemacht würde (beispielsweise von der Anerkennung einer Westberliner Eigenstaatlichkeit durch die westdeutschen Sportverbände). Es zeigt sich, daß eine Austauschbeziehung wie das erwähnte Exempel des internationalen Sports zugleich politisierten und entpolitierten Charakter tragen kann.

Im Warschauer-Pakt-Bereich wird den Menschen grundsätzlich kein politikfreier persönlicher Eigenraum zuerkannt, wie er in den westlichen Ländern üblich ist. Daher muß aus östlicher Warte alles, was sich in der persönlichen Sphäre der Menschen abspielt, politische Relevanz haben. Die sowjetische Führung und ihre Verbündeten gehen infolgedessen, wie die entsprechenden Selbstaussagen erkennen lassen, selbstverständlich davon aus, daß mit jeder — auch mit einer entpolitierten — Austauschbeziehung politische Wirkungen eingeleitet werden. Begegnung, Gespräch und Informationsaustausch zwischen Ost und West können in dieser Sicht ebenso wenig politikfrei sein, wie sich „Hamlet“ ohne die Titelfigur spielen ließe. Etwas anderes ist es freilich, wenn man vielleicht die westlichen Verhandlungspartner dazu überreden kann, den politischen Zusammenhang aus dem Auge zu verlieren und sich dementsprechend einseitig des politischen Wirksamkeitspotentials in diesen Austauschprozessen zu begeben. Um bei unserem Bild zu bleiben: Es wäre doch ganz schön, wenn man die westliche Gegenpräsenation des „Hamlet“ durch die Ausklammerung der Titelfigur von vornherein des Publikumserfolgs berauben könnte!

Daß diese Überlegung den sowjetischen Führern und manchen ihrer Verbündeten tatsächlich nicht fremd ist, läßt sich an ihrer Argumentation ablesen, wann immer in der diplomatischen Auseinandersetzung das Prinzip der wechselseitigen Gleichbehandlung von Ost und West zur Diskussion steht. Die westliche Seite fordert „Reziprozität“, d. h. Gegenseitigkeit. Die Vorteile, welche die sowjetische Seite im Westen für sich in Anspruch nimmt, sollen umgekehrt den westlichen Ländern auch in der UdSSR zustehen. Demgegenüber besteht das sowjetische Außenministe-

rium gewöhnlich auf „Nicht-Diskriminierung“. Mit anderen Worten: Man erklärt sich bereit, das betreffende Land in der Sowjetunion genau so wie andere zu behandeln, falls man selbst dort ebenfalls so wie die anderen behandelt wird. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß die UdSSR nach westlicher Großzügigkeit traktiert zu werden verlangt, während sie selbst nur die bei ihr üblichen, ungleich geringeren Rechte einzuräumen gewillt ist. Beispielsweise gibt die sowjetische Botschaft in der Bundesrepublik schon seit den fünfziger Jahren eine politische Monatsschrift in hoher Auflage heraus („Sowjetunion heute“), während der bundesdeutschen Vertretung in Moskau trotz zahlreicher Bemühungen keine entsprechende Möglichkeit eingeräumt worden ist.

In der Bundesrepublik gibt es denkbar viel Spielraum für die Vertretung politischer Ansichten östlicher Herkunft. Jeder kann Bücher, Zeitschriften und Zeitungen aus Osteuropa (einschließlich der Sowjetunion) frei beziehen; es gibt sogar eigens auf diesen Import spezialisierte Buchhandlungen und Verlage (die teilweise auch politische Bindungen an Moskau haben). Unter der auf diese Weise erhältlichen Literatur befinden sich seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auch Materialien, die offen zum Kampf gegen das „kapitalistische System der BRD“ aufrufen. In den Zeitungen und Zeitschriften, in Rundfunk und Fernsehen kommen immer wieder sowjetische und andere osteuropäische Vertreter zu Wort. Beispielsweise schrieb der profilierte sowjetische Staatsbürger Michail Woslenskij in den 15 Heften, die von der Zeitschrift „Osteuropa“ vom November 1973 bis zum Februar 1975 erschienen sind, vier Beiträge ideologisch-politischen Inhalts mit strikt antiwestlicher Tendenz. Zwei dieser Aufsätze, die Gegenstellungnahmen hervorgerufen hatten, erschienen zusammen mit diesen leicht gekürzt in der bundeswehramtlichen, alle Truppenteile erreichenden „Information für die Truppe“ (in der sich vorher auch Botschafter Falin zur KSZE geäußert hatte). Bei Fernsehdiskussionen um kontroverse Ost-West-Themen auch östliche Journalisten heranzuziehen, ist fast selbstverständlich geworden. Auch die Tatsache, daß „Aus Politik und Zeitgeschichte“ die Einwände eines polnischen Vertreters zu einem vorangegangenen Beitrag den Lesern nicht vorenthält, zeigt das erfreuliche Ausmaß der Bereitschaft zum politischen Dialog mit der anderen Seite, das bei uns üblich geworden ist.

Die Möglichkeiten zur Propagierung östlicher Standpunkte vergrößern sich noch erheblich, wenn man berücksichtigt, daß die UdSSR und die DDR sich westdeutscher Gefolgsleute und Organisationen bedienen können. Verlage der Moskauer Orientierung haben beispielsweise die beiden Standardwerke des Kampfes gegen die Bundesrepublik herausgebracht, die, Ende der sechziger Jahre in Ost-Berlin bzw. Anfang der siebziger Jahre in Moskau erarbeitet, eine detaillierte Anleitung für die von den „progressiven Kräften“ zu befolgende politische Strategie und Taktik enthalten. Die DKP kann ihre Propaganda-, Schulungs- und Informationssammeltätigkeit auf Grund von Finanzmitteln aus der DDR entfalten, wobei sie sich genau auf der von der UdSSR vorgezeichneten politischen Linie bewegt.

Das sind nur wenige Beispiele für die politischen Einwirkungsinstrumentarien, die der sowjetischen Führung und ihren Verbündeten in der Bundesrepublik zu Gebote stehen. Für nichts davon gibt es eine entsprechende Gegenleistung in der UdSSR. Die einzige Möglichkeit, über welche die westlichen Länder (darunter die Bundesrepublik) zur Weiterleitung von politisch relevanten Informationen in die Sowjetunion und in andere Warschauer-Pakt-Staaten verfügen, sind die elektronischen Massenmedien. Da das Fernsehen nur eine relativ kurze Reichweite hat, kommt, aufs Ganze gesehen, den Rundfunkanstalten die wesentliche Bedeutung zu. Die Unterrichtung der osteuropäischen Öffentlichkeit durch Stationen wie „Radio Liberty“, „Radio Free Europe“, „Deutsche Welle“ oder BBC erfolgt in sachlicher, unpolemischer Weise; sie erfüllt nicht zuletzt deswegen ein dringendes Bedürfnis in weiten Kreisen (die sich bis in die Partei hinein erstrecken) der östlichen Gesellschaften. (Anders wären die großen Hörerzahlen trotz der Tätigkeit vieler und starker Störsender, für deren Betrieb beispielsweise in der UdSSR mehr Geld als für das gesamte Radiowesen aufgewandt wird, nicht zu erklären.) Den westlichen Sendungen für Osteuropa stehen natürlich östliche Sendungen für Westeuropa gegenüber. Allein die UdSSR sendet von zwei Sendern („Radio Moskau“ und „Radio Frieden und Fortschritt“) umfangreiche politische Programme beispielsweise in die Bundesrepublik, die übrigens — anders als die Ostprogramme der westlichen Sender — in den Jahren der Entspannung weiter ausgeweitet worden sind.

Die umfänglichen Aktivitäten der politischen Beeinflussung, die beispielsweise von der So-

wjetunion auf die westdeutsche Gesellschaft ausgehen, haben also gegenüber der UdSSR nur im Bereich des Äthers ein Gegenstück. Wie kann unter diesen Umständen ausgerechnet auf östlicher Seite der Ruf nach einer Entpolitisierung des Kontakts, des Gesprächs und des Informationsaustauschs zwischen Ost und West laut werden? Hat denn die UdSSR nicht ungleich vielfältigere und größere Beeinflussungsmöglichkeiten zu verlieren? Das ist freilich auch gar nicht gemeint. Vielmehr geht es darum, mit dem Protest gegen politische Einwirkungen ein unerwünschtes westliches Reziprozitätsverlangen abzuwehren und vor allem die westlichen Ostsender zu bekämpfen.

Der angebliche Skandal einer angeblichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten steht im Vordergrund der Darstellung. Obwohl die osteuropäische Öffentlichkeit, längst von sozialistischen Leitbildern geprägt, für eine unqualifizierte Polemik kaum das Plebiszit ihrer andauernden großen Zuhörerbereitschaft abgeben würde, ist anklagend von Hetze und kaltem Krieg die Rede. Auslandssendungen dürften nur eine kulturell vermittelnde Funktion wahrnehmen. Im Falle der ORTF führten diese Vorstellungen zum Erfolg: Die französischen Programme wurden aus Nachrichtenquellen zu Kulturdarbietungen — mit dem Ergebnis, daß die osteuropäischen Hörer bis auf verschwindende Reste das Interesse verloren (weil hohe Kultur kein dringliches gesellschaftliches Bedürfnis für sie ist) und schließlich die Sendungen für die Urheber ihre Daseinsberechtigung einbüßten (weil die Resonanz die verausgabten Mittel nicht mehr lohnte). Dieser Vorgang steht der sowjetischen Seite vor Augen, wenn sie auf eine Entpolitisierung der westlichen Sendungen für Osteuropa dringt.

Praktisch freilich würde, wenn diese Entwicklung sich fortsetzen sollte, eine Situation herbeigeführt werden, in der politische Einflüsse auf der gesellschaftlichen Ebene nur noch in Ost-West-Richtung wirksam werden könnten. An einer entscheidenden Stelle würde die Entspannung zu total einseitigen Bedingungen praktiziert werden. Mit der Ausschaltung aller unkontrollierten Informationsquellen im eigenen Lager würde die sowjetische Führung wesentliche Voraussetzungen für die leichtere Indoktrination eines ideologischen Feindbildes vom Westen, der an allen Übeln dieser Welt schuld sei, in die Hand bekommen. Zugleich würde für Moskau in dem

Ausmaße, wie ihm alle Chancen und Vorteile auf dem ideologischen Feld uneingeschränkt zufließen, die Neigung zur ideologischen Westfeindseligkeit zunehmen (weil es dabei nur zu gewinnen hätte). Umgekehrt würde Moskau in dem Ausmaße, wie es auch Risiken und Nachteile auf dem ideologischen Feld zu akzeptieren hätte, über die Zweckmäßigkeit der ideologischen Westfeindseligkeit nachzudenken willens werden (weil es dann dabei auch zu verlieren hätte). Das aber wäre im Interesse einer umfassend friedlichen Koexistenz von Ost und West.

4. Das sowjetkommunistische Asymmetrie-Konzept

Die einschlägigen Aussagen aus dem ideologischen Lager der UdSSR heben stets hervor, daß die geistig-menschlichen Austauschbeziehungen zwischen Ost und West als Ort eines unerbittlichen „ideologischen Kampfes“ zu betrachten seien, bei dem es darum gehe, die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung allmählich zu beseitigen. Dementsprechend sehen sich die Vertreter der sowjetischen Auffassungen in einer geschichtlichen Offensive gegen den Westen. Die offensive Bewegung soll unter anderem dadurch gewährleistet werden, daß das Kampffeld nur innerhalb der westlichen Welt — nicht aber innerhalb des sowjetischen Lagers — liegen darf. Indem die ideologischen Auseinandersetzungen nur um die westlichen Gesellschaften geführt werden sollen, während die östlichen Gesellschaften unumstritten zu bleiben haben, ist eine antiwestliche Entwicklung der Lage vorprogrammiert.

Hinweise auf eine derartige Einstellung finden sich auch in den Ausführungen von Eugeniusz Guz. Er kritisiert die bayerische Staatsregierung, wenn sie für ihre Bediensteten eine Meldepflicht bei DDR-Reisen einführt. Diese Maßnahme, die nicht mit persönlichen Nachteilen für die Betroffenen verbunden ist, dient einem einsichtigen Zweck: Es ist die alltägliche Erfahrung der Verfassungsschutzorgane in der Bundesrepublik, daß die DDR die Besuche Westdeutscher in großem Maßstab zu nachrichtendienstlichen Anwerbungsversuchen ausnutzt. Dabei sind die Bediensteten staatlicher Behörden eine der hauptsächlichen Zielgruppen. Unter diesen traurigen Umständen erscheint es zweckmäßig, einen — schriftlich fixierten — Überblick über den in die DDR gereisten Personenkreis zu haben, damit beim Auftauchen irgendwel-

cher Verdachtsmomente in dem einen oder anderen Fall ein weiterer Anhaltspunkt für die Beurteilung der Lage zur Verfügung steht. Das bayerische Vorgehen ist also an Erfordernissen der Staatssicherheit orientiert, um deretwillen zwar keine Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit verfügt, wohl aber eine Registrierung des möglicherweise relevanten Reiseverhaltens hingenommen wird. In einer westlich-demokratischen Gesellschaft kann es Gegenstand der Diskussion sein, ob diese Einbuße an individueller Unüberwachtheit um der kollektiven Selbstbehauptung willen gerechtfertigt ist oder nicht. Es spricht für das große Maß an Liberalität auf seiten der Bundesregierung, wenn sie trotz der damit verbundenen großen Risiken in dem vorliegenden Falle die Freiheit des Staatsbürgers von jeder Aufsicht über das Interesse des Staates an seiner Sicherheit stellt.

Es scheint mir aber völlig widersinnig zu sein, wenn die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung, deren Für und Wider in einer westlich-demokratischen Gesellschaft sicher umstritten werden kann, auf einmal dazu herhalten soll, die Bundesrepublik ins Unrecht gegenüber der keinerlei originäre Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit anerkennenden DDR-Führung zu setzen. Schließlich verbietet das Regime in Ost-Berlin einem ungleich größeren Personenkreis (nämlich allen im Staats- und Parteiapparat bis hinab zur kommunalen Ebene des kleinsten Dorfes Beschäftigten, allen Wehrdienstleistenden und Armeegedienten und in aller Regel auch den Belegschaften der größeren Betriebe) rund weg sogar jeden Kontakt mit Menschen aus dem westlichen Deutschland! (Ganz zuverlässig erscheinende Funktionäre in entsprechender Position können davon ausgenommen sein.) In die Bundesrepublik reisen dürfen ohnehin nur die Alten und Kranken, die als Arbeitskräfte für den ostdeutschen Staat uninteressant, ja überflüssig geworden sind und die auch einen großen Prozentsatz der von E. Guz als Zeichen der DDR-„Liberalität“ genannten Zahl der Übersiedler bilden; der Rest dürfte überwiegend gegen harte DM „freigekauft“ worden sein; nicht nur am Rande sei festgestellt, daß die DDR damit u. a. auch die Rolle eines Fluchthelferunternehmens übernommen hat, das nur gegen Devisen Staatsbürger in den Westen entläßt. Im Vergleich dazu genießen die bayerischen Staatsbediensteten die geradezu unvorstellbare Freiheit, nach einer einfachen Benachrichtigung ihrer

Behörde jederzeit „Osturlaub“ machen zu können — solange der Urlaub reicht (und die DDR-Organen dies genehmigen). Angesichts dieser Verhältnisse muß die DDR schon mit einem ganz anderen Maß als Bayern gemessen werden, wenn sie vorteilhaft von dort abstecken soll . . .

Das Bestreben osteuropäischer Parteiführungen, die Gesellschaften ihrer Länder so weit wie irgend möglich gegen alle unerwünschten Meinungsbildungseinflüsse abzuschirmen, wird der westdeutschen Öffentlichkeit am nachdrücklichsten durch das Beispiel der DDR vor Augen geführt. Aber auch die sowjetische Publizistik weist durch ihre Aussagen die gleiche Tendenz aus. Die staatliche Souveränität dürfe nicht durch ungebeten von auswärts eindringende Nachrichten und Ideen verletzt werden, und die Verantwortlichen seien berechtigt, ja verpflichtet, über die ihren Völkern bekömmliche Auswahl aus den vorhandenen Informationen zu entscheiden. Diese Argumentation wird geltend gemacht, wenn die Abwehr dessen zur Diskussion steht, was freiere Kontakte und unmanipulierte Nachrichtenflüsse zwischen Ost und West im eigenen Lager anrichten könnten.

Die Aussagen lassen aber auch von Zeit zu Zeit eine offensive Einwirkungstendenz nach Westen hin erkennen. So trägt die sowjetische Seite keine Bedenken, die staatsbürgerlichen Freiheiten in den westlich-demokratischen Ländern in größtmöglichem Umfang für ihre politischen Zwecke auszunutzen, auch wenn sie ihrerseits den Sympathisanten und den Vertretern des Westens die geringsten Handlungsmöglichkeiten zu verwehren sucht. Die Rechtfertigung für dieses Messen mit zweierlei Maß lautet, daß die staatsbürgerlichen Freiheiten in der westlichen Welt nicht etwa Teile einer frei gewählten und von den Regierungen bejahten Ordnung seien, sondern als das Ergebnis des Kampfes der Kräfte zu gelten hätten, deren Spitze die Kommunisten bildeten. Die Verfechter der „sozialen Befreiung“ hätten den herrschenden Kräften diese Freiheiten als Konzessionen abgenötigt; sie existierten daher gegen den Willen des Regimes und müßten dem Zweck einer immer weiter voranzutreibenden „Befreiung“ bis hin zu dem in der UdSSR verwirklichten Zielbild dienen.

Das „offen proklamierte Ziel der kommunistischen Parteien“, so heißt es in einer maßgeblichen sowjetischen Äußerung, „ist der Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, der bis zu dessen Vernichtung und bis

zum Sieg des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab in jedem Land geführt werden soll" (M. Woslenskij, Über die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung, in: Osteuropa, 11—12/1974, S. 844). Die Aufgabe der sowjetisch geführten kommunistischen Weltbewegung ist nicht nur die „Zügelung des Imperialismus“ (also die Durchsetzung außenpolitischer Vorteile), sondern auch, „ihm eine entscheidende Niederlage beizubringen“ (also ihn zunehmend auszuschalten). Das soll an der innenpolitischen Front der westlichen Länder geschehen. Demzufolge soll dort der reformistische „Kampf für die Demokratie“ in einen revolutionären „Kampf für den Sozialismus“ transformiert werden. Der „allgemeindemokratische Kampf“, den die von den sowjetischen Vorstellungen geleiteten Kommunisten zunächst zu proklamieren haben, um eine Massenbasis zu gewinnen, hat daher schließlich in eine Bewegung zur „sozialistischen Revolution“ auszumünden (V. V. Zagladin, Red., Meždunarodnoe kommunističeskoe dviženie, Moskau 1970, bes. S. 59, 138, 142).

Dabei handelt es nicht um die Fortführung einer traditionellen Rhetorik. Im Gegenteil: Noch niemals seit den Anfangsjahren des Sowjetstaates ist den Möglichkeiten und Methoden zu einer revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems von innen heraus so viel Aufmerksamkeit gewidmet worden wie in den letzten Jahren und Monaten. Es entstehen in großer Zahl parteiamtliche Analysen zu diesem Thema. Derartige Arbeiten werden zunehmend auch in multilateraler Zusammenarbeit zwischen mehreren Parteien des Warschauer-Parkt-Bereichs erstellt. Erst im August 1975 wurde in Moskau ein derartiger Sammelband von den zuständigen ZK-Sekretären der sowjetischen, der polnischen und der bulgarischen KP veröffentlicht. Zwei Motive für das gestiegene Interesse an der Steuerung des „Klassenkampfes“ in den westlichen Ländern werden immer wieder genannt. Die derzeitige „Gesundung des internationalen politischen Klimas“, so heißt es, bedeute „durchaus nicht eine Abschwächung des ideologischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus“. „Im Gegenteil, dieser Kampf wird immer intensiver, nimmt neue Formen an, wird komplizierter und erfaßt immer breitere Sphären des gesellschaftlichen Lebens“ (L. Maksudov in: Meždunarodnaja žizn', 7/1975, S. 97). In der allerletzten Zeit wird daneben mit wachsendem Nachdruck auf die „Vertiefung der allgemeinen Krise des

Kapitalismus“ und die „Verschärfung aller seiner Widersprüche“ im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rezession hingewiesen (so M. Suslov am 4. 7. 1975).

„Von den Klassenschlachten“, so stellte das für auswärtige Angelegenheiten in besonderem Ausmaße zuständige Politbüromitglied Suslov in der erwähnten Rede fest, „ist jetzt die ganze kapitalistische Welt erfaßt.“ Daraus resultiere eine „Verbreiterung der sozialen Basis für antimonopolistische Aktionen“, die wiederum die „Voraussetzungen für die Verschärfung des Kampfes um soziale und politische Umwälzungen“ schaffe. Der Entspannung kommt dabei nach Suslov in zweierlei Hinsicht große Wichtigkeit zu. Erstens werden „die Möglichkeiten für den sogenannten ‚Export der Konterrevolution‘ [von Westen nach Osten] verringert“. Zweitens wird nicht nur „eine neue politische Situation in der Weltarena“ heraufgeführt, sondern auch durch die daraus resultierende Einwirkung „auf die innere Lage in den kapitalistischen Ländern“ „günstigere Bedingungen für die Entwicklung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung“ geschaffen. Das Ergebnis sei eine „weitere Verbreitung und Vertiefung des weltrevolutionären Prozesses“. Die KPdSU, so fügte Suslov ausdrücklich hinzu, betrachte ihren sozialistischen Aufbau als Beitrag zur Entwicklung dieses Prozesses.

Die sowjetische Führung läßt es freilich bei dieser Form des Beitrags nicht bewenden. Die sowjetischen Analysen, die zu dem Thema veröffentlicht werden, lesen sich ganz im Sinne Lenins als Anweisungen zum Handeln. In der „Pravda“ erschien am 6. August 1975 ein Artikel aus der Feder eines hochgestellten Funktionärs in der Auslandsarbeit mit der Aufforderung an die Kommunisten, den Kampf um die Macht im Staate kompromißlos durchzustehen. Die dabei angesprochene Situation war, wie verschiedene Indizien zweifelsfrei deutlich machten, die Lage in Portugal. Die finanzielle Unterstützung, die der Partei Cunhals aus der UdSSR und der DDR zufließt, ist mittlerweile in weiten Teilen der westlichen Öffentlichkeit bekannt geworden.

In allen sowjetkommunistischen Verlautbarungen wird die Fortsetzung eines unerbittlichen „ideologischen Kampfes“ zwischen Ost und West für notwendig erklärt, während alle westlichen Anregungen für einen „ideologischen Friedensschluß“ oder auch nur „Waffenstillstand“ nicht zuletzt darum als völlig inakzeptabel gelten, weil die Kommunisten dann von ihrer historischen Mission, den Ka-

pitalismus anzugreifen und zu überwinden, Abstand nehmen müßten. Wer sich genauer über die sowjetkommunistischen Vorstellungen des in den westlichen Gesellschaften voranzutreibenden antikapitalistischen Kampfes orientieren möchte, findet die nötigen Angaben in dem von einem maßgeblichen Sekretär des ZK der KPdSU, Wadim Sagladin, redigierten Parteischulungsbuch „Die internationale kommunistische Bewegung“ (deutsch Frankfurt/Main 1973) oder — in zusammengefaßter Form — in einem Aufsatz von Michail Woslenskij, der in „Osteuropa“, Heft 11—12/1974, erschienen ist.

5. Westlicher Mißbrauch der Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten?

Eugeniusz Guz vertritt die These, daß die östlichen Länder sehr großzügig in der Gewährung von Möglichkeiten des Kontakts und der Kommunikation zwischen Ost und West verfahren. Zugleich bringt er mehrfach die Sorge zum Ausdruck, daß von dieser Großzügigkeit oft nicht der richtige westliche Gebrauch gemacht werde. Unter dem Deckmantel der Touristik suchten westdeutsche Stellen in die inneren Angelegenheiten östlicher Staaten hineinzuschnüffeln, beispielsweise wenn das Bundeskanzleramt eine Befragung von DDR-Bewohnern über ihre Vorstellungen veranstalte, die sie mit westdeutschen Politikern verbänden. Oder die westlichen Journalisten suchten aus dem Gesundheitszustand eines östlichen Politikers ein Thema zu machen, das es nach östlicher Ansicht nicht zu sein habe, und klagten dann über Informationsbehinderungen, wenn ihr Bemühen auf keine Gegenliebe stöße. Schließlich deutet Eugeniusz Guz seine Ansicht an, daß viele westliche Journalisten in ihrer Berichterstattung über die Warschauer-Pakt-Staaten eine fatale Tendenz zu Entstellung und Auslassung einerseits und zu „Desinteresse“ an dem Gebotenen andererseits hätten. Die westliche Öffentlichkeit sei daher oft nur unzureichend über die Verhältnisse in Osteuropa orientiert.

In diesen Klagen drückt sich ein bestimmtes Verständnis des Informationsaustauschs in der Ost-West-Richtung aus:

1. Wenn auswärtige Besucher im eigenen Land Bewegungs- und Unterrichtsmöglichkeiten eingeräumt bekommen, dann sind sie dafür verpflichtet, sich den ihnen zugeordneten Informationen zuzuwenden und sich in den Dienst der Vermittlung dieser Informatio-

nen an ihre Heimatmedien zu stellen. Daher ist sowohl das Aufsuchen nicht vorgesehener Information als auch die Nicht-Weiterleitung empfangener Information eine Verfehlung.

2. Die Beschaffung von Informationen aus anderen als offiziellen Quellen ist eine unzulässige Nachrichtentätigkeit, die nicht geduldet werden sollte. Mit anderen Worten: Die Führung des Landes hat ein Informationsgebungsmonopol nicht nur gegenüber der eigenen Öffentlichkeit, sondern auch im Verhältnis zum Ausland zu beanspruchen.

In den westlichen Ländern können sich die Touristen und Journalisten aus den Warschauer-Pakt-Staaten für die politischen Einstellungen der Bevölkerung, für den gesundheitlichen Zustand eines Politikers und für viele andere interessieren, ohne daß jemand auf die Idee käme, ihnen einen Mißbrauch ihres Gästestatus vorzuwerfen. Es wird den östlichen Presseleuten auch nicht übel vermerkt, wenn sie sich nicht für Vorgänge interessieren, von denen Kenntnis zu nehmen sie eingeladen worden sind. Die Touristen und Journalisten *dürften* sich nicht nur, sondern sie *sollen* sich auch ihr eigenes Bild von dem westlichen Gastland machen. Wenn dann im Osten (wie es in früheren Jahren oft geschehen ist) Berichte veröffentlicht werden, die in dem dargestellten Land als wenig objektiv empfunden werden, geht man doch ohne Anklagen darüber hinweg. Die Urheber solcher Berichte können selbstverständlich weiterhin alle öffentlichen und privaten Informationsmöglichkeiten des Gastlandes ausschöpfen und sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben uneingeschränkt und unkontrolliert bewegen. Wenn Funktionären aus der DDR eine Zeit lang diese Rechte vielfach vorenthalten worden sind, so lag dies an der damals noch nicht geregelten Anerkennungsfrage. Das ist aber in zwischen längst Vergangenheit.

In der UdSSR (über deren Verhältnisse ich orientiert bin) bestehen Freiheiten des westlichen Typs nicht. Große Teile des Landes sind für Touristen und Journalisten nicht zugänglich. Reisen in andere, grundsätzlich nicht verbotene Gebiete müssen jedesmal vorher in einer oft sehr umständlichen Prozedur genehmigt worden sein. Die gezielte Beschaffung von Informationen aus nicht-amtlichen Quellen ist untersagt. Demzufolge müssen die Presseleute weithin auf die offiziell gewünschte Version von den Geschehnissen zurückgreifen, über die sie berichten wollen; eine Überprüfung durch persönliche Anwe-

senheit „vor Ort“ oder durch Gespräche mit Privatpersonen soll ausgeschaltet sein. Journalisten, die Filme herstellen wollen, müssen sich der Kameralente der sowjetischen Nachrichtenagentur APN bedienen. Es wird dann natürlich nur das aufgenommen, was nach amtlicher Auffassung filmenswert ist. Praktiken dieser Art beeinträchtigen empfindlich die Möglichkeiten des Journalisten, nach Hause eine Darstellung zu übermitteln, die nach seinem Urteil ausgewogen und unverzerrt ist.

In Moskau wird gelegentlich argumentiert, daß die westlichen Journalisten zum Entwerfen eines falschen Bildes von den sowjetischen Verhältnissen neigten und daß daher die gewählten Maßnahmen als Sicherungen für eine wirklich objektive und richtige Berichterstattung notwendig seien. Eugeniusz Guz' Klage, daß die westliche Presse wesentliche Ereignisse wie polnische Ausstellungen ignoriert habe, um sich dafür aus ‚Klassengesichtspunkten‘ heraus für sehr viel Unwichtigeres zu interessieren, könnte ebenfalls als Ausgangsbasis für das Verlangen nach korrigierender Einflußnahme von östlicher Seite verwendet werden (wobei freilich Eugeniusz Guz diese Konsequenz erfreulicherweise nicht zieht).

Wann immer die Führung von Partei und Staat als Garant für eine — von den westlichen Journalisten angeblich verletzte — objektive und richtige Berichterstattung herbeigerufen wird, dann wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß das von dieser Führung gewünschte Bild notwendigerweise das zutreffende und ausgewogene sei. Der nach eigenem Urteil (und nach einer Vorstellung von den Publikumswünschen) verfahrenende Journalist erscheint als eine bedenkliche Figur. Wahrscheinlich ist es tatsächlich zu bedauern, daß die Ausstellungen, deren Ignorierung Eugeniusz Guz beklagt, kaum einen publizistischen Widerhall im Westen gefunden haben. Das allgemeine und grundsätzliche Problem ist jedoch, ob dem westlichen Journalisten im Interesse der Wahrheit von amtlicher östlicher Seite vorgeschrieben werden sollte, was ihn zu interessieren hat und wie er es bringen muß. Ob der Wahrheit normalerweise besser gedient wäre, wenn an der Rechtfertigung ihrer Herrschaft interessierte Funktionäre über sie zu befinden haben, erscheint mir allerdings zweifelhaft (und das nicht nur in Osteuropa).

Eugeniusz Guz ist der Ansicht, daß die „Meinungsrestriktion“ des Ostens gegenüber dem

Westen in der „Handelsrestriktion“ des Westens gegenüber dem Osten ihre Entsprechung — und damit implizit ihre Rechtfertigung — habe. Er spielt damit auf die östliche KSZE-Forderung nach „wirtschaftlicher Nicht-Diskriminierung“, d. h. nach Abschaffung der — in den letzten Jahren bereits sehr stark erhöhten — Außenhandelskontingentierungen und nach Gewährung einer Meistbegünstigung durch die westlichen Länder an. In dieser Darstellung bleibt freilich außer Betracht, daß die Warschauer-Pakt-Staaten, die in der Tat keine Kontingente und Schutzzölle gegenüber Westeuropa haben, auf Grund ihrer nicht marktwirtschaftlichen, sondern zentralverwaltungsrechtlichen Ordnung Ausmaß und Bedingungen ihres Warenaustauschs mit dem Ausland durch andere Mittel (nämlich durch die Instrumente der ökonomischen Planung) regulieren. Würden die westlichen Staaten auf ihre ordnungspolitischen Regulationsmechanismen, wie sie die Kontingente und Schutzzölle darstellen, ohne weiteres verzichten, würden zwar sie — nicht aber die RGW-Länder — eine freiwirtschaftlich geöffnete Grenze gegenüber der anderen Seite besitzen. Die westlichen Staaten sind auf der KSZE bereit gewesen, das Problem einer Beseitigung der westlichen Handelsschranken zu diskutieren, wenn die UdSSR und ihre Verbündeten über gleichwertige Leistungen von ihrer Seite sprechen würden. Dagegen jedoch richtete sich stärkster östlicher Widerstand.

6. Unausgewogenheiten in den Ost-West-Austauschbeziehungen

In einem Punkt stimme ich der Kritik von Eugeniusz Guz am westlichen Verhalten gerne zu: Das Interesse daran, an dem Leben und an der Kultur der osteuropäischen Völker teilzuhaben, ist in Westeuropa vielerorts bedauerlich gering. Das zeigt sich, wie Eugeniusz Guz überzeugend aufgewiesen hat, etwa in den Bereichen des Fremdsprachenlernens, der Kulturbeziehungen und des Wissenschaftler-austauschs. Es gibt leider ein Ost-West-Gefälle der kulturellen Neugier im Blick auf die Errungenschaften der anderen Völker. Fraglich erscheint mir jedoch, ob man diese Erscheinung auf Hochmut der Westeuropäer zurückführen muß, die sich über die Kultur weiter östlich hoch erhaben dünkten... Nach meinem Eindruck sind da andere Faktoren im Spiel.

Die von Ranke konzipierte Idee des „germanisch-romanischen“ Abendlandes hat die Ge-

müter nicht nur in Deutschland stark beeinflußt und den Blick davon abgelenkt, daß spätestens seit dem hohen Mittelalter auch die Westslaven, die Ungarn und teilweise die Südslaven einen wesentlichen Betrag zur westlichen Kultur geleistet haben. Fast völlig verschüttet ist das Wissen darum, daß die byzantinisch-ostkirchliche Kulturtradition über ein halbes Jahrtausend hinweg eine überlegene Position in Europa innegehabt hat und für die abendländische Kultur zum entscheidenden Anreger geworden ist. Auch die nach der endgültigen Trennung zwischen Byzanz und Rom fortbestehenden Gemeinsamkeiten sind weithin aus dem westlichen Bewußtsein ausgelöscht. Das bedauerliche Ergebnis ist eine weitgehende westliche Unkenntnis darüber, was sie bei den weiter östlich wohnenden Völkern an Verwandtschaften und Kulturleistungen finden könnten.

Soweit die Sprache die Kulturgüter vermittelt, kommen weitere Probleme hinzu. Eine Sprache, die — wie das Polnische — eine geringe internationale Reichweite besitzt, wird immer nur relativ wenig Adepten im Ausland finden, auch wenn eine bedeutende Literatur vorhanden ist. Sie wird dann normalerweise nur von Personen erlernt werden, die entweder Spezialisten sind oder enge Verbindungen zu dem Volk unterhalten, das diese Sprache spricht. Das ist das Schicksal nicht nur der kleineren osteuropäischen Sprachen, sondern beispielsweise auch des Niederländischen oder des Schwedischen.

Das Russische ist zwar eine „große“ Sprache, aber seine internationale Geltung ist für den Westeuropäer auf einen territorialen Bereich beschränkt, zu dem er nur einen begrenzten und behinderten Zugang (z. B. wegen der bestehenden Reisebestimmungen) hat. Es ist eben viel leichter und befriedigender, die Sprache der Franzosen oder Briten und Amerikaner zu lernen, wenn man deren Land frei kennenlernen und seine Sprachkenntnis laufend in engstem Kontakt mit der Bevölkerung praktizieren kann! Und auch die aktuelle Literatur ist abwechslungsreicher, weil es keine verpflichtende Generallinie für sie gibt. (Es sollte nicht erstaunen, daß im Westen die östliche Dissidenten-Literatur überdurchschnittlich gefragt ist — einfach weil sie neue Gedanken bringt.) Trotz aller Handicaps jedoch nimmt das Interesse am Russischen in der Bundesrepublik allmählich zu, wie die steigenden Zahlen der Slavistikstudenten und der Gymnasien mit Russischunterricht ausweisen. Auch von Staats wegen wird diese Entwick-

lung im Interesse eines besseren Ost-West-Verständnisses gefördert. Die Hindernisse liegen also ganz sicher nicht in einem Mangel an gutem Willen seitens der Bundesrepublik Deutschland begründet.

7. Die KSZE-Beschlüsse als Leitlinien künftiger Praxis

Während der fast zwei Jahre dauernden Sachverständigenverhandlungen der KSZE in Genf spielten die Fragen der menschlichen Begegnung, des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit in Kultur und Bildung eine hervorragende Rolle. Die neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft, ihre atlantischen Verbündeten und fast ausnahmslos auch die neutralen Länder drangen auf eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Austauschpraktiken. Die Warschauer-Pakt-Staaten suchten sich diesem Ansinnen zu entziehen. An diesem Widerstreit drohte die Konferenz wiederholt zu scheitern. Die Sowjetunion hatte freilich ein überragendes Interesse daran, daß die KSZE nicht „aufgelöst“ wird. Sie wünschte dringend eine multilaterale rechtliche Absicherung ihres territorialen und politischen Besitzstandes und wollte das Spannungsbewußtsein der westlichen Öffentlichkeit durch eine Konferenzapotheose, die zugleich als ein persönlicher Triumph für Parteichef Breshnev gedacht war, wirkungsvoll untermauern. Aus diesem Grund sah sich die sowjetische Führung während der verschiedenen Krisenmomente veranlaßt, durch ein Minimum an Kompromißbereitschaft den Fortgang der KSZE zu ermöglichen.

Im Ergebnis konnten schließlich die Staats-, Regierungs- und Parteichefs in Helsinki zusammenkommen und ihre Unterschrift unter die während der Genfer Phase ausgearbeiteten Beschlüsse setzen. Auch wenn die UdSSR und ihre Verbündeten in manchen Punkten des zwischenmenschlichen Kontakts und der zwischengesellschaftlichen Kommunikation ihre anfänglichen Positionen nicht aufrechterhalten haben, so hat ihr restriktives Verhalten doch weithin dazu geführt, daß der gemeinsame Nenner, den die Konferenzteilnehmer schließlich gefunden haben, ziemlich klein ausgefallen ist. Der Fortschritt der Entspannung in Europa wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die Führungen der sowjetkommunistisch regierten Länder willens sind, wenigstens das begrenzte Maß an verbessertem menschlich-geistigem Austausch, das die KSZE-Beschlüsse vorsehen, in die Tat umzusetzen.

a) Kontakt und Kommunikation über die Grenzen hinweg — ein Herrschaftsbereich der Staaten oder ein Freiraum der Menschen?

Die sowjetische Führung steht seit jeher auf dem Standpunkt, daß die Bewegung von Menschen und Informationen über die Staatsgrenzen hinweg ausschließlich dem Ermessen der Machthaber des Landes unterliege, um dessen Bürger es gehe. Dementsprechend stellte Generalsekretär Breschnev in seiner Rede vom 21. Dezember 1972 das Prinzip in den Vordergrund, daß die grenzüberschreitenden Austauschbeziehungen strikt an der einzelstaatlichen Souveränität orientiert sein müßten. Die Gesetze und Gepflogenheiten des jeweiligen Landes (also der Wille und das Verhalten der jeweiligen Machthaber) hätten bestimmend zu sein. Dieser Ansicht hat die UdSSR mit ihren Verbündeten auch auf der KSZE Geltung zu verschaffen gesucht. Demgegenüber wird in den westlich-demokratischen Staaten die Auffassung praktiziert, daß die Bürger in den Bereichen ihrer persönlichen Kontakte und ihrer politisch-gesellschaftlichen Information einen Anspruch auf Freiraum (also auf herrschaftlich möglichst wenig regulierte Verbindungen) haben. Daraus erwuchs auf der KSZE das Bestreben, die zwischen den Völkern sich abspielenden gesellschaftlichen Beziehungen von den herrschaftlichen Eingriffen, Restriktionen und Lenkungen durch staatliche Organe zu entlasten.

Aus den gegensätzlichen Vorstellungen resultiert eine Formulierung, die beide Elemente nebeneinander stellt. Unter den Prinzipien I (Souveräne Gleichheit) und X (Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen) ist jeweils von dem souveränen Recht der Teilnehmerstaaten die Rede, ihre „Rechte und Verordnungen zu bestimmen“. *) Da keine Einschränkungen gemacht werden (wie sie beispielsweise bezüglich einiger als vorstaatlich zu betrachtender Menschenrechte und Grundfreiheiten hätten formuliert werden können, wenn sich die westlich-demokratische Ansicht voll durchgesetzt hätte), besäße demnach jeder Staat die Befugnis zur willkürlichen Rechtssetzung auch hinsichtlich jedweder zwischengesellschaftlichen Beziehungen. Zugleich heißt es aber, die Teilnehmerstaaten würden „bei der Ausübung ihrer souveränen Rechte, einschließlich des Rechtes, ihre Ge-

setze und Verordnungen zu bestimmen“, „ihren rechtlichen Verpflichtungen aus dem Völkerrecht entsprechen“ sowie „die Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gebührend berücksichtigen und durchführen“ (Prinzip X). Ebenso wird das Recht, das jeder Staat gegenüber den anderen zu beanspruchen hat, so definiert, daß er „seine Beziehungen zu anderen Staaten im Einklang mit dem Völkerrecht und im Geiste der vorliegenden Erklärung zu bestimmen und zu gestalten“ berechtigt sein solle (Prinzip I). Beide Festlegungen laufen darauf hinaus, daß für die freizuzübenden Souveränitätsrechte ein Rahmen abgesteckt wird, innerhalb dessen sie sich inhaltlich bewegen werden.

Etwaige Versuche, eines der beiden Elemente auf Kosten des anderen zu verabsolutieren, werden durch den Text der KSZE-Beschlüsse ausdrücklich ausgeschlossen. Wie es am Ende des Prinzipienkatalogs heißt, sind alle vereinbarten Prinzipien „von grundlegender Bedeutung und werden folglich gleichermaßen und vorbehaltlos angewendet, wobei ein jedes von ihnen unter Beachtung der anderen ausgelegt wird“. Im Blick auf das Verhältnis, das gemäß den KSZE-Beschlüssen zwischen dem Souveränitätsgrundsatz einerseits und der Bindungswirkung zwischenstaatlicher Übereinkünfte (wie insbesondere der auf der Konferenz ausgearbeiteten Texte) andererseits besteht, bedeutet dies: Die Teilnehmerstaaten haben die Beschlüsse über die Handhabung des grenzüberschreitenden Austauschs zwischen ihren Gesellschaften, die sie aus souveräner Entscheidung und in allseitigem Konsens auf der KSZE getroffen haben, in ihren Willen aufgenommen und werden daher ihre souveränen Handlungen nach diesen Beschlüssen ausrichten.

Die Zweiheit von Souveränitätsgrundsatz und Inhaltsfestlegung setzt sich fort, wenn in Teil III im einzelnen auf die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“, also auf die Probleme des zwischengesellschaftlichen Austausches, eingegangen wird. In der Präambel zu dem Unterkapitel „Menschliche Kontakte“ wird es zum Ziel der Bemühungen erklärt, „freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme beizutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben.“ Gleichzeitig heißt es, diese Fragen müßten

*) Der vollständige Text der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist als Sonderbeilage zum „PARLAMENT“ Nr. 34—35 vom 23. 8. 1975 erschienen.

„von den betreffenden Staaten unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen geregelt werden“. Die folgenden Einzelregelungen erscheinen dann als die Konsequenz der Vorstellungen, die in der Präambel artikuliert worden sind.

Dem zweiten Unterkapitel „Information“ dagegen ist eine Präambel vorangestellt, die lediglich einem inhaltlichen Ziel Ausdruck gibt, nämlich „die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern, die Zusammenarbeit im Bereich der Information und den Informationsaustausch mit anderen Ländern zu fördern sowie die Bedingungen zu verbessern, unter denen Journalisten aus einem Teilnehmerstaat ihren Beruf in einem anderen Teilnehmerstaat ausüben“. Die Präambel zum Unterkapitel 3 „Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur“ setzt ebenfalls inhaltlich umschriebene Ziele und erklärt daneben die „Achtung der Eigenart einer jeden“ Kultur für notwendig (was als ein versteckter Hinweis auf die Respektierung auch der jeweils staatlichen „Eigenarten“ verstanden werden könnte). Das letzte Unterkapitel „Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung“ hat eine Präambel, die lediglich auf das Erfordernis verweist, daß sich auch hier „Beziehungen internationalen Charakters“ entwickeln.

Die vereinbarten Formulierungen tragen deutlich den Charakter eines Kompromisses. Die östliche Seite setzte durch, daß die Souveränität der Staaten (also praktisch die Gewalt der Regierungen) auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen einschließlich des zwischengesellschaftlichen Austausches bezogen wurde. Demgemäß wird im Ost-West-Verhältnis genausowenig wie im innerstaatlichen Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten ein dem staatlichen Zugriff entzogener gesellschaftlicher Freiraum anerkannt. Dafür jedoch haben die westlich-demokratischen Staaten mit Erfolg darauf bestanden, daß die Staaten und Regierungen ihren Willen an bestimmte inhaltliche Regeln binden, die das allgemeine Völkerrecht und das KSZE-Dokument für die grenzüberschreitenden Kontakte und Kommunikationen formuliert haben. Nicht der rechtlichen Form, wohl aber dem praktischen Inhalt nach ist damit eine Grenze für den Gebrauch der souveränen Machtvollkommenheiten seitens der Staatsführungen gesetzt. Nur die Zukunft wird zeigen können, ob die Staaten, die auf der KSZE nur widerwillig inhaltliche Verpflichtungen bezüglich der Durchführung des zwi-

schengesellschaftlichen Austausches akzeptiert haben, ihren Teil des erzielten Kompromisses zu honorieren geneigt sind.

b) Das Gebot der Nicht-Einmischung als Basis östlicher Abschirmungspolitik?

In der bisherigen sowjetischen Argumentation wurde das Gebot der Nichteinmischung als Verbot jedweder unerwünschter Einwirkungen interpretiert, die von dem Gebiet eines Staates auf das Gebiet eines anderen Staates ausgingen. Mit anderen Worten: Die Führung der UdSSR beanspruchte das Recht von den Regierungen der westlichen Länder zu verlangen, daß sie aus ihren Gesellschaften nur diejenigen Einflüsse über die Systemgrenze gelangen ließen, die ihr erwünscht schienen. Soweit die westlichen Regierungen zu einer derartigen Kontrolle ihrer Gesellschaften nicht bereit oder imstande waren, erhielten die östlichen Maßnahmen der Abschirmung gegen die den Machthabern mißliebigen Kontakte und Informationen mit dem Westen den Charakter einer Abwehr unrechtmäßiger Einmischungstätigkeiten. Diese Darstellung des Sachverhalts ermöglichte es der sowjetischen Propaganda auch, wenigstens im ideologischen Bereich das Bild eines feindselig-aggressiven Westens aufrechtzuerhalten und zu kultivieren.

Es versteht sich von selbst, daß die UdSSR mit ihren Verbündeten auch auf der KSZE versuchte, ihren Vorstellungen von Nicht-Einmischung Geltung zu verschaffen. Um die Formulierung des entsprechenden Prinzips VII entbrannte daher eine heftige Ost-West-Kontroverse. Schließlich einigten sich die Beteiligten auf die Fassung, „sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten“ zu wollen, „die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen“. Die sowjetische Auslegung könnte sich, was diesen isolierten Satz betrifft, auf die Begriffe der „indirekten Einmischung“ und der „innerstaatlichen Zuständigkeit“ stützen. Denn zweifellos ist das, was die sowjetische Seite im zwischengesellschaftlichen Bereich gerne mit dem Odium verbotener Einmischung belegen würde, nicht als eine direkte Einmischung zu bezeichnen, was dann logischerweise die Schaffung des — bisher kaum einmal näher definierten — Rechtstatbestandes einer indirekten Einmischung als Etikett für unerwünschte auswärtige Kontakt- und Komp-

unikationseinwirkungen nahelegt. Und nach sowjetischer Ansicht fällt nicht nur die Nachrichtenpolitik, sondern auch die Privatsphäre der Staatsbürger unzweifelhaft in die Regungskompetenz der öffentlichen Gewalt.

Eine derartige Interpretation wird jedoch durch die folgenden Formulierungen ausgeschlossen. „Dementsprechend“, so heißt es auslegend, würden sich die Teilnehmerstaaten jeder Form der bewaffneten Intervention oder der Androhung einer solchen Intervention gegen einen anderen Teilnehmerstaat enthalten“. Gleichmaßen würden sie sich jeder militärischen wie auch politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zwangsmaßnahme enthalten, die darauf gerichtet ist, ihrem eigenen Interesse die Ausübung der Rechte eines anderen Teilnehmerstaates, die dessen Souveränität innewohnen, unterzuordnen und sich damit Vorteile zu verschaffen“. Als Beispiel für Zwangsmaßnahmen in dem so umschriebenen Sinn wird die „direkte oder indirekte Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten“ erwähnt, „die auf den gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind“.

Einmischung enthält demnach auf jeden Fall das Element des Zwangs in sich. Das Korrelat derartigen Zwangs ist die Absicht, einen Staat an der Wahrnehmung seiner souveränen Selbstständigkeitsrechte zu hindern oder im Extremfall in seiner bisherigen Herrschaftsstruktur zu zerstören. Das gilt auch für die Spielarten der „indirekten Einmischung“: Diese sind nicht durch das Fehlen von Zwang in den angewandten Mitteln und in den verfolgten Absichten gekennzeichnet (wie es bei der Weitergabe unerwünschter Nachrichten und Ideen über die Grenzen hinweg der Fall wäre), sondern durch die Wahl von anderen Zwangsinstrumentarien als der herkömmlichen auswärtigen Zwanganwendung oder Zwangsandrohung charakterisiert (die im Gebrauch der militärischen Macht eines Landes gegen ein anderes besteht). Die Beschränkung des Einmischungsbegriffs auf die Mittel und Absichten des Zwangs entspricht dem allgemeinen Völkerrecht, wie es namentlich in der UNO-Charta seinen Niederschlag gefunden hat.

Auch der Grundsatz, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen gewährleistet sein müsse, ist in der Vergangenheit von sowjetischen Diplomaten und Publizisten immer wieder dazu herangezogen worden, um eine angebliche

Grenzverletzung durch eindringende unerwünschte Nachrichten und Ideen (sogenannte „ideologische Kontrabande“) für unzulässig zu erklären. Auch an dieser Stelle hat die sowjetische Delegation auf der KSZE versucht, den fraglichen Begriff so weit auszuweiten, daß er schließlich bei Bedarf als Rechtfertigungsbasis für das Verlangen nach hermetisch abgeriegelten beziehungsweise manipulierten Ost-West-Grenzen herhalten könnte. Der Begriff der „Unverletzlichkeit“ bot dafür freilich von vornherein einen schlechten Ausgangspunkt. Denn das Verletzen von irgend etwas bedeutet, genauer betrachtet, immer das gewaltsame Eindringen einer fremden Einwirkung. Das russische Wort (*nerušimost'*), das zu unserem Ausdruck „Unzerstörbarkeit“ hin tendiert, läßt noch deutlicher werden, daß es bei der Grenzverletzlichkeit um den Ausschluß von auswärtiger Gewalt von dem Einwirken auf das grenzumschlossene Gebiet geht. Das aber bedeutet, daß ein nicht-gewalthaftes Einwirken von außen nicht unter das Verbot der Grenzverletzung fallen kann.

Bei der Formulierung des Unverletzlichkeitsprinzips auf der KSZE hat die östliche Seite erreicht, daß der zunächst wenig klare Begriff eines — nicht statthaften — „Anschlags“ (*posjagatel'stvo*) auf die Grenzen anderer Staaten verwendet wurde. Das allein könnte zum Ausgangspunkt einer sehr weitgefaßten Auslegung dessen werden, was künftig an Einwirkungen aus dem Gebiet eines Staates gegen das Gebiet anderer Staaten unzulässig sein soll. Dem ist jedoch durch die sofort angeschlossene Auslegung ein Riegel vorgehoben. „Dementsprechend“, so heißt es, würden sich die Konferenzbeteiligten „auch jeglicher Forderung oder Handlung enthalten, sich eines Teiles oder des gesamten Territoriums irgendeines Teilnehmerstaates zu bemächtigen“. Mithin sind die unzulässigen „Anschläge“ definiert als der Versuch, sich durch den Einsatz politischer Mittel Gewalt über Gebiete zu verschaffen, die anderen Staaten gehören. Nachrichten und Ideen, die mittels persönlicher Kontakte oder medialer Informationsträger aus dem Westen in die Warschauer-Pakt-Staaten gelangen, können auch dann, wenn sie dort die Bevölkerung zu offiziell unerwünschten Schlußfolgerungen anregen sollten, keinesfalls als Unternehmung zur Wegnahme östlichen Territoriums qualifiziert werden.

Auf der Basis der Texte, die in Helsinki unterzeichnet worden sind, läßt sich der Stand-

punkt nicht aufrechterhalten, daß die den östlichen Machthabern unerwünschten Teile der gesellschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen Ost und West unter das Einmischungsverbot fielen und daß die beschworene Grenz unverletzlichkeit neben dem territorialen Besitzstand auch die menschlich-geistige Abschirmung der Gesellschaften nach der Willkür ihrer Regierungen garantiere. Die KSZE-Beschlüsse ändern nichts an dem bisherigen Völkerrecht, dem zufolge die gegen auswärtige Einmischung zu schützende „innere Zuständigkeit“ der Staaten nur die territoriale Integrität und die politische Entscheidungsfreiheit umfaßt und daß daher nur gewaltweise Einwirkungsversuche von seiten eines Staates auf einen anderen eine rechtswidrige Einflußnahme bilden. Auch wenn die auf der KSZE geschaffene Rechtslage unzweideutig ist, so liegt darin noch keine absolut sichere Gewähr dagegen, daß trotzdem, aller überzeugenden Auslegungslogik ungeachtet, eine anderslautende Propaganda laut werden könnte (denn dagegen gibt es, weil es sich dann um politische Willkür handelt, überhaupt keine Sicherheit). Ebensovienig läßt sich ausschließen, daß die UdSSR oder andere Staaten versuchen könnten, die Aussage des allgemeinen Völkerrechts über den Bereich der staatlichen „inneren Zuständigkeit“ (der bislang nur die Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsdurchführung umfaßt) durch geeignete Projekte — wie beispielsweise den sowjetischen Entwurf für eine UNO-Konvention über ein Verbot grenzüberschreitender Satellitenfernsehausstrahlungen vom 8. August 1972 — künftig etwa auch auf die Informationsmedien auszudehnen.

c) Inhaltliche Anforderungen an den grenzüberschreitenden menschlich-geistigen Austausch?

Diplomaten und Publizisten der Warschauer-Pakt-Staaten haben im Blick auf die KSZE immer wieder darauf bestanden, daß die Möglichkeiten für die Kontakte und Kommunikationen über die Grenzen hinweg so angelegt werden müßten, daß nur das Gute, nicht aber das Schlechte von einem Volk zum anderen weitergegeben werde. Die positive Formel für dieses Verlangen lautete, der Austausch habe der wechselseitigen Bereicherung der Völker (namentlich in kultureller Hinsicht) zu dienen. Negativ gewendet, hieß es, Darstellungen und Ideale, welche die Unmoral, den Völkerzwist und die Unwahrheit propagierten, müßten aus dem grenzüberschreitenden Infor-

mationsaustausch und Meinungsdialog ausgeschlossen werden. Eine Verhetzung oder Desorientierung der Völker dürfe nicht zugelassen werden. Diese Formeln waren auf Sympathiewerbung abgestellt: Wer wäre schon bereit, als Verfechter von Unmoral, Völkerverhetzung oder Desinformation aufzutreten?

Der politische Kern des östlichen Verlangens war jedoch, daß die Vorstellung der Freizügigkeit von Menschen und Nachrichten über die Grenzen hinweg generell diskreditiert werden sollte und daß als Alternative für diese Freizügigkeit das Recht, ja die Pflicht der staatlichen Machthaber zur Festlegung und zur Erzwingung des Moral- und Friedensdienstlichen bereitgehalten wurde. Was nach sowjetischer Ansicht und im sowjetischen Interesse als moral- und friedensdienlich zu gelten hat, ist seit langem klar: Die geringste Kritik an der Politik der Kremführung oder an den Verhältnissen in der UdSSR oder auch zu solcher Kritik möglicherweise anregende Tatsacheninformationen haben als Anschläge gegen die guten Sitten, gegen das friedliche Zusammenleben und gegen die Verständigung der Völker zu gelten, während umgekehrt für die östlichen Kampfaßerungen gegen den Kapitalismus die Interessen aller Völker, des Weltfriedens und der Wahrheit rechtfertigend bemüht werden.

Anklänge der von den Warschauer-Pakt-Staaten geforderten Zweckbestimmung für den grenzüberschreitenden menschlich-geistigen Austausch finden sich in der KSZE-Schlußakte. In der Präambel zu dem Unterkapitel „Menschliche Kontakte“ ist davon die Rede, „daß die Entwicklung von Kontakten ein wichtiges Element bei der Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den Völkern ist“. Die Präambel zu dem Unterkapitel „Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur“ verleiht der Überzeugung Ausdruck, daß eine „Festigung ihrer (der Teilnehmerstaaten) gegenseitigen Beziehungen zur Bereicherung einer jeden Kultur beitragen wird“. Auch eine „Verstärkung des Bewußtseins gemeinsamer Werte“ wird erhofft. Bei den Beschlüssen über „Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung“ ließen sich die Konferenzbeteiligten von dem Bewußtsein leiten, „daß die Entwicklung von Beziehungen internationalen Charakters auf den Gebieten Bildung und Wissenschaft zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beiträgt und allen Völkern zum Vorteil sowie künftigen Generationen zum Nutzen gereicht“.

Diese Formulierungen weisen jedoch zwei entscheidende Unterschiede gegenüber den sowjetischen Vorstellungen auf. Es fehlen die Qualifikationen für nicht akzeptable — und daher von vornherein aus den Austauschbeziehungen herauszuhaltende — Austauschinhalt. Vor allem aber sind die Zielbeschreibungen nicht als Postulate für das auszutauschende gefaßt. Was immer als Ergebnis des Austauschprozesses erwartet werden mag, nichts davon hat den Charakter einer Zweckbestimmung, die als Maßstab für die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit einzelner Austauschinhalt heranzuziehen wäre. Es handelt sich vielmehr um Erwartungen oder Hoffnungen, die an das Funktionieren einer möglichst umfangreichen Beziehung des Austauschs und des Zusammenwirkens insgesamt geknüpft werden. In diesem Sinne haben die Vertreter westlicher Staaten seit langem argumentiert, wenn sie sich gegen alle östlichen Restriktionsbemühungen für eine möglichst freie und breite grenzüberschreitende Freizügigkeit ausgesprochen haben.

d) Die völkerrechtliche Qualität der KSZE-Beschlüsse

Nach östlicher Vorstellung, wie sie in den abgestimmten Entwürfen der UdSSR, Polens und Bulgariens, der DDR und Ungarns sowie der Tschechoslowakei während der ersten Konferenzphase von Anfang Juli 1973 zum Ausdruck kam, sollte es einerseits eine vertragsähnliche Generaldeklaration über die Prinzipien des Zusammenlebens der Staaten in Europa und andererseits anhangartige Nebenerklärungen über die Fragen der Wirtschaft, der Humanität und eines Konferenzfolgeorgans geben. Dieses Konzept lief darauf hinaus, die Prinzipien des Zusammenlebens zum Eigentlichen und Wesentlichen zu machen und den auf Einzelheiten abgestellten Dokumenten eine nachgeordnete rechtliche Qualität zuzuweisen. Der sowjetischen Führung und ihren Verbündeten ging es vor allem darum, das Moskauer Konzept der „friedlichen Koexistenz“ mit allen seinen die östliche Seite einseitig begünstigenden Implikationen zum Grundgesetz der intereuropäischen Beziehungen zu erheben und den Gedanken einer Unveränderlichkeit der von der UdSSR seit 1944/45 geschaffenen Grenzen zur zentralen Rechtsnorm zu machen. Demgegenüber sollten alle etwaigen menschlichen Erleichterungen, von denen vielleicht die Rede sein würde, keine Verbindlichkeitswirkung erhalten.

Nach Auffassung fast aller übrigen Teilnehmerstaaten waren nur Beschlüsse annehmbar, die in allen ihren Teilen die gleiche Rechtsqualität aufwiesen. Die Form eines multilateralen völkerrechtlichen Vertrages, wie ihn die UdSSR für den Prinzipienkatalog faktisch im Sinn zu haben schien, galt dabei aus verschiedenen Erwägungen heraus als wenig geeignet.

Im Ergebnis ist eine Absichtserklärung entstanden. Die typische Satzform für die gefaßten Beschlüsse lautet: „Die Teilnehmerstaaten werden . . .“ Damit ist klargestellt, daß es sich nicht um eine Vertragschließung oder um einen dieser gleichkommenden Akt handelt. Die Teilnehmerstaaten bringen zum Ausdruck, wie sie sich von nun an verhalten werden. Da sie dies einander wechselseitig erklären, haben sie auf diese Weise eine einvernehmliche Festlegung der Maßstäbe getroffen, an denen ihr guter Wille künftig gemessen werden kann. Ein Teilnehmerstaat, der nunmehr von der seinen Verhandlungspartnern gegenüber angegebenen Linie des Verhaltens abweichen würde, hätte damit eine Zusage gebrochen, die er als Beitrag zu der — auf der KSZE als Ausgangspunkt zugrunde gelegten — Entspannung in Europa ausdrücklich gemacht hat. Sein Wille, sich entspannungskonform zu verhalten, müßte in diesem Falle entsprechend negativ beurteilt werden. Dies gilt gleichermaßen für alle Einzelteile der KSZE-Beschlüsse, da diese ein einziges, untrennbares Gesamtdokument darstellen und folglich auch als ein Ganzes einheitlich unterzeichnet worden sind.

Die Teilnehmerstaaten sind zwar mit den KSZE-Beschlüssen keine völkerrechtlichen Verpflichtungen gegeneinander eingegangen (wie dies bei einem multilateralen Vertrag der Fall gewesen wäre), aber sie haben die Glaubwürdigkeit ihrer Entspannungspolitik mit der Einhaltung der vereinbarten Texte verbunden. Dieser Umstand wird noch durch die Übereinkunft unterstrichen, daß im Sommer 1977 eine Folgekonferenz einberufen werden wird, auf der festgestellt werden soll, inwieweit die gefaßten Beschlüsse in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind. Es wird also in aller Form eine Überprüfung vorgenommen werden, welche Staaten sich in welchen Punkten den gemeinsam ausgearbeiteten Spielregeln der Entspannung entsprechend verhalten haben oder nicht.

e) Die Beschlüsse der KSZE — feststehende Erfordernisse oder erst noch auszuhandelnde Zukunftsvisionen?

Die Bestimmungen der KSZE-Schlußakte stimmen an manchen Stellen nicht mit der Praxis überein, die einzelne Länder auf Grund ihrer innerstaatlichen Gesetze und Verordnungen oder ihrer zwischenstaatlichen Verträge bisher geübt haben. Sind diese Länder nun gehalten, ohne weiteres ihre Praxis und ihre Rechtssetzungen entsprechend zu ändern, oder haben diese Länder sich lediglich dazu bereit erklärt, über derartige Änderungen künftig in Vertragsverhandlungen einzutreten? Diese Frage kann nicht einheitlich beantwortet werden. In den KSZE-Beschlüssen ist nämlich an verschiedenen Stellen durchaus Unterschiedliches vorgesehen. Mehrere Typen der Realisierung sind festgelegt worden:

1. Es werden im einzelnen die Verfahren umschrieben, die künftig eingehalten werden sollen. Daraus läßt sich folgern, daß die beschlossene Regelung von allen Staaten, die sich der KSZE-Schlußakte gemäß verhalten wollen, übernommen werden muß.
2. Es werden allgemeine Prinzipien aufgestellt, an denen das Verfahren künftig orientiert sein soll. Wenn dabei nicht auf noch abzuschließende Abkommen verwiesen wird, ist offensichtlich ebenfalls an eine nicht mehr eigens zu vereinbarende Übernahme in das innerstaatliche Rechtssystem gedacht, soweit dieses den formulierten Anforderungen nicht schon entspricht.
3. Bestehende Regelungen sollen, soweit sie dem im KSZE-Dokument umrissenen Standard noch nicht entsprechen, demgemäß verbessert werden. Für diesen Fall gilt dasselbe wie bei 2.
4. Es heißt, daß die bestehenden Regelungen so ausgelegt und gehandhabt werden sollen, daß sie der in den KSZE-Beschlüssen festgelegten Norm entsprechen. In diesem Fall ist formell keine Änderung an dem Rechtssystem erforderlich, wenn auch inhaltlich eine gewisse Modifikation bei der praktischen Ausführung geboten ist.
5. An vielen Stellen wird von noch abzuschließenden Abkommen gesprochen, die der Verwirklichung eines formulierten Grundsatzes dienen sollen. In diesen Fällen liegt lediglich eine Bereitschaftserklärung vor, im Blick auf das einvernehmlich festgelegte Ziel in di-

plomatische Gespräche über eine Regelung des betreffenden Punktes einzutreten.

Verfahrensfestlegungen vom Typ 1 wurde vor allem bezüglich der Möglichkeiten zur Pflege familiärer Kontakte, der Regelungen zur Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten sowie der Bestimmungen über eine Verbesserung der journalistischen Arbeitsbedingungen getroffen. Personen, die enge verwandtschaftliche Bindungen über die Grenzen hinweg haben, sollen die Möglichkeit zu häufiger und sogar regelmäßiger Ein- bzw. Ausreise zu Besuchszwecken erhalten; ihre entsprechenden Gesuche sollen ohne Rücksicht auf das Herkunfts- und das Bestimmungsland behandelt werden; angemessen kurze und finanziell zumutbare Modalitäten bei der Ausstellung der Reisedokumente sind vorgesehen. Getrennte Familienmitglieder und heiratswillige Partner sollen ebenfalls mit kurzen Wartezeiten und mäßigen Gebühren bei ihren Auswanderungsgesuchen rechnen können; abgelehnte Ersuchen sollen kostenfrei und wiederholbar sein; die Antragsteller dürfen nicht wie dies in vielen Warschauer-Pakt-Staaten bisher üblich war, einer Veränderung ihrer Rechten und Pflichten unterliegen (also beispielsweise nicht ihren Arbeitsplatz oder ihre Wohnung verlieren). Außerdem soll die Mitnahme von Haushaltsgut und persönlicher Habe gestattet sein, wenn die Übersiedlung zustande kommt.

Die Arbeit von Auslandsjournalisten soll erleichtert werden durch die „wohlwollende“ und kurzzeitige Prüfung von Anträgen auf Visaerteilung, durch die Erteilung von Visa zu wiederholter Ein- und Ausreise, durch die Ausgabe von Dokumenten für längeren Aufenthalt, durch die Verbesserung der Reisemöglichkeiten im Gastland, durch die Zulassung des direkten Kontakts mit den Informationsquellen „einschließlich Organisationen und offiziellen Institutionen“ und durch die Genehmigung der Einfuhr der berufsnotwendigen Ausrüstungen. Es fällt auf, daß der Zugang zu privaten Informationsquellen, der den Journalisten beispielsweise in der UdSSR bisher verwehrt worden ist, nicht ausdrücklich erwähnt wird. Außerdem heißt es, daß die Journalisten in den Stand gesetzt werden sollen, „auf den von den Teilnehmerstaaten anerkannten Wegen“ rasch ihren Informationsorganen die Ergebnisse ihrer beruflichen Tätigkeit einschließlich audiovisueller Materialien zu übermitteln.

In der bis zuletzt umstrittenen Frage, ob die Auslandsjournalisten das Recht zur Benutzung eigener Techniker, Aufnahmeleute u. ä. (statt etwa in der UdSSR des von der KGB-nahen Agentur APN gestellten Hilfspersonals) haben sollten, kam eine Formulierung zustande, die letzte Klarheit vermissen läßt. Es wird die „Tatsache“ anerkannt, „daß in vielen Fällen geeignetes örtliches Personal von ausländischen Journalisten beschäftigt wird“, und zugleich festgestellt, daß die getroffenen Bestimmungen für die ausländischen „Techniker, Photographen und Kameraleute“ Geltung hätten. Wenn die zweite Zusicherung nicht als leere Sprachhülle gedacht ist, muß freilich angenommen werden, daß die Auslandsjournalisten, wenn sie es wünschen, ihr eigenes Hilfspersonal mitbringen dürfen (dem dann die besagten Bestimmungen auch zugute kommen können).

Prinzipielle Zusicherungen vom Typ 2 finden sich bei den Aussagen zu den Reisen aus persönlichen oder beruflichen Gründen: „Möglichkeiten für umfassenderes Reisen“ sollen geschaffen werden; die Formalitäten beim Grenzübertritt und bei der Durchführung von Reisen innerhalb eines fremden Landes sollen sich vereinfachen; die Gebühren für die Reisedokumente sollen schrittweise gesenkt werden. Damit sind graduelle, nicht qualitative Erleichterungen anvisiert. Bestehende Prozeduren der Genehmigung und der Restriktion unterliegen keiner grundsätzlichen Veränderung; nicht einmal an der Tatsache ausge dehnter Verbotszonen für Ausländer in der UdSSR wird gerüttelt. Der Hinweis auf die „gebührende Berücksichtigung von Sicherheitserfordernissen“ hat augenscheinlich die Funktion, diese und andere Formen der Freizügigkeitseinengungen zu rechtfertigen. An diesem Beispiel wird besonders deutlich sichtbar, mit welcher unvorstellbaren Hartnäckigkeit die sowjetische Seite auf der KSZE ihre restriktive Praxis verteidigt haben muß.

In einem eigenen Abschnitt wird die „Entwicklung des Tourismus“ behandelt. Das Interesse an Deviseneinnahmen aus dem Westen macht seit langem in allen östlichen Aussagen zu den Fragen der zwischengesellschaftlichen Austauschbeziehungen den Tourismus (der im wesentlichen von Westen nach Osten fließt) zu einem gern hervorgehobenen Musterbeispiel für das, was schon alles erreicht sei und was noch weiter ausgebaut werden solle. Auf der KSZE haben die Vertreter der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auch in diesem Sinne argumentiert. Daher be-

standen über die Entwicklung des Tourismus während der Beratungen von vornherein keine Meinungsverschiedenheiten. Auf westliches Verlangen ist es jedoch zurückzuführen, wenn gemäß den KSZE-Beschlüssen der Tourismus künftig nicht nur auf kollektiver, sondern auch auf individueller Grundlage gefördert werden soll und wenn geeignete Erleichterungen, namentlich eine „Vereinfachung und Beschleunigung der für solche Reisen erforderlichen Formalitäten“, in Aussicht gestellt wurden.

Genauere Normen wurden auch hinsichtlich der kommerziell bedingten Kontakte und Reisen über die Grenzen hinweg formuliert. Westliche Geschäftsleute klagen seit langem über die Bewegungsbehinderungen, Niederlassungsrestriktionen, Formalitäten- und Kostenbelastungen, Zeit- und Müheverschwendungen, Informationsnöte und teilweise auch als Schikanen empfundenen bürokratischen Prozeduren, denen sie insbesondere in der UdSSR ausgesetzt sind. Aus diesem Grund hat die westliche Seite auf der KSZE dahin gewirkt, daß von „Maßnahmen zur Beschleunigung der Führung von geschäftlichen Verhandlungen“ und von einer „Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Vertretern der vom Außenhandel betroffenen ausländischen Organisationen, Unternehmen, Gesellschaften und Banken“ die Rede ist. Im einzelnen werden vorgesehen eine Verfügbarmachung der geschäftsrelevanten Informationen im Gastland, eine wohlwollende Prüfung von Anträgen auf die Errichtung ständiger Vertretungen oder Büros und die Einräumung von möglichst günstigen Bedingungen für die Benutzung von Hotelunterkünften, Kommunikationsmitteln, Mietlokalen und anderen benötigten Einrichtungen oder Dienstleistungen (wie dies eigentlich selbstverständlich wäre, namentlich angesichts des so stark betonten sowjetischen Interesses an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern).

Was die Bedingungen des Ost-West-Handelsaustausches betrifft, hat die Sowjetunion mit ihren Verbündeten bis zum letzten Augenblick beharrlich eine westliche Zusage der Meistbegünstigung gefordert, ohne jedoch auf das Gegenverlangen nach einer entsprechenden östlichen Gegenleistung einzugehen. Dieser Standpunkt hat sich jedoch nicht durchgesetzt. Es wird zwar auf die „vorteilhaften Wirkungen“ hingewiesen, „die sich aus der Anwendung der Meistbegünstigung für die Entwicklung des Handels ergeben können“,

aber es ist zugleich davon die Rede, daß „die der Entwicklung des Handels entgegenstehenden Hindernisse jeglicher Art abzubauen oder schrittweise zu beseitigen“ seien. Noch deutlicher ist die Formulierung, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit „auf der Grundlage der Gleichheit und gegenseitigen Zufriedenheit der Partner sowie der Gegenseitigkeit, die insgesamt eine ausgewogene Aufteilung der Vorteile und Verpflichtungen vergleichbarer Tragweite ermöglicht“, erfolgen müsse. Damit ist anerkannt, daß die Unterschiede der wirtschaftlichen Systeme die Einführung eines — noch nicht näher bestimmten — Prinzips der gleichwertigen Gegenseitigkeit erfordern.

In den übrigen Bereichen der zwischengesellschaftlichen Beziehungen — bei den Abschnitten über Jugendbegegnungen, Sportveranstaltungen und Delegationsaustausch sowie den weitläufigen Kapiteln über Kultur- und Bildungskooperation — findet sich nur sehr wenig, was irgendwie über den derzeit bestehenden Zustand hinauswiese. Es handelt sich meist um katalogartige Aufzählungen der verschiedenen Aktivitätsformen, die möglich oder wünschenswert erscheinen und oft auch als förderungswürdig bezeichnet werden. Gelegentlich werden vage Prinzipien bemüht; in kaum einmal näher spezifizierter Form taucht auch immer wieder das Stichwort „Erleichterung“ auf.

Es ist beispielsweise von einem mündlichen Informationsaustausch mittels Kongressen, Symposien und ähnlichen Veranstaltungen, von der Verbreitung gedruckter Information durch den Import und die Übersetzung von Büchern und von einer wechselseitigen Übernahme von Filmen und Sendungen die Rede. Da hierfür weder Regeln formuliert noch Regelmäßigkeiten festgelegt sind, steht das entscheidende Wann und Was völlig im Belieben der Beteiligten — was dem bisherigen Verfahren entspricht. Charakteristischerweise ist das von französischer Seite energisch verfolgte Projekt, die Einrichtung von Lesesälen im Ausland vorzusehen (etwa im Sinne der *Maisons Françaises* in der Bundesrepublik), schließlich am östlichen Widerstand gescheitert.

Sehr zahlreich sind die Stellen, an denen, nachdem das Thema genannt und mit einer Zielperspektive ausgestattet worden ist, auf dementsprechend abzuschließende bi- oder multilaterale Abkommen, gelegentlich auch auf noch festzulegende Austauschprogramme,

verwiesen wird. Dabei kann es sich um Vereinbarungen sowohl zwischen den Staaten als auch zwischen einschlägigen Organisationen der Institutionen in den einzelnen Ländern handeln (die dann im Rahmen der sowjetkommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung ebenfalls Organe der Führung darstellen). Eine Ausführung der im KSZE-Dokument bekundeten Absicht durch nachfolgende Abmachungen ist beispielsweise vorgesehen bei den Jugendbegegnungen, beim Austausch von gedruckter, gefilmter und gesendeter Information, bei der Erweiterung der kulturellen Beziehungen, hinsichtlich des Zugangs zu ausländischem Kulturschaffen, beim Ausbau der Beziehungen im Bildungsbereich und bei der Entwicklung verschiedener geregelter Austauschpraktiken. Bei der Lektüre der beiden Kapitel über die Zusammenarbeit im Kultur- und Bildungsbereich überwiegt der Eindruck, daß die Austauschbeziehungen wesentlich im bisherigen Rahmen weiterlaufen werden, auch wenn sie vielleicht an Umfang zunehmen könnten. In der Präambel zur kulturellen Kooperation heißt es allerdings auf westliches Drängen hin ausdrücklich, daß auch „neue Bereiche und Formen“ eröffnet werden sollen.

An verschiedenen Stellen, also insbesondere hinsichtlich der Familienkontakte, der Familienzusammenführung, der grenzüberschreitenden Eheschließung, der journalistischen und der kommerziellen Arbeitsbedingungen im Ausland hat also die KSZE recht weitgehend spezifizierte Verfahrensregelungen getroffen, die als eine bereits formulierte Vereinbarung anzusehen sind und daher keiner Konkretisierung durch ein ausführendes Abkommen bedürfen. Dem stehen sehr viel zahlreichere Stellen gegenüber, an denen die beabsichtigte Regelung nur skizziert ist. In diesen Fällen spricht die Plausibilität dafür, daß zwar nicht an erneute zwischenstaatliche Verhandlungen mit dem Ziel einer endgültigen Vereinbarung gedacht ist (denn sonst wäre gemäß sonstiger Übung ausdrücklich darauf verwiesen worden), daß aber den Einzelstaaten die Art der Umsetzung der formulierten Leitsätze in die eigene Praxis überlassen bleibt. Schließlich gibt es viele Passagen, die den Abschluß einer internationalen Abmachung ausdrücklich zur Voraussetzung der praktischen Ausführung erklären.

t) Zur Gesamtwertung

Die Schlußakte der KSZE bringt nur in einzelnen ausgewählten Bereichen der zwischenge-

ellschaftlichen Beziehungen eine Verringerung der Barrieren, welche die Führungen der Warschauer-Pakt-Staaten gegen einen unmanipulierten Austausch von Menschen und Informationen aufgerichtet haben. In allen Fällen, in denen ein Fortschritt erreicht werden konnte, ging eine kritische Zuspitzung der Verhandlungssituation voraus. Augenscheinlich war es nicht möglich, daß dieser Vorgang (auch wenn er im Ergebnis dann stets auch mit westlichen Gegenleistungen verbunden war, also einen Kompromiß in der einen oder anderen Weise erbrachte) allzu oft abgelehnt wird: Kraftakte benötigen so viel Energien, daß sie nicht Punkt für Punkt erprobt werden können.

Für die westlich-demokratischen Länder, in denen die Freizügigkeit der Menschen und der Informationen eine Selbstverständlichkeit

ist, können die Resultate der KSZE nicht voll befriedigend sein. Die westlichen Völker müssen ebenso wie die Völker Osteuropas, die sich ebenso sehr nach einem Mehr an Bewegungsfreiheit und Kommunikationsmöglichkeit sehnen, sich vorerst mit dem zufriedengeben, was die KSZE zustande gebracht hat. Es steht zu hoffen, daß die Führungen der Warschauer-Pakt-Staaten in den Punkten, in denen sie schließlich nach hartnäckigem Widerstreben Abstriche von ihren anfänglichen Positionen gemacht haben, das von ihnen zuletzt akzeptierte Einvernehmen uneingeschränkt befolgen (so wie sie das von ihren westlichen Partnern dort erwarten, wo diese Konzessionen gemacht haben). Nur dann besteht die Hoffnung, daß die Entspannung glaubwürdig ist und bleibt und daß ein besseres Vertrauen zwischen Ost und West zustande kommen kann.

Vietnam und die Folgen.

I.

Als im März/April dieses Jahres die letzten amerikanischen Stützpunkte in Vietnam aufgegeben werden mußten, machte die Regierung dafür den Kongreß verantwortlich, brandmarkte gewisse Politiker als uneinsichtige „Isolationisten“ und beschwor die folgenreichsten Konsequenzen im Hinblick auf die nun vergeblichen Bemühungen, den Zusammenbruch Südvietnams noch eine Weile hinauszuzögern. Es gab jedoch auch andere Stimmen — unter ihnen optimistische Politiker und weitblickende Journalisten —, die derartige Anklagen und Unterstellungen entschieden ablehnten. Sie wiesen darauf hin, daß Vietnam nicht nur wenig mit der Position der Vereinigten Staaten in der übrigen Welt zu tun habe sondern im Gegenteil der Rückzug aus Vietnam den Amerikanern im allgemeinen mehr nützen als schaden werde.

Vielleicht kann erst jetzt die Analyse und die Diskussion über die Ereignisse in Vietnam unvoreingenommen und mit mehr Objektivität geführt werden. So lassen sich beispielsweise einige Gründe dafür nennen, daß die alte „Domino-Theorie“ nicht gänzlich unreal war. Die Gründe haben dabei u. a. zu tun mit dem politischen Entscheidungsprozeß in den USA, den Reaktionen darauf von seiten ihrer Verbündeten als auch ihrer Gegner sowie der daraus wiederum resultierenden Struktur des internationalen politischen Systems. All diese Faktoren wurden durch das Ende in Vietnam nicht nur tangiert, sondern in starkem Maße beeinflußt. Dabei hat es sicherlich mancher amerikanische Kommentator oder Regierungsbeamte bedauert, daß diese Faktoren nicht stärker unter Kontrolle zu halten waren. Ob bedauerlich oder nicht — wir können nun eben nicht das Unglück von Vietnam auf das Maß unserer Hoffnungen oder unseres Gewissens verkleinern.

Wir Amerikaner sind es müde, Lektionen über Vietnam anhören zu müssen — über diesen Krieg, bei dem zu häufig die rückblickenden Schuldbekennnisse und Anklagen den

eigentlichen Ereignissen vorauseilten. Es erscheint vielmehr notwendig zu fragen: welche Schlußfolgerungen und Entscheidungen könnten heute anders ausfallen als beispielsweise im Herbst 1974 oder vor den Ereignissen im März und April 1975, auf die der endgültige Zusammenbruch folgte? Was wissen wir *jetzt* was wir damals nicht wissen konnten?; oder besser noch: was *wissen* wir jetzt, was damals nur zu vermuten war? Nun, immerhin war damals bereits bekannt, daß die Macht der Exekutive stark eingeschränkt war durch den Antrag des Kongresses vom August 1973 der eine nochmalige Intervention in Südostasien ablehnte. Vielleicht hätten wir damals bereits auch in der Lage sein können, das endgültige Scheitern des amerikanischen Engagements vorherzusagen angesichts der vom Kongreß 1974 vorgenommenen Kürzungen der Vietnam-Hilfen von den ursprünglich von der Regierung geforderten 1,4 Milliarden Dollar auf 700 Millionen Dollar und seiner Weigerung im Winter 1975, diese Kürzungen wieder rückgängig zu machen. Auch Watergate hat seine Rolle bei all dem gespielt. Aber hier waren die möglichen Rückwirkungen bis zum Schluß nicht völlig zu übersehen; wir konnten lediglich darüber spekulieren, welchen Effekt der Widerstand des Kongresses und das Verfahren gegen den Präsidenten auf das Recht der Exekutive zur Kriegsführung haben würden. Was folgte, hatte dann in der Tat nur noch die bereits im Vorjahr sich ankündigenden Tendenzen verstärkt. Wir nahmen te am Schauspiel eines sich sehr „konstitutionell“ gebenden Präsidenten (der erste nach Eisenhower, der anläßlich der Indochina-Krise im April 1954 in ähnlicher Weise gehandelt, genauer: auf das Handeln verzichtet hatte), der sich damit begnügte, die Entscheidungen über Vietnam und Kambodscha dem Kongreß zu überlassen. Der politische Tatbestand, dem wir uns nun seit dem Frühjahr 1975 gegenübersehen, ist wohl so zu charakterisieren, daß die Konsequenzen unseres demonstrativen Nichthandelns — so richtig und gerechtfertigt dieses als Entscheidung auch gewesen sein mag — nunmehr sehr viel wichtiger geworden sind als der unmittelbare „Verlust“ von Vietnam selbst.

Dieser — leicht gekürzte — Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung von United Press International entnommen und übersetzt aus „Foreign Affairs“, Juli-Heft 1975.

Die Mehrzahl der Schlußfolgerungen und Überlegungen, die von liberalen oder unvoreingenommenen Beobachtern angestellt worden sind, geht dahin, daß der Verlust von Vietnam tragbar sei, wenn nicht sogar wünschenswert, daß das Engagement dort ein Fehler gewesen ist, daß der Rückzug uns in unseren internationalen Beziehungen zugute kommt und daß wir schließlich zumindest darauf Einfluß nehmen könnten — sowohl als Zielsetzung wie als Ausdruck der Zuversicht —, den Schaden für Amerikas Prestige, seinen Einfluß und seine strategischen Positionen nicht nur einzudämmen, sondern darüber hinaus die Bedeutung dieser Werte wieder zu festigen. Im folgenden einige Beispiele für derartige Stimmen:

„Die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht durch eine einseitige Interpretation für die Zukunft festgeschrieben werden. Die Mißerfolge dieses Landes in Indochina bedeuten nicht, wie Präsident Ford es so bündig formuliert hat, das Ende der Welt noch das Ende der Aufgaben Amerikas in der Welt... Die so tragischen Rückschläge unseres Landes in Indochina beeinträchtigen keineswegs die Notwendigkeit, internationale Verpflichtungen aufrechtzuerhalten und zu erweitern.“¹⁾

„Henry Kissinger handelte wie ein Kind, das aufgrund eines lädierten Selbstbewußtseins seinen Verlust übertrieb: ‚Seht, wie unzuverlässig wir sind‘, verkündete er der Welt, ‚seht das Unglück an, das durch unseren Treubruch verursacht wurde.‘“²⁾

„... die entscheidende Tatsache ist, daß die Ereignisse in Vietnam keine lebenswichtige Bedeutung für die gegenwärtigen Probleme der Vereinigten Staaten haben“³⁾.

„Die Fundamente der US-Macht sind intakt — trotz Vietnam.“⁴⁾

„Schließlich gab es keinen Grund dafür, das Ende noch schlimmer zu machen, indem man

so etwas wie eine (umgekehrte) Domino-Theorie für die USA konstruierte.“⁵⁾

Nach ihren politischen Mißerfolgen im März und Anfang April 1975 sowie weiteren Rückzugsaktionen in Vietnam machte sich auch die Regierung diese Interpretationen zu eigen. In seiner Rede vor dem Kongreß am 10. April, in der er die Bewilligung von Geldern für Vietnam in Höhe von 722 Millionen Dollar erbat, nutzte Ford die Gelegenheit, um an Amerikas Position der Stärke zu erinnern und erneut die Einhaltung der Bündnisverpflichtungen zu betonen. Für diese Haltung wurde er von der „Washington Post“ mit Lob bedacht: „Präsident Ford beseitigte stillschweigend die Domino-Theorie aus seiner Politik.“ Etwas später, am 23. April, gab der Präsident in einer Rede an der Tulane-Universität die Strategie der fortgesetzten Klagen und Beschuldigungen gegen den Kongreß auf und gesellte sich zu seinen liberalen Kritikern, indem er deren Zielsetzungen übernahm, die Konsequenzen aus dem Vietnam-Debakel so klein wie möglich zu halten: Die Ereignisse in Indochina „bedeuten weder das Ende der Welt noch das Ende der amerikanischen Führungsrolle in der Welt“. Wieder fand der Präsident weithin Zustimmung — beispielsweise in der „New York Times“: „Das Ende des fehlgeleiteten militärischen Abenteuers in Indochina sollte es erleichtern, wieder zu Lincolns Vision der eigentlichen Bestimmung Amerikas zurückzukehren.“ Und wenige Tage später, in der Nacht vor der allerletzten Evakuierungsaktion vom Dach der US-Botschaft in Saigon, wies der Präsident nun selber im Sinne Lincolns den Weg: „Die Zeit ist gekommen, um an einem Plan für die Zukunft zu arbeiten, um wieder Einigkeit zu schaffen, die Wunden der Nation zu heilen, ihre Wohlfahrt und ihr Selbstvertrauen wieder herzustellen.“

Das gesamte politische Machtzentrum der Vereinigten Staaten hat sich aus Besorgnis um Prestigeverlust in den Beziehungen nach außen und aus Furcht vor inneren Spannungen daran begeben, einen neuen Mythos zu schaffen: nämlich daß Vietnam im Grunde niemals wichtig war; daß sein Verlust eigentlich heute nicht mehr zähle; daß es ein besonderer Fall war und überdies unnötig; daß die Folgen übersehbar und einzudämmen seien;

¹⁾ „After Vietnam“, The New York Times, 4. 5. 1975.

²⁾ Anthony Lewis, Hubris, National and Personal, in: The New York Republic, 3. 5. 1975.

³⁾ Joseph Kraft, Letting Go of the Vietnam Issue, in: The Washington Post, 6. 5. 1975.

⁴⁾ So Henry Brandon in der New Yorker Times vom 13. 4. 1975.

⁵⁾ Stanley Hoffmann, The Sulking Giant, in: The New Republic, 3. 5. 1975.

daß der Verlust von Vietnam sogar ein Segen und eine Quelle neuer Stärke sei, indem Amerika nun stetiger und zuverlässiger sein könne und seine Verpflichtungen und Garantien glaubwürdiger seien, nachdem diese „irrationale“ und „abwegige“ Situation jetzt vorüber wäre; daß ferner die Vereinigten Staaten nun ihre militärische Rolle allmählich zugunsten einer mehr funktional geprägten Führungsmacht aufgeben könnten — sei diese diplomatischer, ökonomischer oder ideologischer Art; daß schließlich alles, was wir jetzt tun müßten, die Überwindung unserer „Hybris“ sei, die Erkenntnis, daß wir nur begrenzte, wenn nicht gar keine Interessen in Südostasien besitzen. Vermutlich werden uns dann unsere Gegner nicht mehr herausfordern, unsere Freunde werden nicht länger mehr unseren festen Willen, unsere guten Absichten sowie unseren politischen Verstand anzweifeln und unser eigenes Volk wird sein Vertrauen in die Regierung wieder herstellen. Kurzum: keine Folgen.

Es wurden weder Erinnerungen geweckt noch frühere Beurteilungen revidiert, wie sie etwa typisch waren wie der folgende, zwölf Jahre alte Kommentar der „New York Times“ (vom 3. November 1963):

„... falls Südvietnam an die Kommunisten verlorengehe, könnte dies in der gesamten Welt Zweifel an dem Wert der Verpflichtungen Amerikas erregen, die Völker gegen die kommunistische Aggression zu verteidigen... Die Wirkung auf die revolutionären Bewegungen in der gesamten Welt würde unübersehbar sein. Die weitere Ausbreitung des Neutralismus im Ost-West-Konflikt wäre eine noch relativ erträgliche Folge. In weiten Teilen Asiens würde sich die Überzeugung verfestigen, daß die Kommunisten — unter der Führerschaft und ideologischen Leitung Pekings — die Zukunft repräsentieren.“

Und es gab auch keine Widerrufe von seiten Präsident Fords und Außenminister Kissinger in bezug auf ihre damaligen Erklärungen, in denen sie die unvermeidlichen und unausweichlichen Reaktionen der Verbündeten, der Gegner sowie des eigenen Volkes beschrieben. So sagte beispielsweise Kissinger, seinerzeit Präsidentenberater, in einem kurzen Pressegespräch in San Clemente am 26. Juni 1970: „... wir müssen in jedem Fall davon ausgehen, daß die Russen uns generell nach den Zielsetzungen unserer Politik beurteilen.“ In einer Pressekonferenz erklärte Außenminister Kissinger am 26. März 1975: „Wir müssen

begreifen, daß der Frieden unteilbar ist. Die Vereinigten Staaten können nicht eine Politabgestufter Zuverlässigkeit betreiben. Wir können nicht Freunde in einem Teil der Welt aufgeben, ohne die Sicherheit der anderen Verbündeten zu beeinträchtigen... (Obwohl wir nicht meinen, daß jeder Teil der Welt in gleichem Maße von strategischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten ist wie andere Teile, so bedeutet doch das Problem, dem wir uns in Indochina gegenübersehen, eine grundsätzliche Frage danach, was für ein Volk wir sind... Es ist eine entscheidende Frage, wie wir von den anderen Völkern beurteilt werden, die nichts mit der Frage zu tun hat, ob wir uns dort überhaupt hätten engagieren sollen... Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Ereignisse in Portugal, Griechenland, der Türkei und in Indochina einen Einfluß auf unsere Verhandlungen im Nahen Osten gehabt haben. Bei unseren Freunden dort führten sie zu der Frage, ob unsere eingegangenen Verpflichtungen auch dauerhaft seien...“ Und Präsident Ford äußerte auf einer Pressekonferenz in San Diego am 3. April 1975: „Ich bin der Auffassung, daß überall dort, wo die Vereinigten Staaten ihre moralischen oder vertraglichen Verpflichtungen nicht einhalten, dies einen sehr negativen Einfluß auch auf alle übrigen Verbündeten der USA haben wird.“

Wer sagt nun, daß die Logik dieser damaligen Erklärungen falsch war? Vielleicht waren nur die daraus gezogenen Schlußfolgerungen unhaltbar: daß die Position der USA in Indochina, die als wesentlich für den globalen Einfluß und die Führungsrolle der Vereinigten Staaten aufgefaßt wurde, gesichert sei, oder daß diese Position jene Güter wert gewesen wäre, die geopfert werden mußten, um sie zu erhalten: Menschenleben, Material und Glaubwürdigkeit.

Es mag wahr sein, daß die ständigen Wiederholungen der „Domino-Theorie“ und die Hinweise auf die absehbaren Folgen einer Verletzung der Bündnisverpflichtungen Amerikas zu einer Art „self-fulfilling prophecy“ wurden — und damit schließlich das erreichten, was sie vermeiden wollten. Bei denjenigen Staaten, auf die wir keinen Einfluß haben, ist das wohl leider auch in dieser Weise geschehen. Es ist in diesem Zusammenhang bedauerlich, daß das entgegengesetzte Denkmodell unserer liberalen Kritiker und letzters auch der Pragmatiker in unserer Regierung — die Vorstellung, Vietnam habe überhaupt keine Konsequenzen — sich leider gar nicht in derart selbsttätiger Weise bewahrheitet. Im günstig-

sten Falle ist es eine Selbsttäuschung; in der Tat ist dieses Modell mehr für den innenpolitischen Gebrauch konstruiert, als Balsam für unseren verwundeten Stolz und als Dämpfer für mögliche Anklagen. Im ungünstigsten Falle könnte es sich jedoch als ein sehr schwerwiegendes Problem erweisen, und zwar sowohl für diejenigen unserer Verbündeten, die daran glauben und weiterhin von den amerikanischen Zusicherungen abhängig sind, wie auch möglicherweise für uns, wenn wir in der Zukunft aufgefordert werden, unsere jüngst bekräftigten Hilfeleistungsversprechen doch einzulösen.

Die hartnäckigen „Falken“ neuester Zeit (wie auch ihre spiegelbildlichen Widerparts: unsere jugendlichen Radikalen) sind immer etwas näher an der eigentlichen Wahrheit gewesen. Sie haben weiterhin ihrer ursprünglichen Analyse vertraut, die früher einmal auch von einer größeren Mehrheit der Amerikaner für

Bevor wir den möglichen Reaktionen unserer Verbündeten nachgehen sowie den noch zu ziehenden Lehren für die Vereinigten Staaten selbst, sollen noch einige Problembereiche erwähnt werden, für deren Lösung das spezifische Ende in Vietnam *nicht* entscheidend ist. Es sind dies Probleme, die mehr am Rande liegen, die jedoch bereits intensiv diskutiert worden sind — allerdings in einer Weise, die konsequent von den zugrunde liegenden Ursachen (und den daraus zu ziehenden Lehren) abzulenken suchte. Einer dieser Problembereiche — vielleicht der drängendste in dem zu Ende gehenden Krieg — war das Bemühen, unsere Ehrenschild gegenüber denjenigen Vietnamesen zu begleichen, die an unsere Sache geglaubt und uns unterstützt hatten. In der letzten Zeit hat sich diese Sorge auf den humanitären Aspekt verlagert, nämlich wie wir die vietnamesischen Flüchtlinge in unserem Lande eingliedern können. So drängend diese Sorge auch ist, so hat dieses Problem zu vielen nur dazu gedient, die Bedeutung unserer Niederlage in Vietnam für unsere strategische Position möglichst im dunkeln zu lassen.

Ein anderer derartiger Problembereich, der wieder häufiger diskutiert wird, ist die Frage, ob es richtig war — oder wir ein Recht hatten — in Vietnam zu intervenieren; ob unsere Intervention eine Verletzung internationalen

richtig gehalten worden war: daß nämlich Vietnam eine Rolle spielte, daß sowohl die politischen Zielsetzungen Amerikas in einem Teil der Welt wie auch umgekehrt die Unterlassungen oder die fehlgeschlagenen Bemühungen der Vereinigten Staaten ihre Wirkungen auf andere Teile der Welt und auf andere Beziehungen gehabt hätten. Sie haben einen Einfluß auf die Position der USA in der Welt und dementsprechend auf das internationale System überhaupt. Die Frage war daher immer, ob wir diese Konsequenzen anerkennen oder ob wir uns mit dem Verlust arrangieren — mit all den Folgen. In jedem Fall scheint die liberale und ‚gemäßigte‘ Prognose über die voraussichtlichen Folgen des Endes in Vietnam genauso vordergründig zu sein wie ihre Diagnose über die Bedeutung von Vietnam. Das von ihnen konstruierte „damage-limiting-scenario“ ist zu schön, um wahr zu sein.

III.

Rechts war oder eine mit guten Absichten vorgenommene nationale Handlungsweise; ob — unabhängig von den Wirkungen und dem Ergebnis — unsere Motive einwandfrei waren. Dieser Problembereich kann auf sehr verschiedene Weise behandelt werden, ohne einen entscheidenden Effekt auf die tatsächlichen Konsequenzen von Vietnam zu haben.

Eine weitere, vom Zentrum des Themas wegführende Frage ist die nach den Verantwortlichen für die Niederlage in Vietnam. Viele meinen, daß dies die wesentlichste Frage sei, die entweder gelöst oder verdrängt werden müsse, wenn wir ähnlich anhaltende Beschuldigungen vermeiden wollen, wie sie damals nach der „Niederlage“ in China 1949 erhoben wurden. Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Beantwortung dieser Frage, aber keiner von ihnen ist schlüssig oder umfassend genug. So geht einer dahin, daß die Niederlage das Ergebnis von Thieus militärischer Inkompetenz war — einigen Berichten zufolge sogar nur das Resultat eines einzigen Fehlers eines einzelnen Kommandeurs, der durch seinen „ungeordneten Rückzug“ das gesamte militärische Verteidigungssystem Saigons zunichte gemacht habe. Andere Interpretationen bemühen sich darum, das gesamte Spektrum von Möglichkeiten auszufüllen: so etwa die allgemeine Unfähigkeit der südvietnamesischen Armee; ihre fortwährende Abhängigkeit von

amerikanischer Unterstützung im Kampf und in der Logistik; der geringe Kampfgeist der Südvietnamesen bzw. das Fehlen entsprechender Motivationen. Schließlich im eigenen Lande: die Weigerung des Kongresses, weitere Unterstützungen zu gewähren, sowie die hinderlichen Wirkungen des Waffenstillstands.

Ein weiteres Diskussionsthema ist, ob Thieus Regime überhaupt unsere Unterstützung „verdient“ habe, ob wir nicht unsere Macht dazu hätten benutzen können, sein Einverständnis mit dem Pariser Übereinkommen zu erzwingen und ob ein solches Vorgehen Thieus Regime verlängert oder, im Gegenteil, zu seinem Sturz geführt hätte. Eine solche Argumentation würde beinhalten — allerdings wohl nicht immer bewußt —, daß wir kurz vor seiner Niederlage noch etwas hätten retten können und daß wir in zukünftigen Fällen mehr Gebrauch von der Macht Amerikas machen sollten.

Ein weiteres derartiges Thema ist, daß wir eigentlich genug für Südvietnam, für die Saigoner Regierung bzw. für Thieu getan haben. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß dieses „genug“ vielleicht ein Kriterium für *unsere* Maßstäbe ist, diese aber nicht unbedingt zugleich auch den objektiven Gegebenheiten der Situation angemessen sind. Diese These beinhaltet, daß wir uns nicht ausreichend um die *Ergebnisse* gekümmert haben, um mit den sparsamsten Unterstützungsmaßnahmen das zu erhalten, was wir bereits dort investiert hatten.

Das gewichtigste dieser Diskussionsthemen ist die Frage, ob Vietnam überhaupt jemals von wirklichem Interesse für die Vereinigten Staaten gewesen sei. Die Behauptung, daß Vietnam es nicht war, ist eine der zentralen Thesen derjenigen, die den Schaden möglichst gering halten wollen. Wenn Vietnam niemals von wirklichem Interesse für uns gewesen sei, dann brauchen wir nur noch unseren Fehler einzugestehen; die zukünftige Entwicklung wird dann unproblematisch für uns sein, ja, sie wird sogar aufgrund der revidierten Politik uns bessere Möglichkeiten bieten. Doch dies alles könnte uns lediglich eine Art

Absolution einbringen, nicht jedoch ein Schutz gegenüber den Nachwirkungen des Zusammenbruchs in Südvietnam. Ein oft erwähneter Gesichtspunkt dieser These, daß Vietnam von eigentlich nur geringem Interesse für die USA gewesen sei, ist der, daß unsere Intervention auf der falschen Einschätzung beruhte, der Kommunismus sei ein monolithischer Block. Was hier allerdings übersehen wird, ist die Tatsache, daß Herausforderung an eine Großmacht niemals einzeln und alle kommen — oder es handelt sich nicht um wirkliche Herausforderungen. So kann man bezweifeln — wie ich es tue —, ob die Integrität der Vereinigten Staaten durch ein nichtbekämpften nationalen vietnamesischen Kommunismus wesentlich beeinträchtigt worden wäre. Aber diese Zweifel berühren nicht das eigentliche Problem, nämlich, was die Vereinigten Staaten nun tun können, um ihre verschiedenen Interessensbereiche — wie auch die ihrer Verbündeten — gegen die unterschiedlichsten Bedrohungen zu schützen.

Diese Überlegung erhält um so mehr Gewicht, als in der nahen Zukunft sich die Ursachen für politische Unruhen vervielfachen werden; sie müssen dabei nicht unbedingt von ideologischen Motiven oder von strategischen Erwägungen begleitet sein. Es wird Revolutionäre und eifrige Nationalisten geben — natürlich auch in den nicht-kommunistischen Staaten — sowie opportunistische Regierungen. Die Heterogenität des Kommunismus wird diese Situation für die USA noch erschweren, denn regionale kommunistische Gruppierungen werden von Moskau, das immerhin die Entspannung wünscht sowie ein gewisse Weltordnung, wahrscheinlich nicht unter Kontrolle gehalten werden können.

Was all diese zweitrangigen Diskussionsthemen letztlich beweisen, ist, daß man auf falsch gestellte Fragen zumeist die falschen Antworten erhält. Die Fragen sind deshalb falsch, weil sie keine handlungsorientierten Fragen sind und sich nicht mit den zukünftigen Problemen der USA befassen, wie sie auch nicht auf die Reaktionen anderer Staaten eingehen, die, insgesamt gesehen, die Umrisse eines internationalen politischen Systems ausmachen.

Es gibt zwei wichtige Gesichtspunkte über die Nachwirkungen des Endes in Vietnam, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll. Sie führen zu der Schlußfolgerung, daß diese Wirkungen nicht durch unser Wollen oder Wünschen beeinflussbar, sondern objektiv bedingt sind 1. durch unser eigenes politisches System und 2. durch das internationale System.

Der erste Aspekt ist, daß das amerikanische Engagement in Vietnam verdeutlicht hat, wie unser Staat, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft als politisches Entscheidungssystem arbeiten — illustriert beispielsweise an den Beschränkungen, die der Kongreß und die öffentliche Meinung dem Regierungshandeln auferlegt hatten. Wir sollten deshalb die Frage stellen, welcherart unsere Verhaltensweisen in zukünftigen Situationen sein werden, die nicht unbedingt dem Vietnam-Problem ähnlich sein müssen. Schließlich sind es oft die unvorhergesehenen Reaktionen einer Nation, die ihre „Politik“ bestimmen. So ist es beispielsweise ein interner politischer Prozeß, der gegenwärtig den Umfang der amerikanischen Zusicherungen und Verpflichtungen bestimmt — etwa die jüngsten Zusicherungen unserer politischen Führung anlässlich des Rückzuges aus Vietnam. In dieser Hinsicht besteht die Problematik des neuen Mythos von der Möglichkeit der größtmöglichen Schadensbegrenzung vor allem darin, daß er den prozessualen Charakter politischer Entscheidungen außer acht läßt. Es wird hier nicht ausreichend berücksichtigt, daß Politik ein Produkt von Systemen ist und nicht von einzelnen Willensäußerungen; daß diese Systeme komplexer Natur sind mit zahlreichen einschränkenden, aber auch mit motivierenden Elementen. Die besten Absichten, die unerschütterliche Glaubwürdigkeit und Ehre sowie die größte Humanität einzelner Politiker sind verletzlich und vermögen oft nichts gegen die Zwänge des gesamten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems auszurichten.

Nur diejenigen, die keinen Einblick in die Komplexität des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der Vereinigten Staaten haben, können sich durch die Versprechungen unserer politischen Führung beruhigt fühlen. Um was es hier geht, ist nicht der gute Wille oder die besten Absichten des Präsidenten oder seiner Berater. Was die Politik Ameri-

kas in Südostasien so beeinträchtigt hat, war nicht das Widerstreben der Exekutive, den Bündnispflichten nachzukommen. Es war mehr als nur eine Willensfrage. Was die amerikanischen Bemühungen im eigenen Lande so erschwerte, das waren die möglichen Widerstände des Kongresses, und hinter dem Kongreß die der Öffentlichkeit, gegenüber den lang anhaltenden Opfern an Menschen und Material für Zwecke, die nicht unmittelbar einsichtig oder zwingend erschienen. Es ist aber nicht die Erfahrung von Vietnam allein, die in Zukunft die politischen Reaktionen Amerikas behindern wird. Ausschlaggebend ist vielmehr die *strukturelle* Ähnlichkeit zukünftiger Herausforderungen — wie sie von der amerikanischen Bevölkerung und ihren Repräsentanten empfunden wird —, die die gleichen Reaktionen bzw. Behinderungen zur Folge haben werden und damit dieselben wirksamen Einschränkungen der Macht Amerikas. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß — nach Vietnam — diese Faktoren irrelevant geworden seien. Die Zuverlässigkeit der Reaktionen Amerikas war das eigentlich erste Opfer von Vietnam, mehr aber noch in der Endphase während des Rückzugs.

Der zweite Aspekt ist, daß die Wirkungsweise des amerikanischen Systems in Vietnam einen spürbaren und nachhaltigen Effekt auf die Politik anderer Länder — seien es Verbündete oder Gegner — haben und damit die Struktur des internationalen politischen Systems verändert wird. Die anderen Nationen können nicht einfach über die zukünftigen Verhaltensweisen der USA nur Spekulationen anstellen; sie müssen darauf einzuwirken versuchen. Diejenigen Nationen, die zu uns enge Beziehungen haben, werden versuchen, sich gegen unsere Versäumnisse abzusichern; diejenigen Nationen, die bisher unsere Reaktionen eher gefürchtet haben, werden nun versuchen, unsere Reaktionsweisen auf die Probe zu stellen. Jede Nation wird hier unterschiedlich vorgehen — jeweils entsprechend der eigenen strategischen Situation. Hier wird auch deutlich, warum die „Domino-Theorie“ weder als eine Analogie perfekt war, noch als ein Tatbestand Plausibilität besaß. Dennoch wird ebenso sichtbar, warum sie nichtsdestoweniger eine gewisse Realität enthält.

Die allgemeinste und unverbindlichste Behauptung auf dem Gebiet der Außenpolitik ist, daß nicht nur die Integrität von Bündnis-

sen sondern das gesamte internationale politische System eine Funktion ist der Erwartungen der einzelnen Länder gegenüber den Verhaltensweisen der Großmächte. Denn dieses internationale System besteht im Grunde aus zwei Elementen: 1. was die einzelnen Staaten sich einander zufügen können und 2. was sie gegeneinander *beabsichtigen*. Und diese beiden Elemente werden unausweichlich beeinflusst durch die Funktionsweise des innenpolitischen Systems der USA. Wir können diese Wirkungsstruktur nicht auflösen, da sie nicht von uns allein abhängig ist.

Die Führungsrolle der USA in der Welt — während der langen Zeit des bipolaren Systems und jetzt dem des globalen Gleichgewichts — war gegründet auf unsere Fähigkeit wie auf unseren Entschluß, unseren Freunden oder Verbündeten zu helfen, wenn sie oder ihr Wertesystem bedroht wären. (Unter dem Aspekt der Gleichgewichtspolitik trifft diese Hilfe sogar für eigentliche Gegner zu, um das System des Gleichgewichts zu stabilisieren). Es gibt jedoch keinen Grund, anzunehmen, daß unsere Gegner uns helfen würden, indem sie ihre Aktivitäten auf einen weniger gefährlichen Wettbewerb verlagern würden. Die Erfahrung von Vietnam hat die Vereinigten Staaten eines Besseren belehrt — und das wohl zu Recht —, was die Wirksamkeit von Macht betrifft; aber Form und Wesen des internationalen Systems beruhen immer noch auf der Fähigkeit und der Neigung, Macht zu nutzen oder mit ihr zu drohen, um im Ernstfall die Verbündeten, strategische Positionen oder politische Werte zu verteidigen.

Sowohl das bipolare System wie auch die derzeitige Politik des Gleichgewichts sind charakterisiert gewesen durch die hohe Wahrscheinlichkeit der Intervention von seiten einer der Supermächte, in diesem Fall der Vereinigten Staaten. Im bipolaren System wurde eine derartige Intervention dazu benutzt, um Verbündete gegen die Bedrohung durch eine Großmacht zu schützen; im Rahmen der Gleichgewichtspolitik hingegen ist das wichtigste Ziel, die Stabilität des Systems zu bewahren, die wiederum Voraussetzung ist für die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten. Der Zusammenbruch in Vietnam hat jedoch nicht nur die Prämissen der Nixon-Doktrin in Frage gestellt, sondern auch der Instabilität des Gleichgewichtssystems den Weg bereitet: Die Ausdehnung der amerikanischen Garantien macht es sowohl notwendig wie auch möglich für die Verbündeten, im Eventualfall die Protektion des bisherigen Gegners zu su-

chen, bzw. diesen zu beschwichtigen, ferne eine neutrale Position anzustreben, um die Distanz zwischen den Supermächten zu vergrößern, oder aber die eigene Sicherheit zu verstärken — bis hin zum Aufbau einer nationalen Atomstreitkraft. Die Gestalt des internationalen Systems, die sich aus diesen Bestrebungen herauskristallisieren wird, dürfte nicht jene übersichtliche Struktur eines leibbaren Pluralismus besitzen, wie sie noch vor fünf, sechs Jahren von Henry Kissinger und Richard Nixon vorausgesehen wurde. Sie wird vielmehr geprägt sein von einem extremen Pluralismus allgemeiner Bündnislosigkeit. Ausschlaggebend im Hinblick auf die amerikanische Politik beim Rückzug aus Vietnam ist also nicht, daß die USA einer Fortsetzung des Kampfes aus dem Wege gingen, sondern daß die Vereinigten Staaten in zukünftigen ähnlichen — oder auch unterschiedlichen — Situationen dem gleichen innenpolitischen Druck unterworfen sein würden. Es spielt dabei keine Rolle, daß die USA nach wie vor spezielle „Interessen“ in verschiedenen Teilen der Welt besitzen oder daß sie zweifellos die materielle Fähigkeit für einen wirksamen Gegenschlag behalten. Sicherlich wird es auch nicht von großer Bedeutung sein, wenn den Verbündeten von amerikanischen Politikern zahlreiche Zusicherungen gegeben werden. Denn jene würden unklug handeln, wenn sie sich in dem gleichen Umfange wie früher von den amerikanischen Garantien abhängig machten. Die Verbündeten können auch weniger als früher eigene strategische Positionen zugunsten zukünftiger amerikanischer Garantien eintauschen... kurz, sie müssen sich mehr denn je vor einem Versagen des amerikanischen Beistandes zu schützen suchen.

Die eigentliche Lehre von Vietnam — die man ignorieren, der man sich aber nicht entziehen kann — ist also, daß sowohl die Rolle Amerikas wie die Struktur des internationalen Systems — so, wie es in den vergangenen 25, 30 Jahren gewesen ist — sich unwiderrücklich verändert hat: durch das Ende in Vietnam wie vor allem auch durch die Art der amerikanischen Reaktionen in den letzten kritischen Wochen dieses Krieges. Für diese Beteiligung spielt es keine Rolle, daß wir nichts wirklich Effektives tun konnten oder daß unsere Unterstützung nichts Dauerhaftes geschaffen haben könnte — diese Faktoren verschärfen nur noch das negative Urteil. Die Schlußfolgerung lautet also, daß die Abhängigkeit unserer Verbündeten von unseren

Bündniszusagen und die Wirksamkeit dieser Bündnisverpflichtungen im Hinblick auf eine Stabilisierung des internationalen Systems das zweite Opfer des Endes in Vietnam bilden.

Wenn wir die Dinge in dieser Weise betrachten — unter dem Aspekt der Struktur und von Ursache und Wirkung —, so kann das Fazit sicherlich nicht „Isolationismus“ heißen. Dieser leichtgängige Begriff simplifiziert und entstellt die amerikanische Haltung, wie er auch die Diskussion auf eine falsche Ebene

In der Tat beginnen sich die Folgen des Zusammenbruchs von Vietnam und Kambodscha auszubreiten. Wir waren Zeugen des Wiederauflebens von Unruhen in Laos, die die Übereinkommen von 1973 zunichte machen. In Thailand sind die eifrigen Bemühungen zu beobachten, sich nicht nur mit China zu arrangieren — was schon seit der Nixon-Doktrin und Amerikas Annäherung an Peking bekannt ist — sondern neuerdings auch mit Hanoi. So hatte der thailändische Außenminister jüngst die Vereinigten Staaten als ein Land bezeichnet, das „keinerlei Grundsätze in dieser Beziehung hat“ — und höhnisch die Zusicherungen Verteidigungsministers Schlesinger zurückgewiesen. Der Premierminister Thailands hat die 27 000 Angehörigen der US-Luftwaffe aufgefordert, bis zum 17. März 1976 das Land zu verlassen und die fünf US-Luftbasen dann der thailändischen Kontrolle zu übergeben.

Auch die Regierung der Philippinen hegt eigene Absichten gegenüber den beiden größten US-Stützpunkten in diesem Land — Clark Air Base und die Marine-Einrichtungen in der Subic Bay, und Präsident Marcos hat den gegenseitigen Beistandspakt mit den Vereinigten Staaten in Frage gestellt. Dieser Wandel begann — ähnlich dem Thailands — zur Zeit der Pariser Verhandlungen.

Der Präsident von Singapur, Lee Kuan Yew, hat kürzlich vor der Presse erklärt: „... das, was jetzt geschieht (in Südvietnam und Kambodscha), wird einen nachhaltigen Eindruck auf die politischen Vorstellungen in den übrigen Staaten Südostasiens hinterlassen, vor allem bei den unmittelbaren Nachbarn Kambodschas, den Thais.“ Lee hält die USA „nicht länger mehr für fähig, in Südostasien zu inter-

verlagert. Denn wir haben es hier nicht mit einem unbestimmten, undifferenzierten Phänomen oder einem Gegenstand der politischen Philosophie über eine ideale internationale Ordnung zu tun. Der Sachverhalt ist sehr viel konkreter: er ist begründet in den spezifischen Bedingungen des amerikanischen politischen Entscheidungssystems, d. h. auch, in dessen restriktiven Elementen. Aber auch die Verhaltensweisen der Verbündeten ebenso wie die voraussichtlichen Strategien der Gegner spielen eine gewichtige Rolle hierbei.

V.

venieren“ und sieht dort einen regionalen Konflikt voraus „vor allem zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion“⁶⁾. Taiwan gibt noch vor, der Sicherheitsgarantie Amerikas weiter zu vertrauen — vielleicht, weil Taiwan die Amerikaner kaum für eine Verteidigung benötigen wird. Dennoch ist die Regierung gespannt darauf, welche der Interessen Taiwans Präsident Ford bei seiner noch in diesem Jahr stattfindenden Reise nach Peking opfern wird — zumal es völlig klar ist, daß die Vereinigten Staaten niemals etwas von Peking ohne Gegengabe bekommen könnten.

Südkorea ist besorgt über den nordkoreanischen Vorstoß von Anfang dieses Jahres hinsichtlich einer gewaltsamen Wiedervereinigung der Halbinsel und wiederholt daher seine Wünsche nach einer nationalen Verfügungsmacht über Atomwaffen. Der ausgedehnte Besuch des nordkoreanischen Premierministers Kim Il Sung in Peking (18. bis 26. April) mag im Hinblick auf die spezifischen Verhandlungsthemen nicht eindeutig erklärbar sein, dennoch war er keineswegs ein Zufall. Zumindest, was aus der chinesischen Presse über diesen Besuch zu entnehmen ist, scheint Peking gegenüber den USA einen härteren Ton anschlagen zu wollen und die Ergebnisse in Südostasien in einer Weise zu interpretieren, die kaum ein amerikanischer Beobachter akzeptieren würde: daß beispielsweise Südkorea ein „Domino“ sei — wenn auch vielleicht noch nicht der nächste, und daß wir wohl Chinas „Bedürfnis“ nach einer stillschweigenden Zusammenarbeit mit Amerika im Hinblick auf eine stabile Gleich-

⁶⁾ Address to the New Zealand National Press Club vom 7. April 1975; The Washington Post, 13. April 1975.

gewichtspolitik in Nordostasien überschätzt hätten. Japan, das allgemein nervös reagiert, sandte uns seinen Außenminister nach Washington Mitte April 1975, um einen öffentlichen Vertrauensbeweis für den Sicherheitspakt zu erbitten.

In einer anderen Region — im Nahen Osten — dürfte es wohl noch so sein, daß die Scheichtümer am Golf weiterhin Amerikas Macht respektieren. Doch der entscheidende Konfliktfall wird hier jene Nation sein, die sich jetzt diesem Handel von territorialen und strategischen Positionen gegen amerikanische Garantien gegenüberstellt. Dieser exemplarische Fall ist natürlich Israel. Man kann darüber streiten, ob der Zusammenbruch in Vietnam und Kambodscha im März dieses Jahres einen Einfluß hatte auf die gleichzeitig stattgefundene Entscheidung des israelischen Kabinetts, Kissingers Verhandlungsgrundlagen und Versicherungen abzulehnen — sicherlich aber besteht hier ein Zusammenhang.

Es sei nochmals wiederholt, daß es nicht das Verlassen amerikanischer Positionen in Südostasien ist, was die Dispositionen und Entscheidungen zahlreicher Nationen nahezu rund um den Globus direkt tangiert, sondern daß ausschlaggebend ist die spezifische Verhaltensweise Amerikas sowie die Demonstration der Funktionsweise des politischen Entscheidungsprozesses der Vereinigten Staaten. Worum es letztlich also geht, sind nicht die guten Absichten der Exekutive, ihre Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten einzuhalten, geschweige denn die glühenden Versprechungen eines einzelnen Mannes. Es geht vielmehr um die objektiv einschätzbare Fähigkeit der Exekutive, die von ihren politischen Führern abgegebenen Versprechungen auch abzusichern — entweder, indem die amerikanische Öffentliche Meinung mobilisiert oder aber sie umgangen wird durch Täuschungsmanöver bzw. durch das Schaffen vollendeter Tatsachen.

Selbst in Europa hat der amerikanische Rückzug aus Vietnam indirekt Spuren hinterlassen. Zweifellos aber ziehen es die europä-

ischen Politiker vor, die Ereignisse in Vietnam nicht mit den Verhältnissen in Europa zu vergleichen. Sie halten auch nicht viel von einer übereilten und drastischen Neueinschätzung ihrer Beziehungen zu Amerika — so mühsam und anfällig sie im einzelnen auch sein mögen —, da jede andere Alternative noch problematischer sein würde. Es ist von den europäischen Politikern auch nicht anzunehmen, daß sie ihre möglichen Zweifel so hörbar artikulieren, wie auch umgekehrt amerikanische Politiker sich gegenüber ihren europäischen Kollegen höchst zuversichtlich zeigen, was die Bündnistreue betrifft. So sind beispielsweise die Vereinigten Staaten gegenwärtig dabei, der NATO drei zusätzliche Divisionen zur Verfügung zu stellen, wie sie auch derzeit die Schnelligkeit von Truppentransporten nach Europa verbessern. Und mehr noch: Senator Mansfield zeigt sich zum ersten Mal seit acht Jahren sehr zurückhaltend gegenüber zu raschen Truppenreduzierungen in der derzeitigen Situation; er verzichtete auch auf seinen sonst alljährlich eingebrachten Zusatzantrag bzw. Resolution bezüglich der Truppenverminderungen in Europa. Aber selbst Senator Mansfields gegenwärtige Passivität dürfte nicht für eine längere Zeit die wachsende Zahl derjenigen Amerikaner aufhalten, die aufgrund der Erfahrungen in Vietnam Truppenverminderungen in großem Umfang für Europa fordern — ohne Rücksicht auf die strategischen Konsequenzen. Diese mögliche Verringerung konventioneller amerikanischer Streitkräfte in Europa hat zur Folge, daß nun verschiedene Vorschläge und Pläne diskutiert werden, die einen nuklearen Ersatz vorsehen (z. B. die Inanspruchnahme des amerikanischen Nuklear-Arsenals in bestimmten Fällen oder die Entwicklung einer neuen atomaren Strategie mit den entsprechenden Waffen). — All dies wird neuen Befürchtungen Raum geben, daß Amerika sich doch einmal vom Schicksal Europas lossagen könnte. Es nimmt daher nicht wunder, daß das Interesse an einer europäischen Atommacht als strategischer Alternative wieder wach geworden ist.

VI.

Es gibt noch eine weitere Lektion, die unsere Verbündeten aus den Ereignissen in Vietnam — insbesondere aus unserem Rückzug dort — lernen werden: daß nämlich die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten nicht unbedingt so

verteidigen, wie diese es gern möchten. Es ist immer noch durchaus möglich, daß wir in einem Konflikt intervenieren — besonders dort, wo wir annehmen, daß die Sowjetunion der eigentliche Kontrahent ist oder auch der mög-

liche Nutznießer der Situation. Aber die Vereinigten Staaten werden den Kampf dann auf ihre Weise führen.

Es gibt so etwas wie den „american way of war“: er resultiert aus den Bedingungen unserer Gesellschaft wie auch unserer Wirtschaft; er ist ‚kapitalintensiv‘, indem er dem Einsatz von amerikanischen Dollars gegen amerikanische Menschenleben einen hohen Wert zumißt; er verwendet nicht immer jenes Zerstörungspotential, das man vielleicht von ihm erwartet, wirkt aber dort in vernichtender Weise, wo er es für angebracht hält. Eine Schlußfolgerung daraus ist, daß es unseren Fähigkeiten und unserem System nicht entspricht bzw. dieses ‚unterfordert‘, einen so ‚un-amerikanischen‘ Krieg zu führen wie in Vietnam. Wir und andere sollten uns dessen bewußt sein, daß unser System die Wiederholung einer solchen Kriegsführung nicht erlaubt, es sei denn zu Kosten, die kaum zu tragen wären.

Dieser Sachverhalt hat eine weitere Konsequenz. Die gesamten amerikanischen Verteidigungsbemühungen sind *nicht* Ausdruck einer weltweit engagierten imperialen Macht, die jederzeit und in allen Teilen der Welt ihr Kampfpotential demonstriert. Sowohl die geographischen Verhältnisse wie die Geschichte unserer Staatsgründung und Nationwerdung haben uns — zu Gutem oder Schlechtem — eine „Festungs“-Mentalität hinterlassen. Wir kämpfen, wenn es not tut und wenn wir provoziert werden. Wir nehmen zumeist unseren Einfluß wahr, um bei unseren Verbündeten gewisse Reformen anzuregen, damit das Bündnis unseren Vorstellungen besser entspricht. Wir führen den Kampf bis zu einem bedingungslosen — oft unnötigen — Ende; oder aber wir verlassen dann das Kampffeld, wenn es unseren Zwecken am besten nützt — wenn wir beispielsweise glauben, nun ‚genug‘ getan zu haben. (Präsident Thieu's Klagen waren — obwohl mürrisch und undankbar — in diesem Sinne berechtigt: Schließlich gingen die Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen um die Freilassung ihrer Gefangenen eigene Wege; sie einigten sich mit dem Todfeind ihres Verbündeten, indem sie ohne ihn ein oberflächliches, unvollkommenes Abkommen aushandelten und dieses dem Verbündeten aufoktroierten). Fazit: unsere weltweiten Verteidigungsbemühungen haben wahrschein-

lich längst den Höhepunkt überschritten, sie sind eigennützig und dabei überwältigend und zerstörend — und vor allem: sie können ganz ausbleiben. Potentielle Verbündete sollten also mehr bedachtsam sein, die Vereinigten Staaten zu bitten, sich in ihren Konflikten zu engagieren.

Die Erfahrung des Krieges in Vietnam und insbesondere seines Endes hat die Wahlmöglichkeiten der USA im Hinblick auf den Modus der Kriegsführung weiter eingeschränkt. So war eines der Resultate des Vietnamkrieges, die These von der leichten Durchführbarkeit eines begrenzten, konventionellen Krieges, in Frage zu stellen. Während der sechziger Jahre war die begrenzte Kriegsführung als beste Alternative zu einem Weltkrieg und damit -untergang angesehen worden. Folgerichtig sollte ein begrenzter Krieg eigentlich noch passender sein für das Zeitalter eines weltweiten Gleichgewichtssystems. Aber diese Schlußfolgerung ist durch die Erfahrung von Vietnam beeinträchtigt worden.

Was immer auch die speziellen oder generalen Gründe gewesen sein mögen — gegen Ende der ersten Präsidentschaftszeit Nixons war die amerikanische Regierung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Intervention, wenn sie unternommen wird, entschlossen fortgeführt werden muß und daß eine Eskalation zielbewußt zu sein habe. In der Tat: wenn die große nordvietnamesische Offensive im Frühjahr 1975 auf unbestimmte Zeit verschoben worden wäre und wenn wir damit unsere Erfahrungen auf eine frühere Phase des Vietnamkrieges stützen könnten — beispielsweise diejenige, die die Abwehr der kommunistischen Frühjahrsoffensive 1972, die Verminung des Hafens von Haiphong, die Bombardements von Hanoi und die Pariser Vereinbarungen vom Januar 1973 umfaßt —, dann wären wir wohl zu dem Schluß gekommen, daß die entschiedene Anwendung von Gewalt und die weitere Drohung mit Vergeltung und Eskalation die erfolgreichen Lehren von Vietnam gewesen wären. Jetzt aber können wir nur noch die Lehre ziehen, daß die Wahl für die Vereinigten Staaten lediglich heißen kann: Entschlossenheit oder Unentschiedenheit. Aber keine dieser Reaktionsweisen ist abgestimmt auf die Verteidigungskonzeptionen unserer Verbündeten.

VII.

Je ernsthafter wie die Lehren aus dem Ende in Vietnam aufzeigen, desto mehr müssen wir den Politikern aus der Zeit Anfang und Mitte der sechziger Jahre recht geben, die die Herausforderung in Vietnam annahmen, wie auch der Regierung Nixon/Kissinger, die versuchte, die offensichtliche Niederlage zu vermeiden. Diese Politiker waren der Auffassung, daß Vietnam eine Herausforderung bedeutete, die mehr war als ein nur lokaler oder regionaler Konflikt — eine Herausforderung, die aus mehr als nur innenpolitischen Gründen nicht umgangen werden konnte — Gründe, die in der Struktur des internationalen politischen Systems ebenso zu suchen sind wie in der Aufrechterhaltung des amerikanischen Einflusses. Heute zu unterstellen, daß diese Politiker die Herausforderung vielleicht unterschiedlich eingeschätzt haben, daß sie beispielsweise die Risiken eines Nicht-Engagements hätten auf sich nehmen können, ist zum mindesten anachronistisch. Wie auch immer die Ergebnisse dieser schicksalsschweren Entscheidungen waren, so können diese jedoch nicht als zynisch bezeichnet werden, auch nicht als ein psychologischer Irrtum oder Ausdruck eines bürokratischen Automatismus. Die nachhaltigen Beteuerungen und Versicherungen unserer uneingeschränkten Beistandsverpflichtungen, wie sie jetzt von denjenigen Mitgliedern des Kongresses und anderen Personen abgegeben werden, die vorher den Vietnamkrieg scharf kritisiert und verurteilt hatten, sind ein zwiespältiger Beitrag für die Ernsthaftigkeit jener Umstände, die damals unsere Politiker zur Intervention veranlaßt hatten.

Falls nun unsere Position in der internationalen Politik prekär werden sollte und der Zusammenbruch in Vietnam die Entwicklung eines internationalen Systems außerhalb unserer Kontrollmöglichkeiten zur Folge hätte, — dann würden ironischerweise die Entscheidungsgremien der Regierungen Kennedy und Johnson sowie Nixon/Kissinger — sozusagen entgegen ihren eigenen ursprünglichen Absichten — im nachhinein gerechtfertigt sein. Man muß nicht unbedingt die Klugheit der Entscheidungen über die Intervention und Eskalation in Vietnam akzeptieren. Wenn man aber so weit geht und die damaligen Entscheidungen für falsch hält (wie ich es tue), dann muß man auch bereit sein, sämtliche sich aus dem Nicht-Engagement ergebenden Konsequenzen zu akzeptieren.

Aus den außen- und militärpolitischen Erfahrungen der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren können zwei unterschiedliche, ja entgegengesetzte Verhaltensmuster für die Zukunft entnommen werden. Das eine würde zum Inhalt haben: aktive Unterstützung der amerikanischen Positionen in der Welt; Neutralisierung und Abwehr gegenläufiger Tendenzen einschließlich der Möglichkeit einer demonstrativen Konfrontation; Wiederaufbau des amerikanischen Bündnissystems; Wiederherstellung unserer Glaubwürdigkeit; die Bereitschaft, unsere Entschlossenheit nach außen hin stärker zu akzentuieren. Dieses Verhaltensmuster würde ferner implizieren einen deutlich höheren Verteidigungsetat; des weiteren müßte die von Kissinger begonnene Gleichgewichtspolitik aufgegeben und das internationale System wieder zu einem bipolaren System zurückgeführt werden.

Das hierzu gegensätzliche Verhaltensmuster würde eine Art „Heulen mit den Wölfen“ bedeuten: sich einer zunehmenden Konfusion der Verhältnisse anpassen; anerkennen, daß der eingetretene Schaden nicht auf Saigon oder Phnom Penh einzugrenzen ist, daß wir nicht länger mehr die Ereignisse beeinflussen oder die Reaktionen unserer Verbündeten kontrollieren können, so, wie es vor dem Zusammenbruch in Südvietnam der Fall war. Auch dürften wir unser eigenes politisches System nicht mehr völlig beherrschen bzw. nicht mehr in der Lage sein, hier einen ausreichenden Konsensus insoweit herzustellen, daß wir relativ kleinen Herausforderungen — die in ihrer Art derjenigen in Vietnam ähneln — begegnen könnten. Dieses Verhaltensmuster würde also „disengagement“ bedeuten und soweit verfolgt werden, bis wir eine neue, offensichtlich zu verteidigende Abgrenzung gefunden haben. Wir müßten uns ferner abfinden mit einer geringeren Position im Rahmen des internationalen Systems und mit einer selbständigeren Politik unserer Verbündeten bis hin zu eigenen Schutzmaßnahmen gegen deren politische Mängel. Kurz: wir vermöchten mit diesem Verhaltensmuster auch unseren Gegnern einmal Gelegenheit zu geben, eine Zeitlang sich mit den Betrübissen der Welt auseinanderzusetzen.

Ich gebe diesem zweiten Verhaltensmuster den Vorzug — einem substantiellen politisch-militärischen „disengagement“. In der Tat ist es aber wohl nicht so sehr ein Vorzug denn

eine Vermutung, daß die Vereinigten Staaten — obgleich sie natürlich Widerstand leisten könnten — vielleicht zu einer solchen Politik gezwungen sein werden. Denn eine derartige Politik könnte auf das nach dem Ende in Vietnam neu sich herausbildende internationale System adäquater reagieren: auf die neuen Machtverschiebungen bis hin zu dem Punkt, wo die Macht unregierbar wird und andererseits Macht das Verhalten der Staaten nicht mehr beeinflussen kann. Solch eine Politik könnte auch besser eine innenpolitische Situation berücksichtigen, in der eine amerikanische Regierung kaum die Legitimität besitzen würde, von ihren Wählern die Unterstützung von Maßnahmen zu verlangen, die nicht ihrem augenblicklichen Interesse sondern der Erhaltung einer abstrakten, internationalen Ordnung dienen.

Dieses letztgenannte Verhaltensmuster bedeutet nicht, die Vereinigten Staaten schutzlos zu lassen. Es bedeutet lediglich die Erkenntnis, daß, wenn man den sogenannten „Domino-Effekt“ vermeiden will, man vor allem eine ausreichende Distanz zwischen den einzelnen „Dominos“ schaffen muß; dann nämlich werden die ersten auf eigenen Füßen stehen müssen und der letzte „Domino“ — wir selbst — wird gefeit sein gegenüber Erpressungsversuchen und dementsprechend auch der Versuchung zu neuer Intervention widerstehen können.

Es gibt sicherlich noch ein drittes Verhaltensmuster, einen „dritten Weg“, der von vielen vorgeschlagen wird und der eine Art Kompromiß ist. Er würde für die Vereinigten Staaten die Aufrechterhaltung von Engagements bedeuten, jedoch mehr „ausgewählter“ Art; er würde die Fortführung einer aktiven Außenpolitik der USA beinhalten, jedoch mit weniger Risiken und niedrigeren Kosten; er würde die Bündnisverpflichtungen gegenüber zuverlässigen Partnern bestärken, aber die daraus möglichen kostspieligen Folgen möglichst gering zu halten suchen. Die Befürworter einer derartigen politischen Orientierung — zumeist „liberale Realisten“ — kritisieren das Engagement in Vietnam vornehmlich unter dem Gesichtspunkt seiner Disproportionalität im Hinblick auf die allenfalls marginalen Interessen der USA in dieser Region. Ihre Diagnose des Fehlschlags in Vietnam beruht auf der Annahme, daß es sich hier um einen Einzelfall handelte, begleitet von besonders schwierigen Umständen.

Dieses Verhaltensmuster scheint jedoch weniger eine politische Konzeption sondern mehr Ausdruck einer Hoffnung zu sein, daß nichts geschehen werde, die gegenwärtige Gelassenheit und den sich anscheinend neu herausbildenden Konsensus zu stören. Das Problem dabei ist nur, daß es nicht allein bei den Vereinigten Staaten liegt, über die nächste Herausforderung oder Bedrohung zu entscheiden. Auch dürften die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein, ihre Verpflichtungen so kunstvoll zu beschneiden und zurechtzustutzen, daß sie — so Walter Lippmanns klassische Mahnung — endlich auch den tatsächlichen Fähigkeiten der USA angepaßt sind. Unsere Gegner werden kaum auf diese Auswahlprinzipien Rücksicht nehmen und unsere Verbündeten dürften wohl sehr zurückhaltend sein, derart eingeschränkte Garantieverprechen von einer Nation entgegenzunehmen, die weder den grundsätzlichen Willen noch im Einzelfall die Absicht hat, diese Garantien zu erweitern.

Wenn die Vertreter dieses „dritten Weges“ diejenigen tadeln, daß sie unbeirrt zu unserem Engagement in Vietnam standen, so lassen sie dabei außer acht, daß man im allgemeinen die Kriege so nehmen muß wie sie sich ereignen — mit ihren unlenkbaren Eigenheiten, ihren Unsicherheiten und manchmal auch mit ihren lange andauernden Ungewißheiten im Hinblick auf einen eindeutigen Sieg. Oder aber Kriege müssen grundsätzlich vermieden werden, lange bevor sie erste Gestalt annehmen, und zwar durch eine langfristig geplante Politik. Das bedeutet jedoch letztlich eine generelle Einschränkung unserer Verpflichtungen. Der Kompromißvorschlag, der auf eine Auswahl unserer Verpflichtungen hinzielt, scheint mir Teil eines größeren Syndroms von Mythen — vor allem bei den Liberalen und Pragmatikern — zu sein, eines Syndroms, das sowohl den Mythos beinhaltet, der Schaden von Vietnam sei einzugrenzen, wie auch den schon früher aufgetauchten Mythos, daß Vietnam ein „Fehler“ gewesen sei und damit im Grunde unwesentlich für uns.

Die Mythen einer Nation haben eine funktionale Bedeutung. Sie sind Halbwahrheiten wie Halblügen, die die Spaltungen in einer Nation zu überbrücken und eine Gesellschaft zusammenzukitteln vermögen. Man sollte sich daher sehr zurückhalten, sie in Frage zu stellen. Aber vielleicht sollten wir mit den „neuen“ Mythen über Vietnam nicht so sorgsam verfahren. Denn sie beabsichtigen vor allem, das

Debakel unserer politischen Ziele und Absichten in Vietnam loszulösen von unserer prinzipiellen Fähigkeit zu weiteren Interventionen. Es gibt sicherlich die Hoffnung, daß die mögliche neue, weltweite Führerschaft Amerikas eine Wohltat sein könnte — in humanitärer, wirtschaftlicher, diplomatischer Hinsicht —, aber nur ja kein militärisches Engagement. Diese Befürworter einer erneuten amerikanischen Weltmachtrolle, die die Erfahrungen von Vietnam möglichst rasch vergessen machen wollen, glauben in der Tat offenbar, daß der Kardinalfehler unserer vorherigen Politik ihre „Militarisierung“ gewesen sei.

Mit diesem Ruf nach einer erneuten Vormachtstellung der USA in der Welt geht, nicht von ungefähr, die Forderung nach einer Stärkung der Position des Präsidenten einher. Nach der rituellen Reinigungszeremonie in Form des Rücktritts von Richard Nixon sind bereits viele Bedenken laut geworden, daß das Pendel nun zu sehr zugunsten des Kongresses ausgeschlagen habe und daß wir parlamentarische Hemmnisse und Ungereimthei-

ten gewärtigen müßten, falls diese Entwicklung nicht aufgehalten werde.

Wir müssen wahrscheinlich gegenwärtig zwischen zwei Arten „tödlicher Gefahren“ wählen. Zum einen sind da die neuen Mythen über Vietnam, deren heilende Absichten es sind, Beschuldigungen und Spaltungen zu vermeiden, statt dessen die Nation zu einer neuen Einheit zu befähigen, damit alles wieder seinen Gang geht. — Dies ist die Gefahr des Vergessens. Die andere Gefahr besteht im Verdunkeln der Ursachen und der Konsequenzen des Konfliktes in Vietnam, ferner in dem Ausweichen vor hinlänglich differenzierteren Schlußfolgerungen sowie fundamentaler Veränderungen der außenpolitischen Zielsetzungen. Dadurch aber besteht die Gefahr, daß dieses Land die tödlichen Konsequenzen eines neuen Konfliktes erleiden muß, eines Konfliktes, der durchaus anders sein kann — in einer anderen Region und unter anderen Umständen als der vergangene. Kurz, wir haben wohl zu wählen zwischen der Klärung von Streitpunkten und dem Risiko eines „neuen Vietnam“.

Eugeniusz Guz: Einige Bemerkungen aus polnischer Sicht zum Thema „Informations-, Meinungs- und kultureller Austausch“

Gerhard Wettig: Praktische Probleme bei der Begegnung, beim Dialog und beim Informationsaustausch zwischen Ost und West

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/75, S. 3—41

E. Guz geht in seiner Stellungnahme zu dem von G. Wettig in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beitrag („Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West. Zur Problematik einer umfassenden Koexistenz in Europa“, B 11/75) von der These aus, daß der Austausch von Informationen und Meinungen sowie die kulturellen Kontakte zwischen Ost und West bereits einen beachtlichen Umfang erreicht hätten und daher die Forderungen mancher westlicher Länder an den Osten nach verstärkten Austauschbeziehungen — also nach einer stärkeren Auffüllung des „Dritten Korbes“ der KSZE — nicht so recht verständlich seien. Dies um so mehr, da auf einigen Gebieten noch ein erhebliches Defizit des Westens in der kulturellen Austauschbilanz bestünde, wie der Autor mit Zahlenbeispielen verdeutlicht. Mißverständnisse und Konflikte in den Austauschbeziehungen würden zumeist in den jeweils anderen Organisationsformen dieser Kontakte in Ost und West begründet sein. Aber auch die unterschiedlichen Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Leitbilder spielten bei den Konflikten eine Rolle, z. B. bei der Publizistik, deren Kommerzialisierung und damit mangelnde politisch-gesellschaftliche Relevanz in westlichen Ländern E. Guz beklagt. Es sei nicht angängig, daß diese Fehlentwicklungen mittels der vom Westen auf der KSZE gewünschten Aufhebung staatlicher Kontrollen in die östlichen Länder „exportiert“ würden.

In seinem Schlußwort zu dieser Kontroverse geht G. Wettig u. a. auch auf diesen Punkt ein, indem er dem Osten den Vorwurf macht, lediglich systemkonforme Informationen und Meinungen aus dem Westen zuzulassen, während es in westlichen Ländern keine Einschränkungen in dieser Hinsicht gäbe. Besonders die DDR betreibe — ihren eigenen Anspruch, einer der „weltoffensten Staaten“ zu sein, ad absurdum führend — nach wie vor die schärfsten Restriktionen. Problematisch sei ferner das von östlicher Seite oft benutzte Postulat einer „Entpolitisierung“ der kulturellen Beziehungen: sie selbst nehme sich bei ihrer auswärtigen Kulturpolitik von dieser Forderung aus, da nach ihrem Selbstverständnis auch bzw. gerade die Kultur eine wichtige politische Dimension habe. Zum Ausdruck komme diese Haltung in der trotz Helsinki und KSZE weiter verfolgten Strategie gegenüber dem Westen, in der die auswärtige Kulturpolitik in zunehmendem Maße der offensiven ideologischen Konfrontation zu dienen habe.

Earl C. Ravenal: Vietnam und die Folgen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/75, S. 42—54

Obgleich noch nicht einmal ein halbes Jahr seit dem Rückzug der Amerikaner aus Vietnam vergangen ist, scheint das Thema „Vietnam“ kaum mehr in der politischen Öffentlichkeit zu existieren, insbesondere nicht, was die vorher so oft und emphatisch beschworenen „Folgen“ betrifft. Die Problematik einer solchen Verhaltensweise aufzuzeigen, ist die Absicht dieses Beitrages. Nachdem die amerikanische Regierung während ihres Engagements in Vietnam stets die „Domino-Theorie“ vertrat (die Aufgabe von Südvietnam würde den Fall anderer südostasiatischer Staaten nach sich ziehen), die sich nun in der Tat zu bewahrheiten scheint, sei die Regierung jetzt darum bemüht, die politischen Folgen als möglichst gering einzustufen und das Engagement in Vietnam überhaupt als eine Fehlentwicklung zu bezeichnen, die sich in Zukunft nicht wiederholen könne. Demgegenüber weist der Autor darauf hin, daß der außenpolitische Entscheidungsprozeß der USA sehr eng mit dem innenpolitischen Geschehen verflochten sei und keine amerikanische Regierung in der Lage wäre — und dies zeige das Beispiel Vietnam — trotz guten Willens gegen die öffentliche Meinung Bündnisverpflichtungen aufrechtzuerhalten. Gerade im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Bestätigungen der amerikanischen Bündnistreue sei dies eine ernüchternde, aber möglicherweise heilsame Erfahrung für die Bündnispartner der USA. Um ähnliche Konflikte zu vermeiden, plädiert Ravenal für eine neue Konzeption des amerikanischen Bündnisystems, für ein partielles „disengagement“, um nur noch die tatsächlich, d. h. innenpolitisch realisierbaren Bündnisverpflichtungen aufrechtzuerhalten.